



Deutscher
Bundestag

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

PROTOKOLL NR. 1

LEITUNG

HERR DR. WOLFGANG SCHÄUBLE
PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
UND

HERR RICHARD FERRAND
PRÄSIDENT DER ASSEMBLÉE NATIONALE

25 MÄRZ 2019

ZUSAMMENFASSUNG

I.	Konstituierende Sitzung.....	3
II.	Erklärungen von Frau Nathalie Loiseau, Ministerin für europäische Angelegenheiten beim Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten, und von Herrn Michael Roth, Staatsminister für europäische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt, Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit, gefolgt von Fragen und Antworten.....	29

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

Montag, den 25. März 2019

Vorsitz von Richard Ferrand, Präsident der Assemblée nationale, und Dr. Wolfgang Schäuble,
Präsident des Deutschen Bundestages

Beginn der Sitzung um 10.30 Uhr

I. Konstituierende Sitzung

Präsident Richard Ferrand: Herr Präsident, lieber Wolfgang Schäuble, sehr geehrte Mitglieder der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem nach Lamartine benannten Raum denke ich an den berühmten Satz des großen französischen Dichters und Abgeordneten: „Utopien sind oft nur vorzeitige Wahrheiten.“ Was für ein schönes Beispiel dafür, was wir gemeinsam heute aufbauen wollen.

Auf den Tag genau vor 62 Jahren unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik mit vier weiteren Staaten die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Natürlich sind Vergleiche nicht immer aussagekräftig, doch wie die von den Gründervätern aus der Taufe gehobene Organisation hat die Institution, deren Aufbau wir heute Morgen in die Wege leiten, keine bekannte Entsprechung.

Indem wir erstmals die Mitglieder des Bundestages und der Assemblée nationale in einem ständigen Gremium zusammenbringen, das zu gleichen Teilen aus fünfzig deutschen und fünfzig französischen Parlamentariern besteht, verleihen wir der bereits einzigartigen deutsch-französischen Zusammenarbeit eine neue Dimension.

Natürlich wird diese Versammlung es jedem von uns ermöglichen, die parlamentarische Kultur des anderen und seine Kultur im Allgemeinen besser zu verstehen. Aber was heute auf dem Spiel steht, geht weit darüber hinaus.

Der Zweck der von uns gegründeten Versammlung besteht darin, so schnell wie möglich an konkreten Themen und gemeinsamen Anliegen zu arbeiten. Wie können wir zum Beispiel die Hürden beseitigen, die das tägliche Leben unserer in Grenzregionen lebenden Mitbürger erschweren?

In diesem wie in anderen Bereichen wird die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung keine abstrakte, ätherische, supranationale Konstruktion sein. Sie wird auf der Grundlage der von uns geteilten praktischen Erfahrungen funktionieren.

Diese Versammlung soll auch das parlamentarische Gegenstück zum Deutsch-Französischen Ministerrat werden. Wir müssen aktiv als Impulsgeber wirken und die konkreten Schwierigkeiten in unseren jeweiligen Landesteilen vorbringen, um Abhilfe zu schaffen und die deutsch-französische Verständigung voranzubringen.

Einige werden unseren Ansatz sicherlich kritisieren und in unserer neuen Versammlung einen weiteren Beweis dafür sehen, dass Deutschland und Frankreich allein zur Stärkung der Europäischen Union beitragen wollen. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein.

Erstens ist allgemein bekannt, dass ohne den deutsch-französischen Motor ganz Europa an Fahrt verlieren würde. Es ist kein Affront gegenüber den anderen Mitgliedstaaten, folgendes festzustellen: Bei Themen wie der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, der europäischen Verteidigung oder der Achtung der Rechtsstaatlichkeit kommen die Dinge voran, wenn Frankreich und Deutschland mit einer Stimme sprechen.

In diesem Zusammenhang könnte die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung als normatives Labor, als Ort der Reflexion über Instrumente dienen, die allen unseren Partnern in der Europäischen Union vorgeschlagen werden könnten.

Unsere gemeinsame Versammlung muss auch zur Entwicklung von Mentalitäten und Politiken in unseren jeweiligen Parlamenten beitragen. Kollegen, die für ähnliche Projekte verantwortlich sind, können infolge gegenseitiger bereichernder Meinungs- und Erfahrungsaustausche mit dem Wissen arbeiten, was auf beiden Seiten des Rheins getan wird.

Auf diese Weise entwickeln wir in unserer parlamentarischen Arbeit deutsch-französische Reflexe, um künstliche oder unnötige, mitunter nachteilige Meinungsverschiedenheiten so weit wie möglich zu vermeiden.

Abschließend möchte ich meine Freude und meine Ergriffenheit bei der Unterzeichnung des Abkommens zum Ausdruck bringen, die die Schaffung dieser Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung offiziell bestätigt. Während viele auf unserem Kontinent und anderswo eifrig bemüht sind, die Solidarität zwischen den Europäern zu untergraben – obwohl sie notwendiger denn je ist – kämpfen wir auf unsere eigene Weise gegen diese traurigen Bestrebungen, indem wir heute Morgen einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Freundschaft zwischen unseren beiden Parlamenten und darüber hinaus zwischen unseren beiden Völkern tun. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident, lieber Herr Kollege Richard Ferrand, liebe Mitglieder der Deutsch-Französischen Versammlung aus der Assemblée nationale und aus dem Deutschen Bundestag! Es wurde gerade daran erinnert, dass die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande auf den Tag genau vor 62 Jahren die Römischen Verträge unterzeichnet haben. Jean Monnet und Robert Schuman vertraten Frankreich, Konrad Adenauer und Walter Hallstein Deutschland. Sie waren die Architekten der Römischen Verträge. Zwölf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs legten sie den

Grundstein für die Europäische Union, wie wir sie heute kennen: eine Gemeinschaft souveräner Mitgliedstaaten, die entschlossen ist, sich den Herausforderungen der Gegenwart gemeinsam zu stellen.

Damals ging es bereits um Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Unterzeichnung der Gründungsdokumente der heutigen Europäischen Union auf dem Kapitol in Rom war die Geburtsstunde einer von vielen lang ersehnten Kooperation für den Frieden und zum Wohle der Menschen auf dem von Krieg erschütterten Kontinent.

Konrad Adenauer sprach in seiner Rede von einem wichtigen Schritt zur Einigung Europas. Der Bundeskanzler wusste, dass es Emotion und Vernunft brauchte, um den Grundstein für die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg zu legen. Es brauchte Akzeptanz für die neue Gemeinschaft, Identifikation mit dem Vorhaben in der Politik und in der Bevölkerung.

Es ist ein symbolträchtiges Datum, an dem wir heute das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen unterzeichnen. Es unterstreicht unseren Willen, die bilaterale Zusammenarbeit in einen europäischen Kontext zu stellen. Deutschland und Frankreich tragen eine besondere Verantwortung gegenüber Europa. Die deutsch-französische Zusammenarbeit stützt sich auf eingespielte bilaterale Mechanismen, die seit dem Élysée-Vertrag aus dem Jahre 1963 regelmäßig ergänzt wurden. Mit dem neuen Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag, den Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron am 22. Januar 2019 in Aachen unterzeichnet haben, hat dieses ganz besondere Bündnis eine neue Dimension erreicht. Die enge Kooperation unserer beiden Regierungen muss auf der engen Zusammenarbeit der gewählten Abgeordneten in der Assemblée nationale und im Bundestag beruhen, da wo das Herz der deutsch-französischen Freundschaft schlägt. Deshalb wollen wir einen neuen institutionellen Rahmen für die Beziehungen unserer beiden Parlamente besiegeln und deshalb verpflichten wir uns als Parlamentarier zu einer noch engeren Kooperation.

Den Skeptikern sagen wir, dass diese neue Versammlung die Souveränität der beiden Staaten weder schwächen noch aufheben wird. Alle von ihr gefassten Beschlüsse sind politische Denkanstöße, die nur durch die Entscheidungen der Assemblée nationale und des Bundestags Gesetzeskraft erlangen können.

Gestatten Sie mir zwei Überlegungen. Frankreich und Deutschland verpflichten sich im Vertrag von Aachen, die Integration ihrer Volkswirtschaften hin zu einem deutsch-französischen Wirtschaftsraum mit gemeinsamen Regeln zu vertiefen. Einer der historischen Erfolge der Europäischen Union ist die Schaffung des Binnenmarkts mit dem freien Verkehr von Personen, Dienstleistungen und Kapital. Aber dem Binnenmarkt fehlt ein einheitliches Wirtschaftsrecht und investitionsbereite Unternehmen brauchen Rechtssicherheit bei ihrer Planung. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen stoßen auf Hindernisse. Die Versammlung sollte daher die vollständige Integration des deutsch-französischen Wirtschaftsraumes auf der Grundlage gemeinsamer Regeln erörtern, um diese Hindernisse zu beseitigen.

Zweitens haben sich unsere beiden Länder im Vertrag von Aachen zum Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion im Rahmen eines vernetzten Ansatzes verpflichtet. Deutschland und Frankreich müssen eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungskultur entwickeln. Wir brauchen eine gemeinsame Risiko- und Bedrohungsanalyse, gemeinsame

Ziele sowie die Konsolidierung des Sicherheits- und Verteidigungssektor. Die Entscheidung der Europäischen Union über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit ist ein erster Schritt, der auf eine Initiative Frankreichs und Deutschlands zurückgeht. Die beschleunigte Integration der nationalen Armeen muss weiterentwickelt werden, was auch zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens beitragen wird.

Ich bin überzeugt, dass wir am Anfang eines neuen und tieferen Austausches stehen, durch den wir neue und enge Beziehungen aufbauen können. Ich wünsche dieser Versammlung lebhaft Debatten, auch über heikle Themen! Wir können über Inhalte streiten, denn wir brauchen eine offene Diskussion. Aber unsere Debatten werden von der tiefen Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern und dem Respekt vor den Meinungen des anderen geprägt sein. Auch in dieser Hinsicht kann diese neue Institution ein Modell für Europa sein. Als Gründungsmitglieder dieser Versammlung tragen wir eine besondere Verantwortung für das Gelingen des Projekts. Nehmen wir sie an! (Beifall)

Der Präsident der Assemblée nationale und der Präsident des Deutschen Bundestages unterzeichnen das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen.

Präsident Richard Ferrand: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie zu dieser konstituierenden Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung.

Gemäß Artikel 4 des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens, das von der Assemblée nationale und dem Bundestag verabschiedet wurde und das wir gerade mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble unterzeichnet haben, übernehmen wir beide den Vorsitz der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung.

Wir haben vereinbart, unser erstes Treffen in Paris abzuhalten, deshalb eröffne ich dieses erste Treffen in meiner Eigenschaft als Gastgeber. Einen besonderen Gruß möchte ich an die Botschafter unserer beiden Länder richten: Frau Anne-Marie Descôtes und Herrn Nikolaus Meyer-Landrut. Unsere Sitzung wird live und zeitgleich auf den Webseiten der Assemblée nationale und des Bundestages übertragen.

Wir nehmen zunächst die in Artikel 8 des Parlamentsabkommens vorgesehenen Wahlen vor.

Wir beginnen mit der Wahl der Mitglieder des Vorstandes der Versammlung.

Gemäß Artikel 8 Absätze 1 und 2 des Parlamentsabkommens besteht der Vorstand zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der Assemblée nationale und des Bundestages und jede Fraktion verfügt über mindestens einen Sitz.

Der Vorstand setzt sich also aus acht Mitgliedern der Assemblée nationale und acht Mitgliedern des Bundestages zusammen.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Die Fraktionen des Bundestages haben folgende Kandidaten vorgeschlagen: Herr Reinhard Brandl und Herr Andreas Jung für die CDU/CSU-Fraktion, Frau Angelika Glöckner und Herr Thomas Oppermann für die SPD-Fraktion, Herr Norbert Kleinwächter für die AfD-Fraktion, Herr Michael Georg Link für die FDP-Fraktion, Herr Fabio De Masi für die Fraktion DIE LINKE, Frau Dr. Franziska Brantner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Präsident Richard Ferrand: Die Fraktionen der Assemblée nationale haben die folgenden Kandidaten vorgeschlagen: Frau Sabine Thillaye für die Fraktion La République en Marche, Herr Patrick Hetzel für die Fraktion Les Républicains, Herr Sylvain Waserman für die Fraktion Mouvement Démocrate et apparés, Frau Cécile Untermaier für die Fraktion Socialistes et apparés, Herr Antoine Herth für die Fraktion UDI, Agir et Indépendants; Frau Danièle Obono für die Fraktion La France insoumise, Herr André Chassaigne für die Fraktion Gauche démocrate et républicaine, Herr Jean-Michel Clément für die Fraktion Libertés et Territoires.

Gibt es keinen Widerspruch, werden die vorgeschlagenen Kandidaten zu Mitgliedern des Vorstandes ernannt. Ich gratuliere allen. (Beifall)

Wir kommen zur Wahl der Vorsitzenden des Vorstandes.

Gemäß Artikel 8 Absatz 4 des Parlamentsabkommens wird der Vorstand von einem Mitglied der Assemblée nationale und einem Mitglied des Bundestages geleitet, die aus der Mitte des Vorstandes gewählt werden.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Für den Bundestag liegt mir die Kandidatur von Herrn Andreas Jung vor.

Präsident Richard Ferrand: Für die Assemblée nationale liegt mir die Kandidatur von Frau Sabine Thillaye vor.

Da keine weitere Kandidatur vorliegt, werden Frau Sabine Thillaye und Herr Andreas Jung zu den Vorsitzenden des Vorstandes ernannt. (Beifall)

Ich gratuliere und wünsche beiden viel Erfolg in ihren neuen Funktionen. Bitte nehmen Sie die beiden für Sie vorgesehenen Plätze an unserer Seite ein.

Das Wort hat Frau Sabine Thillaye.

Sabine Thillaye: Ich möchte der Parlamentarischen Versammlung dafür danken, dass sie mich gemeinsam mit Andreas Jung in den Vorsitz ihres Vorstandes berufen hat. Dies ist ein großer Moment für mich. Ich möchte betonen, dass die Schaffung dieser Versammlung eine echte Gemeinschaftsarbeit war und dies so bleiben muss. Ich begrüße das unermüdliche Engagement von Richard Ferrand und Dr. Wolfgang Schäuble für dieses Parlamentsabkommen und die Schaffung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung. Ohne ihre tatkräftige Unterstützung wäre diese Versammlung nicht zustande gekommen.

Bis zur nächsten Sitzung der Versammlung hoffen wir, dass die Ausschüsse der Assemblée nationale und des Bundestages Themen von gemeinsamem Interesse identifizieren und gemeinsam mit der Arbeit an konkreten Vorschlägen beginnen. Der Vorstand hat eine impulsgebende Funktion, doch ohne das Engagement der Fraktionen und Ausschüsse beider Parlamente kann nichts erreicht werden. Ich danke Ihnen vielmals. (Beifall)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Andreas Jung.

Andreas Jung: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen aufrichtig für das Vertrauen, das Sie Frau Thillaye und mir als Vorsitzende des Vorstandes dieser Versammlung entgegenbringen und freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen unseren Kollegen.

Ich war sehr bewegt, als unsere beiden Präsidenten dieses Abkommen unterzeichneten. Unser Zusammenkommen hier ist eine großartige Chance. Die Geschichte erinnert uns daran, dass unsere beiden Länder noch vor wenigen Jahrzehnten im Krieg waren. Vor etwas mehr als hundert Jahren beratschlagten beide Parlamente über den bevorstehenden Krieg gegeneinander und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel. Das Zusammenkommen unserer beiden Parlamente in dieser Parlamentarischen Versammlung und eine Zusammenarbeit ohne ihresgleichen auf der Welt, ist Ausdruck der deutsch-französischen Freundschaft.

Die von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle eingeleitete Partnerschaft wird damit auf eine neue Ebene gehoben. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung: Wir müssen die Lebenssituation unserer Mitbürger verbessern und unseren Beitrag zum europäischen Einigungsprozess leisten.

Ich begrüße diese Zusammenarbeit und danke den beiden Ko-Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Sabine Thillaye und Christophe Arend, sowie allen Mitarbeitern der Assemblée nationale und des Bundestages, die uns bei dieser Vorarbeit unterstützt haben. Das war keine Selbstverständlichkeit. Abschließend möchte ich unseren beiden Präsidenten danken, ohne deren Engagement wir heute nicht hier wären. (Beifall)

Präsident Richard Ferrand: Gemäß Artikel 3 des Abkommens gibt sich die Versammlung eine eigene Geschäftsordnung.

Ich bitte den neu gewählten Vorstand, den Entwurf einer Geschäftsordnung für die nächste Tagung im Herbst in Berlin auszuarbeiten, um ihn dann zur Abstimmung in der Versammlung vorzulegen.

Ich habe keinen Zweifel daran, dass die sich aus dieser Arbeit ergebende Geschäftsordnung mit großer Mehrheit angenommen wird.

Wir beginnen jetzt unsere erste Debatte des Tages.

Ich erteile nun den Vertretern jeder Fraktion fünf Minuten lang das Wort, abwechselnd mit Rednern aus der Assemblée nationale und dem Bundestag und in abnehmender Reihenfolge der Fraktionsgröße.

Zuerst hören wir Herrn Christophe Arend für die Fraktion La République en Marche.

Christophe Arend: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem historischen Moment können Sie meine Gefühle sicher verstehen. Zunächst weil Deutschland und Frankreich beide in meinen Adern fließen, aber vielleicht noch mehr, weil dieser Tag das Ergebnis der intensiven Arbeit meines deutsch-französischen Parlamentarierteams darstellt, das von Anfang an dieses ein bisschen verrückte Vorhaben geglaubt hat. Vielen Dank dafür!

Mein Dank gilt auch Franziska Brantner, Andreas Jung und Michael Georg Link. Ihre Antwort auf die Rede von Präsident Emmanuel Macron an der Sorbonne und unser Treffen im Oktober 2017 haben zweifellos dazu beigetragen, die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung zu ermöglichen.

Ganz zu schweigen von der bedingungslosen Unterstützung der Präsidenten Schäuble, de Rugy und dann Ferrand. Ihnen und ihrem unerschütterlichen Glauben an den Parlamentarismus ist es zu verdanken, dass wir heute hier tagen. Sie haben uns zwei Verwaltungen zur Verfügung gestellt, für deren Effizienz ich mich ebenfalls bedanke. Achtzehn Frauen und Männer arbeiteten ein Jahr lang mit Entschlossenheit und Pragmatismus gemeinsam an diesem Vorhaben. Es war mir eine Ehre, diese Arbeitsgruppe zusammen mit Andreas Jung und Sabine Thillaye zu leiten. Vielen Dank an Sie alle.

Ein neues Kapitel tut sich auf. Heute Morgen habe ich die Aufgabe, im Namen der Fraktion La République en Marche der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung zu sprechen. Diejenigen, die meinen parteiübergreifenden Charakter kennen, mögen das seltsam finden.

Es ist nun Sache dieser neuen einzigartigen Kammer an der Geschichte des Einigungsprozesses mitzuwirken, nicht nur des deutsch-französischen, sondern des europäischen. Vergewärtigen wir uns kurz die damit verbundene Verantwortung.

Nur Europa sichert uns einen dauerhaften Frieden, die einzige Garantie für menschlichen Fortschritt. Nur Europa versetzt uns in die Lage, uns den großen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen und ihnen zu begegnen: der Wohlstand unserer Gesellschaften durch die Konvergenz unserer sozialen Normen auf höchstem Niveau, die Sicherheit für alle Europäer, die Steuerung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Migration und auch der zukünftigen Klimamigration. Gemeinsam sind wir fähig, die Energiewende zu bewerkstelligen und Klimaaktionspläne umzusetzen. Nur Europa kann den Erwartungen unserer Mitbürger gerecht werden.

Dies sind einige der gesteckten Ziele, die die Deutsch-Französische Versammlung in Angriff nehmen muss, und zwar immer in dem Bewusstsein, dass wir kein Paar sind, das andere ausschließt und sich angesichts der Widrigkeiten abschottet, sondern überzeugte Europäer mit dem Willen alle unsere Partner miteinzubeziehen.

Die Parlamentarische Versammlung erhielt ihren Arbeitsauftrag durch die am 11. März dieses Jahres in der Assemblée nationale und am 20. März im Bundestag jeweils mit großer Mehrheit angenommene gemeinsame EntschlieÙung.

Wir müssen zunächst eine Geschäftsordnung erarbeiten, die hoffentlich so innovativ wie unsere Kammer ist. Ich wünsche mir, dass jeder dort Raum findet, seine Differenzen darzulegen, wie es in der Deutsch-Französischen Arbeitsgruppe der Fall war.

In unseren Wahlkreisen müssen wir allen an der deutsch-französischen Freundschaft interessierten Bürgern zuhören und ihre Ideen weitervermitteln, denn die deutsch-französischen Beziehungen sind die zweier Völker, die wir vertreten, bevor sie Sache unserer beiden Regierungen sind.

Dabei müssen wir Mut zeigen, indem wir unsere Kontrollmission konsequent durchführen: bei der Anwendung des Elysée-Vertrags und des Vertrags von Aachen, beim Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsrat, beim Deutsch-Französischen Ministerrat und bei allen unsere beiden Länder betreffenden Fragen.

Wir müssen beispielhaft sein bei der Organisation demokratischer Debatten, bei unserer Mitwirkung an den Aktivitäten unserer neuen Versammlung, hinsichtlich unserer Gewissenhaftigkeit.

Wir müssen an Lösungen arbeiten, deren Ergebnisse im Alltag unserer Mitbürger messbar sind.

Unsere Arbeitsmethode muss stets auf das allgemeine Interesse ausgerichtet sein, nicht auf die Befriedigung individueller Interessen. In ihrer Rede vom 21. März im Bundestag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel selbst die Bedeutung von Zugeständnissen betont, auch wenn das mitunter schmerzhaft sein kann. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass jeder seine Sensibilität zum Ausdruck bringen kann, denn obwohl wir uns oft über die Mittel nicht einig sind, sind wir uns generell über das zu erreichende Ziel einig: den Fortschritt der Menschheit.

Ich wünsche jedem Mitglied unserer neuen Versammlung die gleiche Freude daran, unsere Nationen näher zusammenzubringen, wie dies in der deutsch-französischen Arbeitsgruppe der Fall war. Echte Freundschaften sind entstanden.

Gemeinsam wollen wir eine bessere Welt schaffen, weil wir überzeugt sind, dass wir auf diese Weise in der internationalen Gemeinschaft stärker sind und dass ganz Europa vorankommt, wenn Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten. Und auch weil wir überzeugt sind, dass das Gelingen des europäischen Projekts die unabdingbare Voraussetzung für den Fortschritt der gesamten Menschheit ist.

Es lebe die deutsch-französische Zusammenarbeit in einem Europa der Völker! (Beifall)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Andreas Jung für die CDU/CSU-Fraktion.

Andreas Jung: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Arend möchte ich daran erinnern, warum wir die Initiative zur Schaffung dieser Parlamentarischen Versammlung ergriffen haben. Der seit vielen Jahren geltende Elysée-Vertrag wurde durch den Vertrag von Aachen erneuert. Doch wir glauben, dass unsere Freundschaft über ein zwischenstaatliches Abkommen hinausgeht. Wir sind überzeugt davon, dass die deutsch-französische Freundschaft durch das Engagement der Menschen, die Städtepartnerschaften und andere Freundschaftsbande unterstützen, gestärkt wurde. Diese Tätigkeit steht im Mittelpunkt der Freundschaft unserer beiden Völker und deshalb war es höchste Zeit durch die Schaffung einer parlamentarischen Struktur die Bereiche, in denen unsere beiden Regierungen noch keine Einigung erzielt haben, gemeinsam zu besprechen. Wir sind überzeugt, dass wir durch Dialog und Debatte weitere Fortschritte erzielen, und das ist das, was wir tun wollen.

Es ist auch eine Gelegenheit für uns, unser europäisches Engagement zu bekräftigen. Wir wollen uns nicht als deutsch-französisches Paar isolieren, wir handeln im europäischen Geist,

offen gegenüber unseren europäischen Partnern, denn wir wissen, dass wir Europa gemeinsam aufbauen müssen. Als Franzosen und Deutsche tragen wir eine besondere Verantwortung und deshalb wollen wir Kompromisse eingehen und Europa nicht spalten. Wir wollen uns als Franzosen und Deutsche für den Aufbau Europas und für die Verteidigung Europas einsetzen. Deshalb ist diese Parlamentarische Versammlung für mich ein klares Bekenntnis zu Europa.

Nur gemeinsam können wir die großen Herausforderungen bewältigen. Adenauer und de Gaulle haben uns seinerzeit Aussöhnung gebracht, aber wir dürfen uns nicht auf die Vergangenheit beschränken. Wir müssen diese Freundschaft auch in Zukunft am Leben erhalten und wichtige Themen wie den digitalen Wandel, den Klimawandel oder die Globalisierung anpacken. Den Blick auf konkrete Ergebnisse gerichtet handeln wir.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass die Ausschüsse der Assemblée nationale und des Bundestages bei der Umsetzung der europäischen Gesetzgebung besser vernetzt sind und wissen, wie das Parlament des anderen Landes diese Gesetzgebung versteht. Wie meine Vorredner bereits gesagt haben, sollten Projekte wie die Schaffung eines deutsch-französischen Wirtschaftsraums vertieft werden, um alle Hürden zu beseitigen. Unseren jeweiligen Ausschüssen kommt in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle zu.

Wir wollen, dass diese Parlamentarische Versammlung zweimal im Jahr tagt, aber wir wollen auch, dass sie in kleinen Gruppen an bestimmten Themen arbeiten kann.

Das Thema Sicherheit und Verteidigung ist von wesentlicher Bedeutung, ein Deutsch-Französischer Ministerrat befasst sich damit, aber es reicht nicht aus. Es gibt auch eine Deutsch-Französische Brigade, die wir unterstützen. Doch wenn wir über eine Intervention entscheiden müssen, ist das Entscheidungsverfahren anders: In Frankreich trifft der Präsident der Republik die Entscheidung, in Deutschland der Bundestag. Deshalb müssen wir die parlamentarische Zusammenarbeit im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vertiefen, um gemeinsame Konzepte zu entwickeln.

Der Vertrag von Aachen wurde von den Parlamenten unterstützt. Wir sollten diesen Vertrag nicht nur ratifizieren, sondern auch einen gemeinsamen Vorschlag für seine Umsetzung vorlegen, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz. Wir werden entscheiden müssen, wie diese gemeinsamen Projekte durchgeführt werden sollen, wie wir Handlungsspielräume finden können. Und wir müssen auch den Bürgerfonds für alle zugänglich machen. Ich freue mich darauf, diese Arbeiten in Angriff zu nehmen. (Beifall)

Präsident Richard Ferrand: Das Wort hat Herr Patrick Hetzel für die Fraktion Les Républicains.

Patrick Hetzel: Sehr geehrte Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein großer Tag. Diese erste Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung ist ein Anlass, das Erreichte zu würdigen, aber auch die anstehenden Arbeiten zu umreißen.

Was in den letzten Jahrzehnten für die deutsch-französische Zusammenarbeit getan wurde, ist von großer Bedeutung und bleibt eine wertvolle Errungenschaft, die es zu vertiefen gilt. Der Elysée-Vertrag von 1963 entsprach voll und ganz dem Wunsch nach deutsch-französischer Aussöhnung und seine doppelte Unterzeichnung durch den französischen und den deutschen Staat in der Person von Bundeskanzler Adenauer und Präsident de Gaulle kündigte die sich

daran anschließende tatsächliche und sehr positive Dynamik an, deren Erben wir zweifellos sind.

Meine politische Familie ist ein eindeutiger Teil dieses Erbes und deshalb haben wir das von unseren beiden Präsidenten unterzeichnete Deutsch-Französische Parlamentsabkommen voll unterstützt. Ich möchte all denen danken, die an seiner Verwirklichung mitgewirkt haben.

Wenn wir mit unseren Mitbürgern über dieses Abkommen sprechen, fragen sie sich, ob es wirklich nützlich ist, was es der bestehenden Zusammenarbeit bringen wird. Schließlich hat der Elysée-Vertrag mehr als ein halbes Jahrhundert lang gut funktioniert und sein Inhalt war sehr einfach. Die Schaffung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW) hat es ermöglicht, den Austausch zwischen jungen Menschen in unseren beiden Ländern zu intensivieren. Auch wurde der feste Willen bekräftigt, in einem weiten Bereich, der von der Wirtschaftspolitik über internationale Angelegenheiten bis hin zur Verteidigung reichte, so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Und auch ein Zeitplan für häufige und regelmäßige Treffen zwischen den Staats- und Regierungschefs unserer beiden Länder wurde festgelegt. Daraus ist eine sehr nützliche Vorgehensweise der nahezu ständigen Konsultation zwischen der deutschen und der französischen Regierung entstanden, die es ermöglicht hat, unsere a priori unterschiedlichen Positionen in Einklang zu bringen und europäische Kompromisse auszuloten.

Der in Aachen unterzeichnete deutsch-französische Vertrag fügt zwar neue Bereiche der Zusammenarbeit hinzu, aber seine Tragweite erscheint angesichts dessen, was dank des Elysée-Vertrags bereits aufgebaut wurde, gering. Die Ambition hätte größer sein können. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat hierzu am 22. Januar in Aachen erklärt: Entscheidend ist der Wille, diesen Vertrag mit echtem Ehrgeiz mit Leben zu erfüllen.

Auf jeden Fall möchte ich die Arbeit unserer beiden Parlamente und ihrer Präsidenten würdigen, denn es besteht kein Zweifel daran, dass der Wille besteht, eine echte deutsch-französische Parlamentsarbeit zu leisten. Dies ist eine sehr neue Entwicklung, die begrüßenswert ist.

Bekanntlich war die deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa oft Schauplatz von Interessen- und Ideenkonflikten. Und manchmal hat sogar die Art der innenpolitischen Probleme die Suche nach gemeinsamen Lösungen blockiert. An dieser Situation hat sich nichts geändert, wie eine kürzlich gemachte Erklärung der CDU-Vorsitzenden zeigt, die den Sitz des Europäischen Parlaments von Straßburg nach Brüssel verlegen will und dabei die symbolische Dimension Straßburgs für die deutsch-französische Aussöhnung und die europäische Integration ausblendet.

Es wird unsere Pflicht sein, im Rahmen dieser Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung durch parlamentarische Diplomatie dafür zu sorgen, dass Straßburg der Sitz des Europäischen Parlaments bleibt. Dies geht über einfache logistische oder buchhalterische Belange hinaus. Ich weiß, dass Sie beide, meine Herren Präsidenten, großen Wert darauf legen.

Seien wir nicht naiv: Die Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland bleiben natürlich bestehen, aber der wahre Reichtum liegt woanders. Er liegt in unserer Fähigkeit, eine kollektive Intelligenz zu entwickeln, um mit diesen Unterschieden umzugehen.

Der europäische Einigungsprozess war und ist möglich, solange Frankreich und Deutschland in der Lage sind, diese Unterschiede im Vorfeld anzupacken und zu verhindern, dass sie zu einem Hemmnis auf dem Weg zu einem wirklich gemeinsamen Geschick werden. Die Eurokrise hat jedoch gezeigt, dass der politische Druck die deutsch-französischen Kompromisse immer schwieriger macht, da die öffentliche Meinung in unseren beiden Ländern oft in die entgegengesetzte Richtung tendiert. Dies zeigt die Grenzen der rein zwischenstaatlichen Ansätze und spricht natürlich für eine grundlegende Arbeit zur Einbeziehung der Bürger in die deutsch-französische Zusammenarbeit. Der Elysée-Vertrag sieht dies bereits vor, durch Partnerschaften, Austausch und Zusammenarbeit. Nun aber sind unsere beiden Parlamente, der Bundestag und die Assemblée nationale, entschlossen, zu Initiativ- und Aktionskräften für diese deutsch-französische Zusammenarbeit zu werden.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Frau Angelika Glöckner für die SPD-Fraktion.

Sagen wir es laut und deutlich und seien wir stolz darauf: Diese neue Deutsch-Französische Versammlung wird zur Intensivierung des Dialogs beitragen und dazu, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit auf allen Ebenen unseres institutionellen Gefüges auf beiden Seiten des Rheins einbezogen wird. Es lebe die deutsch-französische parlamentarische Zusammenarbeit! (Beifall)

Angelika Glöckner: (aus dem Französischen gedolmetscht) Sehr geehrte Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein außergewöhnlicher Moment und eine Ehre für mich, hier als Vertreterin der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Wort zu ergreifen. Doch erlauben Sie mir, meine Rede auf Deutsch fortzusetzen, sonst kann ich nicht garantieren, dass die mir zu Verfügung stehenden fünf Minuten ausreichen... (Beifall)

(aus dem Deutschen gedolmetscht) Bei der deutsch-französischen Freundschaft geht es nicht nur um gute Beziehungen zwischen zwei Nachbarländern, sondern um viel mehr. Es ist ein Beweis dafür, dass es möglich ist, ehemalige Feinde zu Freunden zu machen; es ist ein stabiles und dauerhaftes Bündnis innerhalb der internationalen Gemeinschaft; es ist die Grundlage für Frieden und Wohlstand in unseren beiden Ländern; es ist auch das Rückgrat der Europäischen Union.

Der zusätzliche Schritt, den wir heute machen, um dieser Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung Substanz zu verleihen, ist umso wichtiger, als er es uns ermöglichen sollte, unsere Arbeit zu vertiefen und besser abzustimmen. Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, mit denen dieses Projekt so schnell abgeschlossen werden konnte.

Nach der Zustimmung durch unsere beiden Parlamente sind wir heute zusammengekommen, um uns besser kennenzulernen und unsere Arbeit zu organisieren. Diese konstituierende Sitzung markiert den Beginn einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Parlamenten, so dass wir nun in der Lage sind, uns als Parlamentarier noch mehr als in der Vergangenheit in die laufenden Verhandlungen einzubringen, Themen für Konsultationen vorzuschlagen und die Zeitpläne für die Annahme unserer Entschlüsse anzugleichen, um so dem Rest der Welt zu zeigen, wie wichtig es ist, unsere Kräfte zu bündeln, um gemeinsam

voranzukommen. Wenige Wochen vor den Europawahlen ist dies auch eine Antwort auf zunehmenden Nationalismus und Populismus.

Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung besteht aus Mitgliedern der verschiedenen Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Assemblée nationale und des Bundestages. Gemeinsam werden wir die sie betreffenden Themen erörtern und Empfehlungen abgeben. Natürlich entscheiden letztlich unsere jeweiligen Parlamente. Es ist wichtig, dies zu betonen, denn einige hätten es vorgezogen, dass diese Versammlung nicht das Licht der Welt erblickt und verbreiten die Vorstellung, dass sie einen Machtverlust für die nationalen Parlamente bedeutet; eine Idee, gegen die man unbedingt kämpfen muss.

Unter den von uns zu behandelnden Themen müssen wir uns insbesondere auf diejenigen konzentrieren, bei denen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich möchte drei Beispiele geben.

Erstens der Kampf gegen den Klimawandel. Die jungen Leute sind nun auf der Straße und erwarten von der Politik entschlossenes Handeln, was bedeutet, dass wir unsere Zusammenarbeit in diesem Bereich beschleunigen müssen.

Zweitens die Entwicklung der internationalen Gleichgewichte und des Kräfteverhältnisses zwischen China, Russland und den Vereinigten Staaten, die es erfordert, dass wir eigene Lösungen erarbeiten, was nur mit Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union geschehen kann. Deshalb brauchen wir ein starkes, wettbewerbsfähiges Europa mit Sozialstandards, mit denen wir uns diesen neuen Herausforderungen stellen können.

Als Abgeordnete in einem Wahlkreis an der französischen Grenze nur wenige Kilometer von Straßburg entfernt freue ich mich natürlich, dass dieser neue Akt der deutsch-französischen Zusammenarbeit den grenznahen Regionen besondere Bedeutung beimisst. Für uns ist das eine tägliche Realität.

Frankreich und Deutschland schreiten nun gemeinsam voran und reichen unseren anderen europäischen Partner die Hand: Denn die deutsche Politik gegenüber Frankreich ist und bleibt eine europäische Politik. Über all das freue mich. (Beifall)

Präsident Richard Ferrand: Das Wort hat Herr Jean-Louis Bourlanges für die Fraktion des Mouvement Démocrates et apparentés.

Jean-Louis Bourlanges: Sehr geehrte Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen auf beiden Seiten des Rheins, es ist ein bewegendes Gefühl, vor Ihnen zu sprechen. Ich gehöre zweifellos zu denen – aber dem Himmel sei Dank, bin ich auf diesem Gebiet nicht allein – die mit größter Kraft und Konsequenz ihr politisches Engagement auf die europäische Integration, auf den schrittweisen Aufbau eines vereinten, starken und respektierten Europas ausgerichtet haben; einer von denen, die schon immer gewusst haben, dass dieses große Projekt als wesentliche Voraussetzung den Aufbau hinreichend starker, enger und dauerhafter Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen erforderte, um die Konvergenz der Gedanken, die Übereinstimmung der Willen und die Beharrlichkeit im Handeln zu ermöglichen.

Ich bin stolz darauf, heute vor Ihnen allen, meinen Freunden, im Namen der politischen Familie Robert Schumans und der ersten Gründer eines geeinten Europas sowie im Namen der Fraktion zu sprechen, die aus dieser Sensibilität hervorgegangen ist, welche die europäische Integration stets zur Hauptachse ihres politischen Projekts gemacht hat.

Ich wurde 1989 zum Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt, bin heute Abgeordneter der französischen Assemblée nationale und habe in diesen Jahren nicht aufgehört, daran mitzuwirken, dass eine solche Veranstaltung wie die heutige stattfinden kann. Zu einer Zeit, sehr geehrter Herr Präsident Schäuble, als Sie und mein alter Freund Karl Lamers im Zuge des Maastrichter Vertrages Ihr berühmtes Manifest für eine engere, beständigere und politischere Union öffentlich gemacht haben, habe ich darauf reagiert, indem ich in der Zeitung Le Monde einen Artikel mit dem klaren Titel "Was wäre, wenn wir den Deutschen ja sagen würden?" veröffentlichte. Ich habe mich nicht verändert.

Fünfundzwanzig Jahre trennen uns von der glücklichen Zeit, als die Berliner Mauer fiel, das von Stalin gekaperte Europa sich befreite und das Sowjetreich gewaltlos zusammenbrach. Was ist seitdem aus unseren Ambitionen geworden? Was haben wir mit dem K.o.-Sieg der Freiheit über die Knechtschaft gemacht? Haben wir alles getan, was wir konnten, um die Welt zu einem besseren, freieren, anständigeren, respektableren und friedlicheren Ort zu machen? Ist unsere Union so zusammengewachsen, wie wir es uns vorgestellt haben? Haben unsere beiden Völker, unsere beiden Staaten, unsere beiden Parlamente ihren Teil des Vertrages erfüllt? Ich gehöre nicht zu denen, die den gemeinsam zurückgelegten Weg nicht kennen. Große Dinge wurden getan, seitdem die Deutschen und Europäer frei, souverän und geeint sind und diese großen Dinge hätten nicht getan werden können, wenn Frankreich und Deutschland nicht zusammengearbeitet hätten. Damit meine ich natürlich die einheitliche Währung, die alle Turbulenzen siegreich überstanden hat und vor der ihre schlimmsten Gegner die Waffen strecken mussten; damit meine ich auch die Erweiterung unserer Union auf Mittel- und Osteuropa: ungeachtet der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten, werde ich niemals zulassen, dass jemand sagt, sie sei kein großer historischer Erfolg.

Vielerorts höre ich den dumpfen Ruf nach Pause und Trägheit. Die Europäische Union habe den Hafen erreicht wie der Rhein das Meer; die Völker seien es leid, mit der Union zu laufen. Was das deutsch-französische Paar betrifft, so habe es seine historische Rolle erfüllt und es solle nicht mehr als treibende Kraft hinter einer Union gesehen werden, die sich aus zu vielen, zu unterschiedlichen und zu sehr auf ihre Vorrechte bedachten Völker zusammensetzt, die sich nicht mehr nach dem impulsgebenden alten karolingischen Paar richten wollen.

Und doch, liebe Freunde aus Deutschland und Frankreich, wissen wir, dass wir nicht am Ende unseres gemeinsamen Weges stehen. Wir sehen, dass das Buch, das wir zu schreiben haben, viel länger und umfangreicher ist als das, das wir bereits geschrieben haben. Vor uns liegen gewaltige Herausforderungen angesichts einer ebenso bedrohlichen wie vielversprechenden Globalisierung, einer Energiewende, der wir nicht wirklich gewachsen sind, ungekannter geopolitischer Bedrohungen, sowie mehr denn je tief besorgten und verunsicherten Verbündeten. Infolge dieser Herausforderungen müssen wir ein politisches Europa aufbauen. Das schaffen wir allerdings nur wenn – und das ist eine notwendige aber natürlich nicht hinreichende Bedingung – in Frankreich und Deutschland unsere Verantwortlichen, unsere Mitbürger, wir als Parlamentarier, die notwendigen Anstrengungen unternehmen, um miteinander zu sprechen, einander zuzuhören, einander zu verstehen, miteinander zu teilen

und zusammenzuarbeiten - "Hand in Hand" hätte General de Gaulle gesagt. Das ist die ultimative Bedeutung dessen, was wir hier und heute tun.

Glauben Sie mir, liebe Freunde, was Europa nicht für die Welt tut, wird niemand an seiner Stelle tun, und was Franzosen und Deutsche nicht für Europa tun, wird niemand an ihrer Stelle tun... (Starker Beifall)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Norbert Kleinwächter für die AfD-Fraktion.

Norbert Kleinwächter: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Sehr geehrter Herr Präsident Schäuble, sehr geehrter Herr Präsident Ferrand, sehr geehrter Herr Jung, sehr geehrte Frau Thillaye! Der vor 56 Jahren unterzeichnete Elysée-Vertrag war das Beste, was Deutschland und Frankreich passieren konnte. Er hat nämlich nicht nur eine enge politische Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten, sondern auch eine tiefe Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern besiegelt, eine Freundschaft, die ich mir selbst zu eigen mache und ich möchte mich weniger als Mitglied der AfD, sondern vielmehr als Einzelperson in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung äußern, um daran zu erinnern, dass wir uns nicht von den Bürgern entfernen dürfen.

Ich selbst habe Nutzen aus der deutsch-französischen Freundschaft gezogen, vor allem durch Schüleraustausche dank einer Französischlehrerin, die mich nach Thonon les Bains geschickt hatte. Nach einem Masterabschluss in den USA verbrachte ich dann ein Jahr in Saint-Quentin-en-Yvelines, lebte in Versailles und kehrte 2011 zurück, um Deutsch am Emilie-de-Breteil-Gymnasium in Montigny-le-Bretonneux zu unterrichten. Damals kam ich oft an der Assemblée nationale vorbei, ohne zu ahnen, dass ich eines Tages in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung tagen würde, der ich jedoch ebenso wie dem Vertrag von Aachen kritisch gegenüberstehe.

Denn in einem vom Brexit beherrschten Kontext verschleiern diese Feierlichkeiten, die wir unter Flaggen mit schillernden Farben veranstalten, nicht die Tatsache, dass die Europäische Union nicht mehr funktioniert und dass sie dennoch zu viel Einfluss auf das tägliche Leben eines jeden hat. Deshalb wollen die Briten sie verlassen und unsere Bürger, vor allem die der Mittelschicht, gehen auf die Straße, um zu demonstrieren. Sie haben den Eindruck, dass man ihnen nicht mehr zuhört, sie fühlen sich vom sozialen Abstieg bedroht und ich denke, dass dieses Thema im Vertrag von Aachen und bei den Vorbereitungen für die Gründung unserer Versammlung besser hätte berücksichtigt werden müssen.

Die Europäische Union funktioniert nicht mehr, weil die Bereiche, auf die sich ihr Handeln konzentriert, sehr konfliktgeladen sind, was zu Antagonismen zwischen den Mitgliedstaaten führt, und uns sogar daran zweifeln lässt, dass wir die gleichen Werte teilen. Man mag einigen Mitgliedstaaten vorwerfen, dass sie sich nicht an unsere Werte halten, aber ich denke, dass wir die Tatsache respektieren müssen, dass ihre Meinungen von unseren abweichen.

In einem solchen Zusammenhang und in einer Zeit, in der wir uns darauf vorbereiten, die Abgeordneten eines auch nicht mehr funktionierenden Europäischen Parlaments zu wählen, während die Bürger mehr Nähe zu den politischen Entscheidungsträgern fordern, scheint mir die Schaffung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung ein Projekt voller Nostalgie zu sein. Wir beteiligen uns dennoch gerne daran, um zur Reflexion über die

Herausforderungen für unsere Bürger beizutragen. Wir sind nicht hier, um Diskussionen über aus dem Nichts entstandene Themen zu führen, sondern um konkrete Lösungen für die sich uns stellenden Schwierigkeiten zu finden, auch wenn all diese Schwierigkeiten nicht auf europäischer oder deutsch-französischer Ebene geregelt werden müssen, da manchmal eine Antwort auf kommunaler Ebene gefunden werden kann. Auf jeden Fall hoffe ich, dass wir konkrete Fortschritte erzielen.

Abschließend möchte ich mich bei Herrn Jung, Frau Thillaye und Herrn Arend bedanken, mit denen wir lebhaftes Gespräche führten, aber immer in einer freundlichen Atmosphäre. Ich hoffe, dass dies auch im Rahmen dieser Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung der Fall sein wird. (Beifall)

Präsident Richard Ferrand: Das Wort hat Frau Cécile Untermaier für die Fraktion Socialistes et apparentés.

Cécile Untermaier: Sehr geehrte Herr Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen ! Mit wahrer Ergriffenheit spreche ich heute zu Ihnen, denn dies ist ein bedeutsames Ereignis, das zeigt wie sehr die Parlamente sich gemeinsam mit Themen befassen müssen, die uns Franzosen und Deutsche sowie uns Europäer stark beschäftigen.

Wie Sie wissen, steht die Europäische Union vor vielen Hürden sowohl auf Ratstagungen mit Staaten, die sich auf das Einstimmigkeitsprinzip versteifen, als auch im Europäischen Parlament, wo eine wachsende Zahl von demagogischen und euroskeptischen Abgeordneten vertreten ist.

Deshalb müssen neue Wege der Zusammenarbeit gefunden werden, um voranzukommen und einen Konsens zwischen den Völkern zu schaffen.

In erster Linie muss die Versammlung eine gemeinschaftliche Zielsetzung für ein effektives und menschenfreundliches Europa fördern und verfolgen. Heute ist die Rolle der nationalen Parlamente das fehlende Glied im europäischen Aufbauwerk. Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung stellt somit einen neuen europäischen öffentlichen Raum dar, der das Versprechen einer größeren transnationalen Beratungsfähigkeit enthält. Sie wird die Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse unserer beiden Länder im Rahmen des Deutsch-Französischen Ministerrats überwachen. Aufgrund der Themen, mit denen sie sich befasst, aufgrund der Öffentlichkeit ihrer Debatten wird ihre Aufgabe nach und nach darin bestehen, auch neue bilaterale Initiativen anzuregen, die als Grundlage für europäische Legislativvorschläge dienen können. Natürlich hat sie keine Entscheidungsbefugnis, doch wird sie eine überzeugende Kraft sein.

Damit die Versammlung ihren Auftrag erfüllen kann, muss sie sich unverzüglich mit den grundlegenden Fragen des ökologischen und digitalen Wandels befassen. Es wäre deshalb nützlich, wenn sie sich auf ihrer ersten Sitzung auf eine Reihe von Prioritäten für ihre Beratungen einigen könnte.

Die Themen im Zusammenhang mit den Umweltnormen, die die Bürger in ihrem täglichen Leben betreffen, ihre von den Unternehmen geforderte Harmonisierung in den Mitgliedstaaten müssen von unserer Versammlung vorrangig und pragmatisch behandelt werden. Ich denke an die absolute Notwendigkeit, einen Preis für Kohlenstoff festzulegen,

damit sich eine andere europäische Wirtschaft entwickelt, die Frauen, Männer und den Planeten schützt. Ich denke auch an ein brisantes Thema, nämlich die Pestizide, die das Verschwinden des Lebens auf der Erde mitverursachen. Abschließend denke ich an die Notwendigkeit, auf höchster Ebene eine unvermeidliche Umwelt- und Sozialklausel in unserem öffentlichen und privaten Beschaffungswesen vorzusehen.

Die steuerliche und soziale Konvergenz ist Teil dieser Problematik und sollte eines der ersten Diskussionsthemen sein. Nun, da sich die Länder der Europäischen Union einen verschärften Steuerwettbewerb liefern, lähmt die Einstimmigkeitsregel das Handeln der EU in Steuerfragen und viele Menschen appellieren an diese neue Versammlung, ein Beispiel zu setzen.

Für die Dynamik und Glaubwürdigkeit unserer Zusammenarbeit müssen die Fraktionen parteiliche Diskrepanzen überwinden, schwierige Themen tabulos angehen und die Parlamente darauf vorbereiten, Positionen einzunehmen, die unsere Regierungen sinnvoll beeinflussen können. Wir haben hier die Möglichkeit, gemeinsam etwas aufzubauen. Nutzen wir sie.

Des Weiteren sollte sich die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung von der Rechtspraxis jedes unserer Länder inspirieren lassen. Deutschland ist seinen Partnern in vielerlei Hinsicht einen Schritt voraus. Dies ist der Fall im Bereich der Subsidiaritätsprüfung, wo es auf nationaler Ebene und im Europäischen Parlament viel dafür getan hat. Dies gilt auch im Bereich der legislativen Koordinierung. So verfügt der Bundestag seit mehreren Jahren über eine richtige ständige Vertretung in Brüssel, wohingegen die Assemblée nationale dort nur zwei Beamte eingesetzt hat. Frankreich würde davon profitieren, wenn es sich in Bezug auf die Prüfung und die Vorarbeiten an europäischen Texten dank einer verstärkten Zusammenarbeit in diesem Bereich dem deutschen Niveau angleichen würde.

Frankreich würde auch davon profitieren, dem Beispiel Deutschlands zu folgen, indem es vor jedem Europäischen Rat eine Debatte im Plenarsaal organisiert, der eine Stellungnahme des Premierministers zu den auf der Tagesordnung stehenden Themen vorausgeht. Die Debatte, der ich am vergangenen Donnerstag im Bundestag beiwohnen durfte, hat uns alle von der Notwendigkeit überzeugt, diesen Weg einzuschlagen.

Auch sollte diese Zusammenarbeit Anlass sein, gemeinsam nachzudenken und die Entstehung der Gesetze infrage zu stellen, unabhängig davon, ob sie sich aus der Umsetzung einer Richtlinie ergeben oder nicht. Die aktuellen Ereignisse erfordern, dass wir zumindest in Frankreich den Bereich der Bürgerbeteiligung, aber auch die Rolle der Volksvertreter im legislativen Bereich und die Kontrolle der Exekutive durchgehen und neu erfinden. Die Versammlung muss daher ein neues und fruchtbares Forum in dieser Angelegenheit sein.

"Die Herausforderung besteht darin, die deutsch-französische Zusammenarbeit auf eine neue Ebene zu heben", sagten Sie, Präsident Schäuble. Ja, auf eine neue Ebene natürlich. Unsere Jugend verlangt von uns, dass wir das tun. Unsere Verantwortung ist immens.

Nutzen wir diese Versammlung, um bei den Herausforderungen und Aufgaben von morgen gemeinsam voranzukommen. Durch unsere gemeinsame Entschlossenheit wird sich Europa verändern. (Beifall)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Michael Georg Link für die FDP-Fraktion.

Michael Georg Link: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Sehr geehrte Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! An diesem Wochenende habe ich die Reden anlässlich des 50. Jahrestages des ElyséeVertrags noch einmal gelesen. Das sind zwar großartige und wunderbare Reden, doch sie erwecken den Eindruck, dass dieser Vertrag nicht wirklich etwas bewirkt hat, wenn man weiß, was in den letzten Jahren geschehen ist. Der Vertrag von Aachen – oder der Elysée-Vertrag "2.0" wie einige ihn nennen – und die heute ins Leben gerufene Parlamentarische Versammlung sind deswegen von entscheidender Bedeutung. Sie stehen weitgehend im Zusammenhang mit dem politischen Impuls von Präsident Macron, der den Mut hatte, diese Initiative zu ergreifen und der europäischen Kampagne trotz viel Widerstand eine wirklich europäische Dimension zu verleihen.

Das ist für uns alle lehrreich. Wir dürfen nicht unzufriedenen Menschen hinterherlaufen, sondern müssen den Mut haben, für den europäischen Aufbau und die europäische Zusammenarbeit zu plädieren und uns nicht in einsame Nationalstaaten zurückziehen, was manchmal das seltsame Gefühl vermittelt, wie es unser deutscher Kollege gerade getan hat, dass wir im Jahr 1910 und nicht im Jahr 2019 sind. (Beifall)

Ja, wir wollen den Menschen nahe sein, die nicht mehr von den Nationalstaaten im Stich gelassen werden wollen, und die verlangen, dass die deutsch-französische Grenze den Verkehr des größten in Europa existierenden wirtschaftlichen Potenzials nicht behindert, und dass wir dieses gemeinsame Potenzial zusammen nutzen können.

Wir müssen die Skeptiker davon überzeugen, dass wir trotz der Schwierigkeiten – die es natürlich gibt – miteinander reden können, anstatt übereinander zu reden; dass wir, anstatt eine Kultur des gegenseitigen Misstrauens zu pflegen, eine Kultur des Vertrauens miteinander teilen können, die Millionen unserer französischen und deutschen Mitbürger erwarten.

Als Liberale sind wir deshalb sehr erfreut über diesen für unsere beiden Länder wichtigen Tag, denn heute wird durch unser Parlamentsabkommen der Vertrag von Aachen mit Leben erfüllt.

Wie Präsident Schäuble sagte, wird auch unter den Deutschen sicherlich Streit über die zu treffenden Entscheidungen aufkommen, insbesondere im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, doch wir wollen gemeinsam streiten, weil wir vor Herausforderungen stehen, denen wir uns nicht allein stellen können. 19

Bei unserer Ankunft wehte anlässlich des Besuchs des chinesischen Staatspräsidenten die chinesische Flagge über der Assemblée nationale. Wir kennen diese Flagge gut, ebenso wie die damit verbundenen Versuche, die Europäer zu spalten. Dies ist kein neues Phänomen, doch der externe Druck nimmt zu, wie das russische Gaspipeline-Projekt North Stream zeigt. Man kann hier von einem vergifteten Projekt sprechen, nicht weil wir grundsätzlich gegen die Zusammenarbeit mit Russland wären, sondern weil ein solches Projekt nicht ohne Rücksprache auf europäischer Ebene durchgeführt werden kann. Das Gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit China: Wir wollen mit China zusammenarbeiten, aber gemeinsam.

Über alle diese strategischen Fragen, wie unsere Verteidigungspolitik oder die Kontrolle der Materialexporte, müssen wir gemeinsam diskutieren. Wir wissen, dass Paris immer noch auf

Antworten aus Berlin zu großen europäischen Verteidigungsvorhaben wartet. Darüber müssen wir reden.

Wir müssen uns auch mit der Eurozone befassen und mit der Frage, wie sie gestärkt und attraktiv genug für neue Mitgliedstaaten gestaltet werden kann.

Und schließlich müssen wir in dieser Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung unsere eigenen Arbeitsinstrumente schaffen und darauf achten, dass keine neuen Hürden entstehen.

Abschließend möchte ich unseren Kollegen in der Arbeitsgruppe, den Franzosen Sabine Thillaye und Christophe Arend sowie unserem Kollegen Andreas Jung danken und im Namen meiner Fraktion auch den Teams aus der Assemblée nationale und dem Bundestag danken.

Stellen wir diese Deutsch-Französische Versammlung in den Dienst des europäischen Einigungsprozesses! (Beifall)

Präsident Richard Ferrand: Das Wort hat Herr Antoine Herth für die Fraktion UDI, Agir et Indépendants.

Antoine Herth: Sehr geehrte Präsidenten, liebe französische und deutsche Kolleginnen und Kollegen! Am 11. Juni 2014 erklärte Angela Merkel gegenüber dem diplomatischen Korps: "Die Juli-Krise 1914, die in den Ersten Weltkrieg mündete, war im Kern eine Krise der Sprachlosigkeit. Für mich ist dies [...] die Lehre, immer wieder zu sagen: Wir müssen miteinander statt übereinander reden."

Auf diese ausgestreckte Hand der Kanzlerin antwortete der Präsident der Republik am 26. September 2017 in der Sorbonne: „Ich schlage Deutschland in erster Linie eine neue Partnerschaft vor. Wir werden uns nicht in allen Dingen einig sein oder nicht immer sofort, aber wir werden über alles sprechen.“

Am 22. Januar 2019 besiegelte der Vertrag von Aachen diesen Wunsch nach Dialog konkret. Ich freue mich, dass unsere beiden Parlamente, die auf Anregung ihrer Präsidenten zusammenkommen, die Initiative zur Schaffung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung ergriffen haben.

Ich frage Sie: Gibt es einen besseren Ort als ein Parlament, um miteinander zu reden? Sicherlich nicht!

Ohne diese Versammlung würde sogar ein wichtiges Instrument fehlen, um die vom Staatspräsidenten und von der Kanzlerin angestrebte Annäherung zu erreichen. Unsere beiden großen Demokratien funktionieren nicht mit der gleichen Software: In Frankreich hat die Exekutive eine Vorrangstellung, während in Deutschland der Bundestag eine entscheidende Rolle spielt. Es war somit unerlässlich, den zwischenstaatlichen Dialog durch die Integration der parlamentarischen Sphäre zu ergänzen, um zu vermeiden, dass es zu mannigfachen Missverständnissen und kontraproduktiven Spannungen kommt.

Letzte Woche hatte ich mit einigen Kollegen die Gelegenheit, den Bundestag zwei Tage unmittelbar zu erleben. Ich konnte zunächst an der Debatte und Annahme der Entschließung

zur Gründung dieser Deutsch-Französischen Versammlung sowie an einer Anhörung des Finanzministers durch den Ausschuss für europäische Angelegenheiten teilnehmen und am nächsten Tag dann an der Regierungserklärung der Kanzlerin und der anschließenden Debatte.

Ich habe festgestellt, dass alle Fraktionen zu dem Brief von Präsident Macron an die Europäer Stellung genommen haben, was mich überrascht hat. Noch nie in siebzehn Jahren parlamentarischen Lebens habe ich eine Debatte im Palais-Bourbon erlebt, bei der es so sehr um Vorschläge aus einem Nachbarland ging. Ich sehe darin auf deutscher Seite ein großes Interesse an Themen von außen, was die Assemblée nationale wahrscheinlich nützlich inspirieren könnte.

Aus dieser wunderbaren Erfahrung habe ich gelernt, dass weder die Trennlinien zwischen den Fraktionen noch die kontroversen Themen genau der französischen politischen Geographie entsprechen. Während der Bundestag mit dem Medienpreis Parlament eine Untersuchung über das Scheitern des Koalitionsprojekts "Jamaika" ausgezeichnet hat, verleiht Präsident Ferrand am 30. März den politischen Buchpreis zum Thema "Unsere Freiheiten in Gefahr". Ja, das Frankreich der großen Debatte unterscheidet sich sehr stark vom Deutschland der großen Koalition, aber gerade weil wir so unterschiedlich sind, ist es wichtig, mehr miteinander zu reden.

Auf beiden Seiten des Rheins, auch in den lokalen Beziehungen, besteht der starke Wunsch, gemeinsam voranzuschreiten; dennoch stoßen wir nach wie vor auf rechtliche Hürden, die mit mangelnden Sprachkenntnissen oder Vorurteilen zusammenhängen. Damit muss sich unsere Deutsch-Französische Versammlung zunächst befassen: uns ermöglichen, einander kennenzulernen, uns gegenseitig mit unseren Unterschieden zu bereichern und uns gegenseitig mit unseren Besonderheiten zu respektieren.

Die Gruppe der achtzehn Wegbereiter, der ich glücklicherweise angehörte, hat diesen Weg des gegenseitigen Verständnisses erkundet. Nun liegt es an uns Ihnen, liebe Kollegen, unsere Begeisterung vermitteln!

Wir müssen uns sehr schnell dem Kern der Sache zuwenden, denn diese Versammlung soll in der Tat Politik im edelsten Sinne des Wortes machen, nämlich debattieren, um unsere Standpunkte abzustimmen.

Denjenigen, die über eine mögliche Einmischung in die heilige Sphäre der nationalen Souveränität besorgt sind, möchte ich daran erinnern, dass diese Versammlung nicht supraparlamentarisch, sondern interparlamentarisch ist: Ihre Aufgabe ist es nicht, anstelle der nationalen Parlamente zu entscheiden, sondern die Hürden zu identifizieren, die einer besseren Zusammenarbeit entgegenstehen und Kompromisslösungen vorzuschlagen. Sperren wir sie also bitte nicht in kafkaeske Verfahren ein!

Umso konstruktiver wird unsere Debatte sein, auch zu den schwierigen Themen Verteidigung, Migration, Energiewende, Industriestrategie, Steuerkonvergenz, Abstimmung unserer Sozialpolitik und Verbraucherschutz...

Seien wir uns darüber im Klaren: unsere europäischen Partner beobachten uns und viele sehen diese deutsch-französische Annäherung mit Interesse. Bei einem Treffen mit dem

Präsidenten der Bulgarischen Republik, Roumen Radev, hat er mir von seinem Interesse an unserer deutschfranzösischen Initiative erzählt, ganz einfach, weil Europa einen starken Motor braucht, um allen möglichen Bedrohungen zu begegnen, und niemandem würde ein schwaches Europa nutzen, das zum Spielball der Weltmächte werden würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur die Zukunft unserer beiden Länder liegt in unseren Händen, sondern auch ein Teil der Geschicke des europäischen Kontinents liegt auf unseren Schultern. (Beifall)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Fabio De Masi für die Fraktion DIE LINKE.

Fabio De Masi: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Sehr geehrte Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Respekt vor der deutsch-französischen Freundschaft und der Schönheit der französischen Sprache spreche ich auf Deutsch. Auch wenn ich als Student das Privileg hatte, an einem Schüleraustausch in Frankreich teilzunehmen, und auch wenn ich als ehemaliger Abgeordneter des Europäischen Parlaments gerne nach Straßburg reiste, würden meine Französischkenntnisse kein gutes Bild vom deutschen Bildungssystem vermitteln – dabei sei klargestellt, dass ich allein dafür verantwortlich bin... (Heiterkeit)

Das deutsch-französische Paar war schon immer der Motor der europäischen Integration, denn es war notwendig, Deutschland erfolgreich wieder aufzubauen und gleichzeitig die deutsche Bedrohung abzuwenden. Ich glaube zwar, dass Frankreich und Deutschland eine wichtige Rolle spielen können, aber wir müssen uns fragen, warum die europäische Integration heute in der Krise steckt – ich denke an den Brexit, an interne Konflikte, an die Migrationskrise und die Zuwanderung von Flüchtlingen.

In meiner Fraktion setzen wir uns kritisch mit dem Vertrag von Aachen und der heutigen Ausrichtung der europäischen Integration auseinander. Insbesondere während der Krise in der Eurozone gab es unerwünschte Entwicklungen. Darüber hinaus ist in Deutschland ein Niedriglohnsektor entstanden, der zu den Überschüssen in der deutschen Handelsbilanz beigetragen hat.

Wir sind überzeugt, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger in Deutschland und Frankreich einen Binnenmarkt will, der nicht nur im Interesse der Großunternehmen liegt, sondern ihnen auch sozialen Schutz bietet, insbesondere durch Tarifverträge. Wir halten es für wichtig, frei handeln zu können, aber der freie Handel muss durch Normen geregelt werden, insbesondere durch Sozial- und Umweltstandards, denn wir sind der größte Binnenmarkt.

Wir brauchen mehr Investitionen gegen Jugendarbeitslosigkeit, gegen den Klimawandel, und wir müssen eine strategische Industriepolitik umsetzen, die nicht nur im Interesse der Großbanken liegt. Die Bürger, die von uns mehr Steuergerechtigkeit in Europa erwarten, hören uns oft sagen, dass dies in einer EU mit 28 Mitgliedstaaten nicht möglich ist. Aber was wäre, wenn Deutschland und Frankreich auf diesem Gebiet Vorreiter wären mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder der Besteuerung großer digitaler Unternehmen, deren Geschäftsmodell besser berücksichtigt werden sollte?

Für mich ist der Vertrag von Aachen, der sich stark auf die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich konzentriert, problematisch. In Deutschland entscheidet in diesem Bereich der Bundestag über Interventionen. Dazu haben wir einen Antrag vorgelegt, den wir heute debattieren möchten. Ich freue mich darauf, mit Ihnen zu diskutieren - was nicht immer bedeutet, dass wir einer Meinung sein müssen - und ich halte es für wünschenswert, dass sich unsere künftigen Debatten nicht nur auf Fragen konzentrieren, die sich darauf beziehen, ob wir Deutsche oder Franzosen sind, sondern auf alle großen Herausforderungen vor denen unsere beiden Länder stehen.

Meine Fraktion hält es somit für besser, das Prinzip der doppelten Mehrheit nicht anzuwenden. Wir brauchen eine gemeinsame und geeinte Versammlung, in der sich die unterschiedlichen Mehrheiten unserer beiden Länder widerspiegeln.

Auf jeden Fall freuen wir uns darauf, mit Ihnen zu diskutieren, auch wenn einige Debatten etwas hitziger sein mögen als andere: Unsere Bürger verdienen es, dass wir zur Wahrung ihrer Interessen offen über alle Punkte diskutieren, in denen dies notwendig ist. (Beifall)

Präsident Richard Ferrand: Das Wort hat André Chassaigne für die Fraktion Gauche démocrate et républicaine.

André Chassaigne: Sehr geehrte Präsidenten, sehr geehrte Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir treten heute in eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen ein, indem wir Abgeordnete der Assemblée nationale und des Bundestages in einer Versammlung zusammenbringen.

Wird diese verstärkte Zusammenarbeit der gesamten Europäischen Union neuen Schwung verleihen, obgleich das deutsch-französische Paar immer weniger andere Sichtweisen repräsentiert? Doch „ein Märchen aus alten Zeiten, das kommt mir nicht aus dem Sinn“,

„Den Schiffer im kleinen Schiffe Ergreift es mit wildem Weh; Er schaut nicht die Felsenriffe, Er schaut nur hinauf in die Höh'.“

Der Gesang der Lorelei darf uns nicht die Felsenriffe vergessen lassen, die das deutsch-französische Paar umschiffen muss! Denn wir alle hier wissen sehr wohl, dass jenseits des Geschichtenerzählens, jenseits des emotionalen Vibratos, Fakten hartnäckig sind... Wie Charles Péguy schrieb, „Alles beginnt mit Mystik und endet in Politik“.

Um welche Klippen handelt es sich?

Die erste ist die Arbeit in einem geschlossenen Kreis als Taktgeber in einem Europa, das mehrtaktig tickt, ohne ausreichende Rücksprache mit unseren europäischen Partnern. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Selbstgefälligkeit keine europäische Dynamik erzeugt. Diese Arbeitsweise löst im Gegenteil ablehnende Reaktionen in anderen Ländern aus, wodurch sich Verhältnisse festfahren, die wiederum zu temporären und per definitionem fragilen Koalitionen führen, die je nach Interessenlage schwanken und sich zersetzend auswirken.

Deshalb müssen sich unsere beiden Länder noch mehr als in der Vergangenheit gegenüber anderen Mitgliedstaaten öffnen und dabei eine Lehre Hegels beachten: „Das Schicksal selbst

ist wie das Vergessen“. Andernfalls wird die selbstbezogene Harmonie zu schrecklichen Enttäuschungen führen.

Die zweite Klippe besteht darin, sich in eine bereichsspezifische Zusammenarbeit zu verkröchen, nämlich unsere Zusammenarbeit in Bezug auf ausgewählte Themen, bei denen wir unsere jeweiligen Positionen kennen, zu vertiefen, Kompromisse zu diesen bestimmten Themen auszuarbeiten, beispielsweise zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, und umstrittenere Themen wie den Kampf gegen die Klimaerwärmung oder unsere Energiepolitik auszuschließen.

Die dritte Klippe betrifft die Rückkehr zu nationalen Reflexen. Die wirtschaftliche und geopolitische Lage begünstigt das Versteifen auf Positionen. Hüten wir uns davor, unsere Zusammenarbeit als eine Beziehung zwischen Sieger und Besiegtem zu betrachten, sondern als Partner bei der Schaffung eines neuen Europas, das den Erwartungen aller seiner Völker gerecht wird! Anstatt zu versuchen, sich gegenüber dem Nachbarn durchzusetzen, müssen gegenseitige Zugeständnisse als integraler Bestandteil des Austauschs akzeptiert werden. Alle sind sich einig, dass die Aufgabe nicht einfach ist, weil ein Vetorecht durch die Beschlussfassung mit doppelter Mehrheit geschaffen wird, das heißt eine interne Mehrheit für jede unserer beiden nationalen Vertretungen erforderlich ist.

Die vierte Klippe betrifft das Vasallentum gegenüber Uncle Sam, das durch die in der vergangenen Woche vom Bundestag einseitig angenommene Resolution bestätigt wurde und uns an den Atlantizismus erinnert, mit dem sich das heutige Europa so gut abfindet – ein Europa, das Ambitionen hat, aber am Ende das tut, was Washington ihm sagt, und es nicht tut, wenn es keine Erlaubnis hat. Die Unterwerfung Europas unter die Vereinigten Staaten ist bereits in vielfältiger Form Realität, von Filmleinwänden bis hin zu Galerien für zeitgenössische Kunst, vom Untertanengeist in der NATO hin zur Exterritorialität amerikanischer Diktate, vom todbringenden Glyphosat zur kohlenstoffhaltigen, die Erde zerstörende Energie.

Die fünfte und letzte, jedoch nicht zu unterschätzende Klippe betrifft das Risiko, dass unsere Versammlung in der Kontinuität eines marktbestimmten Europas zum Wasserträger der egoistischen Interessen des Neoliberalismus wird. In diesem Fall wird sie unmittelbar nach ihrer Entstehung an der Chronik eines vorhergesagten Todes weiterschreiben!

Denn im Klartext hat das heutige Europa, so schreibt zu Recht Régis Debray in seinem letzten Buch „seine Aura eingebüßt (...) seinen Haushaltszwängen preisgegeben ruft es nicht mehr nur Stoßseufzer sondern Unmut hervor. Die Zahlen haben das Kommando übernommen, das Rechnungsbuch wird zur Heiligen Schrift und der Wirtschaftsprüfer ein hoher Würdenträger“.

Deshalb fordern die Fraktion Gauche démocrate et républicaine und ihre kommunistischen Abgeordneten durch ihre aktive Teilnahme an dieser Versammlung ein soziales Europa mit einem wirklichen europäischen Sozialvertrag, dessen Werte und Normen die Arbeitnehmer und den Planeten schützen, Säule für ein Europa der Solidarität und des Umweltschutzes, das zu diesem Zweck von der räuberischen Vormundschaft der Finanzmärkte, den Dogmen des Liberalismus und der Sparpolitik befreit werden muss...

Sonst wird uns nichts anderes übrig bleiben als eine neue Szene der europäischen commedia dell'arte zu improvisieren, in der Pantalones Deklamationen Erasmus' Worte übertönen und weiterhin die Stimmen der Völker ersticken. (Beifall)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Frau Dr. Franziska Brantner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Franziska Brantner: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Sehr geehrte Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Freude, bei Ihnen zu sein, und ich freue mich über diese lebhaftige Debatte.

Im Herbst 2017 war diese Versammlung noch eine Idee, aber heute sind wir zusammengekommen und ich möchte allen unseren Kollegen sowie allen Mitgliedern der Verwaltung und natürlich unseren beiden Präsidenten danken, die dieses Treffen ermöglicht haben.

Wie Herr Bourlanges sagte, ist die vor uns liegende Aufgabe sehr umfangreich und wir haben jetzt die Wahl, ob wir uns als Europäer durchsetzen wollen oder nicht. Wir können zulassen, dass die Chinesen – oder die Amerikaner – uns ihre Entscheidungen bei der Digitalisierung aufzwingen oder wir können versuchen, die Dinge auf europäischer Ebene nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Wir können unsere Außenpolitik betreiben, indem wir annektiert werden oder uns durchsetzen. Wir können uns von der Klimakrise erdrücken lassen oder versuchen, ihre Auswirkungen gemeinsam zu bekämpfen. Sie sehen, zu all diesen Themen haben wir mehrere Möglichkeiten. Wir können uns mehr für ein sozialeres Europa und mehr Steuergerechtigkeit einsetzen, in dem jeder seinen gerechten Anteil an Steuern zahlt oder wir können uns dafür entscheiden, nicht zu handeln – auf Kosten unserer nationalen Demokratien.

Uns bleibt nicht mehr viel Zeit – jedenfalls haben wir sicherlich nicht mehr Zeit als zehn oder zwanzig Jahre, um uns zu großen Kompromissen zu verpflichten, deren Umsetzung zwanzig Jahre dauern wird. Wir müssen jetzt handeln und ich hoffe, dass diese Versammlung einer der Orte wird, an dem wir beschleunigend wirken können, indem wir uns auf die Themen konzentrieren, die unsere Mitbürger erwarten und bei denen wir direkt über die uns zur Wahl stehenden Optionen sprechen. Kleine Diskussionen zwischen den verschiedenen Ministerien – vor allem auf deutscher Seite, wo das föderale System die Dinge nicht vereinfacht – erschweren manchmal unser Weiterkommen. Die großen Herausforderungen müssen wir gemeinschaftlich angehen und das wird uns nicht gelingen, wenn wir dies zwischen Franzosen und Deutschen tun wollen: Gemeinschaftlich müssen wir die Probleme angehen, bei denen Frankreich und Deutschland nicht allein vorankommen können.

Ich nenne zwei oder drei Beispiele. Was die Wirtschafts- und Währungsunion angeht, so wurden die Vorschläge von Emmanuel Macron mit dem Etikett "Union der Transfers und Umverteilung" sofort ausgeklammert. Es ist jedoch nicht so, dass Frankreich nicht zu den Nettozahlern gehört und die Rechenregel der schwäbischen Hausfrau ist nicht unbedingt der effektivste Maßstab für alle Probleme, die wir zu lösen haben...

Auch im Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungspolitik müssen wir Europa voranbringen, nicht nur aus deutsch-französischer Sicht. Seit langem haben wir in Europa einen gemeinsamen Standpunkt zu diesen Fragen und deshalb dürfen wir nicht auf die binationale Ebene zurückkehren: Insgesamt müssen wir eine europäische Position festigen – es wird kein "grüner" Kompromiss sein, sondern ein Kompromiss zwischen Deutschland und Frankreich. Das Gleiche gilt für die künstliche Intelligenz, ein Thema, über das wir in

Deutschland noch wie über eine nationale Strategie nachdenken, obwohl wir besser auf deutsch-französischer Ebene oder sogar auf europäischer Ebene nachdenken sollten. Wir haben nämlich nicht mehr die Zeit, erst einmal eine Position auf nationaler Ebene zu definieren: Von Anfang an müssen die Dossiers gemeinschaftlich geprüft werden.

Abschließend möchte ich die Grenzregionen erwähnen, für die diese Versammlung eine besondere Rolle zu spielen hat, die weitgehend mit der Umsetzung des europäischen Rechts zusammenhängt. Ich denke insbesondere an die neue Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern, die rechtliche Verbesserungen vorsieht, deren Umsetzung in ihrer Anwendung aber so absurd ist, dass die Entsendung eines deutschen Beamten über den Rhein mehr Formalitäten – ich denke an das unermesslich komplexe Formular A1 – erfordert als die Einreise eines amerikanischen Beamten! So kann es nicht weitergehen: Wir müssen die Dinge vereinfachen. Das war natürlich nicht im Sinne der Richtlinie, aber es ist festzustellen, dass die Dinge in der Praxis sehr kompliziert sind. Wir müssen die regionalen Themen aufgreifen und unsere deutsch-französische Versammlung darauf aufmerksam machen, um Missstände zu erkennen und, wie ich hoffe, dank des Gemeinsamen Bürgerfonds einen ganz konkreten Beitrag dazu leisten zu können, dass sich unsere Mitbürger für Frankreich, Deutschland und Europa engagieren.

Ich war sehr ermutigt, als ich vorgestern eine halbe Million Briten sah, die für Europa auf die Straße gingen und sagten: „Das von unseren Verantwortlichen verursachte Chaos ist nicht mehr akzeptabel“ und gleichzeitig erreichte die Anti-Brexit-Petition über fünf Millionen Unterschriften. Dieses Engagement der britischen Bürger verdient es, hervorgehoben zu werden. (Beifall)

Wir dürfen nicht warten, bis wir in ein totales Chaos gestürzt sind, bevor wir uns entschließen, uns zu engagieren. Wir haben jetzt die Möglichkeit, Europa gemeinsam voranzubringen, und das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Wir sitzen heute mit den Deutschen auf der einen Seite und den Franzosen auf der anderen Seite – und ich hoffe, dass wir beim nächsten Mal in Gruppen ohne Unterscheidung der Nationalität zusammensitzen, wodurch die Debatte etwas bunter wird. (Beifall)

Präsident Richard Ferrand: Das Wort hat Herr Jean-Michel Clément für die Fraktion Libertés et Territoires.

Jean-Michel Clément: Sehr geehrte Präsidenten, liebe deutsche und französische parlamentarische Kolleginnen und Kollegen! Heute vor 62 Jahren wurden in Rom zwei für unsere gemeinsame Zukunft wesentliche Verträge unterzeichnet.

Die sechs Gründungsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, darunter Deutschland und Frankreich, haben nicht nur ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Mit der Entscheidung, einen gemeinsamen Markt zu schaffen und die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten schrittweise anzugleichen, haben wir im Grunde genommen die Seiten eines neuen Buches geöffnet, nämlich des dauerhaften Friedens in Europa.

Indem dafür gesorgt wurde, dass Völker, die sich zuvor bekriegt hatten, Waren und Dienstleistungen austauschen konnten, wurde weit mehr getan als nur einen Markt zu öffnen. Der symbolreiche Handschlag zwischen Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler

Helmut Kohl sollte später die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern endgültig besiegeln.

Seitdem ist Europa gewachsen. Viele Staaten sind ihm beigetreten, auch wenn einer von ihnen jetzt dabei ist, es zu verlassen - und dieses Ausscheiden klingt nach einem Misserfolg, aus dem wir schnell Konsequenzen ziehen müssen.

Unsere Jugend hat sich dieses Europa mit den Erasmus- und Leonardo-Programmen zu eigen gemacht, aber wir sollten uns eingestehen, dass die europäische Idee heute kränkt. Populismus und Nationalismus haben überall Zulauf, auch in Deutschland und Frankreich. Warum?

Denn Europa kann nicht allein durch den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital wachsen. Da Europa unfähig war, gemeinsame Regeln im sozialen und steuerlichen Bereich festzulegen, da es das Dubliner Übereinkommen nicht gemeinsam infrage stellte, um das dringliche Einwanderungsproblem anzugehen, da es zuließ, dass der unlautere Wettbewerb florierte, ist Europa allmählich in eine moralische Krise, eine Identitätskrise gerutscht, und zwar kurz vor den für seine Zukunft wesentlichen neuen Wahlen.

Während Europa immer anfälliger wird, entstehen immer mächtigere Blöcke um uns herum. Mit der Expansion im Rahmen der "neuen Seidenstraßen" dockt China an italienische Häfen an. Indien, die zweitgrößte Bevölkerung der Welt, ist aufgrund seiner Kenntnisse neuer Technologien weiterhin auf dem Vormarsch. Russland, das sich nach ehemaliger Größe sehnt, versucht, Positionen im Osten wieder einzunehmen. Schließlich dürfen wir die Vereinigten Staaten und ihren Protektionismus nicht vergessen, durch den Zollschränken oder beschämende Mauern errichtet werden.

Was fehlt uns heute, um auf diese Bedrohungen zu reagieren und ein europäisches Projekt wieder auf den Weg zu bringen? Uns fehlt ein echtes Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Schicksalsgemeinschaft: Wir müssen heute eine europäische Staatsbürgerschaft aufbauen, ohne uns von unseren nationalen oder regionalen Identitäten zu lösen.

Wir gehören in der Tat zu denen, die glauben, dass sich die Identitäten unserer beiden Länder gegenseitig stärken und bereichern. Deshalb begrüße ich im Namen meiner Fraktion Libertés et Territoires, die diese Werte hochhält und ihre Kraft aus ihrer Einzigartigkeit schöpft, die Unterzeichnung des Vertrags von Aachen am 22. Januar und die Unterzeichnung des am heutigen Morgen von unseren jeweiligen Präsidenten paraphierten Parlamentsabkommens.

Von den fünfzehn vorrangigen Projekten zur Umsetzung dieses Vertrags begrüße ich insbesondere die Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Klima. Den Kampf gegen die Erderwärmung müssen wir gemeinsam führen – daran erinnern uns zurzeit die Jugendlichen, wenn sie friedlich in den Straßen unserer europäischen Großstädte demonstrieren und uns so an unsere Verantwortung erinnern.

Wir müssen auch unsere Bereiche mit gemeinsamen Erfahrungen stärken. In der Luft- und Raumfahrt haben wir gezeigt, dass die Vielfalt unserer wissenschaftlichen und technologischen Kooperationen zum Erfolg für alle führt. Wir müssen diese Erfolge auf andere

Bereiche ausdehnen, um zum Wohl unserer Völker zusammenzuarbeiten, wie es der Vertrag vorsieht.

Dafür ist es allerdings unerlässlich, von Wettbewerbs- und Konkurrenzdenken abzulassen, die einer echten Zusammenarbeit und Selbstverwirklichung unserer Mitbürger zuwiderlaufen. Und wir müssen einen neuen Antrieb nicht nur für den Markt allein geben, sondern einen Antrieb, der die Völker hinter einem gemeinsamen Ziel vereint, dem des Zusammenlebens, damit eine europäische Staatsbürgerschaft entstehen kann, die heute so vonnöten ist.

Unserer Meinung nach muss die Schaffung einer Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung über die bloße Anwendung der Verträge hinausgehen. Sie muss die Zielsetzung aufgreifen und unsere jeweiligen Entscheidungsträger daran erinnern, dass neue Ansätze für die Welt erforderlich sind, um auf die sich abzeichnenden Veränderungen zu reagieren, sei es im Hinblick auf den Klimawandel, die Migrationsphänomene, die wir ohne Umschweife besprechen müssen, die digitale Revolution und ihre Folgen für die Beschäftigung oder die Erhaltung der Ressourcen.

Der Umfang der Großvorhaben ist unermesslich und unsere Entschlossenheit muss dieser Unermesslichkeit gerecht werden.

Möge unsere Arbeit diesen Willen widerspiegeln und teilen. (Beifall)

Präsident Richard Ferrand: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Obono, die im Namen der Fraktion La France insoumise sprechen sollte, hat mich gebeten, ihre Abwesenheit zu entschuldigen.

An diesem ersten Vormittag spürt man die kollektive Fähigkeit, reiche, intensive und lebhaft Debatten zu entwickeln. Einen Einblick davon haben wir nun, so dass wir auf eine äußerst fruchtbare Arbeit hoffen können.

Der erste Teil unserer konstituierenden Sitzung ist beendet.

Deshalb bitte ich Sie, sich zum Mittagessen ins Hôtel de Lassay zu begeben.

Die Sitzung wird um 15 Uhr in diesem Raum mit Erklärungen von Nathalie Loiseau, Ministerin für europäische Angelegenheiten, und ihrem deutschen Amtskollegen Michael Roth fortgesetzt, gefolgt von zwei Fragerunden.

Bevor wir die Sitzung unterbrechen, möchte ich auf Deutsch einen Wunsch äußern. Ich möchte also den Wunsch aussprechen, dass wir am Ende der Legislaturperiode alle zweisprachig sind. (Beifall)

Unterbrechung der Sitzung um 12.10 Uhr

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

Montag, den 25. März 2019

Leitung: Sabine Thillaye und Andreas Jung, Vorsitzende des Vorstands

Wiederaufnahme der Sitzung: 15.10 Uhr

II. Erklärungen von Frau Nathalie Loiseau, Ministerin für europäische Angelegenheiten beim Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten, und von Herrn Michael Roth, Staatsminister für europäische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt, Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit, gefolgt von Fragen und Antworten

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich heiße Sie herzlich willkommen zum zweiten Teil der konstituierenden Sitzung der Deutsch-Französischen Versammlung.

Wir hören zunächst Frau Nathalie Loiseau und Herrn Michael Roth, die französische Ministerin und den deutschen Minister für europäische Angelegenheiten, die jeweils fünf Minuten Redezeit für ihre einleitenden Erklärungen haben, und anschließend können Sie ihnen Ihre Fragen stellen.

Wir beginnen mit einer ersten Runde von vierzehn Fragen, für die jede Fraktion maximal zwei Minuten Redezeit hat. Wir werden abwechselnd Redner aus der Assemblée nationale und dem Bundestag in absteigender Reihenfolge der Fraktionsgröße hören. Die beiden Minister haben dann jeweils zehn Minuten Zeit, um die Antworten zu bündeln.

Darauf folgt eine zweite Runde von vierzehn Fragen, die den Fraktionen im Verhältnis zu ihren Mitgliederzahlen zugewiesen wurden. Die Dauer jeder Frage ist dann auf eineinhalb Minuten begrenzt. Am Ende dieser zweiten Fragerunde haben Herr Michael Roth und Frau Nathalie Loiseau jeweils wiederum zehn Minuten Zeit zur Beantwortung.

Andreas Jung und ich schließen diesen Tag dann ab.

Das Wort hat Frau Ministerin.

Nathalie Loiseau, Ministerin für europäische Angelegenheiten beim Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten: Wir alle hier sind Erben. Wir alle hier tragen das Erbe derer, die vor uns für die deutschfranzösische Aussöhnung eingetreten sind, die enge Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern aufgebaut haben, so dass wir heute über unsere Gegenwart und unsere Zukunft nachdenken können, ohne Angst vor neuen Spannungen zwischen unseren beiden Ländern zu haben.

Wir alle hier sind Schuldner. Wir sind die Schuldner von Charles de Gaulle, Konrad Adenauer, aber auch von Robert Schuman, Jean Monnet oder Walter Hallstein. Ich wollte ihre Namen hier mit Respekt und Dankbarkeit erwähnen, zu einer Zeit, in der einige Leute sich anmaßen, ihr Andenken in den Schmutz zu ziehen. Als sie Europa auf der deutsch-französischen Aussöhnung aufbauten, wollten sie den Weg zurück in die Barbarei, das Wiederaufleben von Nationalismus und Hass verhindern. Sie wollten das Udenkbare unmöglich machen. Heute, da wir ihre Schuldner sind, dürfen wir sie nicht enttäuschen.

Wir dürfen nicht die Ruheständler der deutsch-französischen Freundschaft sein. Was die Vorgängergeneration aufgebaut hat, ist keine Selbstverständlichkeit. Der deutsch-französische Einigungsprozess erfordert das Engagement aller Beteiligten im Alltag und es muss ständig erneuert werden. Aus diesem Grund wollten der französische Staatspräsident und die deutsche Bundeskanzlerin den Elysée-Vertrag durch den Vertrag von Aachen verlängern. Und aus diesem Grund haben Sie sich, da bin ich mir sicher, für die Einsetzung dieser völlig neuen und innovativen Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung entschieden.

Ich möchte Ihnen sagen, wie glücklich und stolz ich bin, heute an der ersten Tagung Ihrer Versammlung teilzunehmen. Dieser Moment wird in meinem Leben als Ministerin zählen, an einem Tag, der in vielerlei Hinsicht von besonderer Bedeutung ist. (Beifall)

Unsere beiden Regierungen und unsere beiden Parlamente wollten parallel und gleichzeitig den deutschfranzösischen Beziehungen einen neuen Impuls geben. Sie taten dies im gleichen Geiste, der darin besteht, die Stärke des politischen Symbols mit der Intensität der täglichen Zusammenarbeit zu verknüpfen. Sie taten dies mit der gleichen Zielsetzung: Die deutsch-französischen Beziehungen sollen den europäischen Einigungsprozess anregen, beleben, antreiben.

Möglicherweise ist dies eine Gelegenheit, vor Ihnen auf den Vertrag von Aachen zurückzukommen, um zu sagen, was er ist, aber auch, was er nicht ist. Bald ist es so weit und er wird dem französischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt. Vor zehn Monaten standen Michael Roth und ich schon einmal Seite an Seite und beantworteten Fragen der parlamentarischen Arbeitsgruppe über die Vorbereitung dieses neuen Vertrages. Vor einigen Wochen bin ich auf Einladung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zur Anhörung gekommen – wie immer, wenn mein Kommen gewünscht wurde. –, um Einzelheiten über den Vertragsinhalt zu erläutern. Dennoch wurde viel über diesen wichtigen Text gesagt und manchmal leider auch ein wenig Unsinn.

Der Vertrag von Aachen hat ein Ziel: die deutsch-französischen Beziehungen ins 21. Jahrhundert zu bringen, von der Aussöhnung zur Konvergenz zu gelangen und eine solide Säule der europäischen Integration zu bilden.

Dazu sind Instrumente erforderlich. Der Vertrag von Aachen enthält viele davon: einen Finanz- und Wirtschaftsrat zur Stärkung der Koordinierung unserer öffentlichen Politiken, einen Rat der Wirtschaftsexperten, der weitere Vorgehensweisen aufzeigt, eine digitale audiovisuelle Plattform, einen Bürgerfonds und ein Zukunftswerk. Mechanismen sind erforderlich und der Vertrag schlägt welche vor: einen jährlichen Dialog über Afrika, einen gemeinsamen Ansatz für Rüstungsexporte, eine Annäherung der strategischen Kulturen und eine Klausel über die gegenseitige Verteidigung im Angriffsfall.

Alle diese Punkte sind Fortschritte, aber ohne politischen Willen und Weitsicht sind sie bedeutungslos. Seien wir nicht die ängstlichen Notare der deutsch-französischen Beziehungen – ebenso wenig wie wir die unbeweglichen Verwalter des europäischen Projekts sein können. Die europäische Verteidigung besteht nicht darin, morgen wie gestern zu handeln: Wir brauchen gemeinsame Fähigkeiten, eine gemeinsame strategische Kultur und einen gemeinsamen Willen. Die Stärkung der Eurozone besteht nicht darin, morgen wie gestern zu handeln. Wir müssen aus den Krisen der Vergangenheit lernen, um uns auf die Krisen der Zukunft vorzubereiten. In diesem Zusammenhang ist der deutsch-französische Motor unerlässlich und muss mit voller Leistung laufen. Der Vertrag von Aachen gibt ihm die entsprechenden Mittel. Ich hoffe aufrichtig, dass unsere beiden Regierungen ihn voll ausschöpfen und dass sie ihn nicht als Ankunftspunkt, sondern als Ausgangspunkt betrachten.

Neben dem Symbol und dem europäischen Impuls, die Frankreich und Deutschland tragen müssen, zielt der Vertrag von Aachen darauf ab, den Alltag der Grenzbewohner auf beiden Seiten des Rheins zu verändern. Dies ist neu und notwendig, zumal die Zielgruppen – Arbeitnehmer, Unternehmen, Sport- und Kulturverbände, Lehrer, Gesundheitspersonal, lokale und nationale Volksvertreter – uns eindringlich darum gebeten hatten. Sie wurden erhört. Die betroffenen Gebietskörperschaften erhalten spezifische Kompetenzen und Ressourcen. Der Unterricht in der Nachbarsprache wird erheblich ausgeweitet. Das Verkehrswesen und die digitalen Vernetzungen werden verbessert, um den Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Menschen, und auch von Ideen und Kulturen weiter auszubauen.

Darum geht es im Vertrag von Aachen. Gestatten Sie mir, kurz darauf zurückzukommen, was er nicht ist. Leider ist dies notwendig, denn dieses schöne Symbol für die Stärkung der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland wurde von Fehlinformationen und politischer Unaufrichtigkeit begleitet.

Nein, dieser Vertrag sieht keinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Europäische Union vor. Ich möchte Sie daran erinnern, auch wenn einige unserer deutschen Freunde anderer Meinung sind, dass dies rechtlich unmöglich und politisch undenkbar ist. In diesem Jahr sind fünf europäische Staaten Mitglieder des Sicherheitsrates, darunter Frankreich, das im März den Vorsitz führt, und Deutschland, das im April unser Nachfolger wird. Warum sollten wir das Gewicht Europas reduzieren wollen? Warum um alles in der Welt würde Frankreich, dessen Engagement für Außenoperationen heute in Europa seinesgleichen sucht und das morgen der einzige Mitgliedstaat der Europäischen Union mit einer nuklearen Abschreckungskraft sein wird, auf seine volle Verantwortung im eigenen Interesse und im Interesse Europas gegenüber dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verzichten? Der Vertrag von Aachen enthält natürlich nichts dergleichen. Er greift die französische Zusage auf, Deutschlands Aufnahme in den Kreis der ständigen Mitglieder zu unterstützen. Wenn dies in Berlin gewünscht wird, weiß Berlin, dass wir an seiner Seite stehen.

Der Vertrag von Aachen enthält auch nichts über den Sitz des Europäischen Parlaments. Sie wissen, dass mir dieses Thema aus verschiedenen Gründen sehr am Herzen liegt. Ich möchte unseren deutschen Freunden, die heute anwesend sind, noch einmal meine feste Überzeugung sagen: Das Herz eines Europas der Bürger schlägt in Straßburg und nirgendwo sonst. In Straßburg beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kann ein Europäer Gerechtigkeit erlangen, wenn seine Rechte verletzt werden. In Straßburg im Europarat werden die Gleichstellung von Frauen und Männern, der Kampf gegen alle Formen der Diskriminierung und die Grundlagen der Demokratie befördert. Und auch in Straßburg im Plenarsaal des Europäischen Parlaments wurde den sterblichen Überresten von Bundeskanzler Helmut Kohl eine letzte Ehre erwiesen. Das sollten wir alle in Erinnerung behalten.

So ist er und so ist er nicht, der Vertrag von Aachen. Hier und heute bin ich der Überzeugung: Dieser Vertrag wird nur durch den politischen Willen der Unterzeichner leben, wie ich bereits gesagt habe, aber auch durch das Engagement aller, angefangen beim französischen Parlament, dem deutschen Parlament und Ihrer neuen Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung.

Sie, französische und deutsche Abgeordnete aus dem gesamten politischen Spektrum unserer beiden Länder, hier heute versammelt zu sehen, ist für mich ein Anlass zu Optimismus. Dank Ihnen, mit Ihnen, wird die deutsch-französische Beziehung in Anbetracht der Bestrebungen aller Beteiligten geführt. Gemeinsam können die Exekutive und die Legislative unserer beiden Länder an ihrem eigenen Platz und in ihrer eigenen Rolle daran arbeiten, unsere Beziehungen zu stärken. In unseren Demokratien ist es Aufgabe des Parlaments, das Handeln der Regierung zu kontrollieren. Dies gilt insbesondere für die Kontrolle der Umsetzung des Aachener Vertrages und auch der Schlussfolgerungen des Deutsch-Französischen Ministerrates.

Seien Sie versichert, dass die Regierung entschlossen ist, einen intensiven Dialog mit den Abgeordneten und insbesondere mit den Mitgliedern der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung weiterzuführen.

Ich erwarte auch viel von Ihnen. Unsere Verpflichtung, das europäische Recht koordiniert in unsere jeweiligen nationalen Gesetze umzusetzen, beruht auf Ihrem Handeln. Wir können aus völlig legitimen und zugleich demokratischen Gründen immer noch divergieren. Auf jeden Fall sollten wir darauf achten, dass wir unsere Differenzen nicht aus administrativer Trägheit verschärfen – das ist in der Vergangenheit geschehen. Unsere Unternehmen und Bürger können nicht verstehen, dass wir uns nicht entschlossen für die Zukunft engagieren, so oft wie möglich zu einem gemeinsamen Rechtsraum beizutragen.

In Zeiten, in denen das Ergebnis des Brexits ungewisser denn je ist, in denen Mächte außerhalb der Europäischen Union offenbar auf ihre Spaltung setzen, in denen nationalistische Kräfte die Abschottung befürworten und am Niedergang Europas arbeiten, wäre es leicht, in Angst und Pessimismus zu verfallen. Ihre Geste drückt das Gegenteil aus. In Ihrer Versammlung kommen Männer und Frauen zusammen, die an die repräsentative Demokratie und die Annäherung der Völker glauben.

Also sage ich Ihnen: Danke und Bravo. Ihrer Versammlung wünsche ich ein langes Leben und Ihnen sage ich: bis bald – à bientôt! (Beifall)

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Frau Ministerin, vielen Dank. Herzlichen Dank für Ihren Beitrag, aber auch für unsere Zusammenarbeit in den letzten Monaten bei der Ausarbeitung des Vertrags von Aachen. Wir haben diese Zusammenarbeit sehr geschätzt und wünschen Ihnen viel Glück für die Zukunft. Wir haben geplant, heute Nachmittag mit den Abgeordneten, die an der Vorbereitung dieses Vertrags beteiligt waren, zu diskutieren: Es geht jetzt darum, seine Umsetzung voranzutreiben, und wir machen heute einen guten Start. Das Wort hat jetzt Ihr deutscher Amtskollege.

Michael Roth, Staatsminister für europäische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt, Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Liebe Nathalie, auch für mich ist dies ein ganz besonderer Moment. Vor allem bin ich Parlamentarier und weiß, wie wichtig Parlamentarier sind, um Brücken zu schlagen, um als Katalysator zu wirken und eine Rolle als Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland zum Wohle Europas zu einzunehmen. Also bin ich froh, dass wir heute reden und möglicherweise auch ein bisschen streiten können. (Heiterkeit)

Nathalie ist meine vierte französische Amtskollegin in vier Jahren und sie ist nicht die letzte. Das tut mir einerseits leid, weil wir in vielen Bereichen eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben, aber andererseits bin ich auch gespannt darauf, wie es weitergeht. Im Grunde genommen geht es nicht um Personen. Wir alle sind auf dieses Erbe angewiesen, das wir tragen müssen. Wir müssen dessen würdig sein.

Es gibt viele Dinge, die uns misslingen könnten. Das Gelingen Europas zu sichern, ist keine Selbstverständlichkeit. Dies hängt sehr stark von unserer Fähigkeit ab, in Frankreich und Deutschland die Aufgabe konstruktiv anzugehen. Es ist nicht einfach. Deshalb brauchen wir Kollegen, die uns wie Sie auf Augenhöhe helfen, bisweilen bestimmte Vorurteile zu überwinden. Ich hätte nie gedacht, dass einige Stereotypen, die ich längst überwunden glaubte, wieder benutzt werden würden. Umso wichtiger ist es daher, sich an dieser gemeinsamen Arbeit zu beteiligen.

Dieses Gremium – das wäre meine Empfehlung und meine Bitte – muss sich auf den Vertrag und das gerade unterzeichnete Abkommen stützen, um drei Hauptziele zu erreichen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss vor allem dafür sorgen, dass Nationalismus und Populismus noch deutlicher als heute abgelehnt werden, indem sie deutlich macht, wie wunderbar es ist, Grenzen zu überwinden und mehr Integration und Verständnis im Alltag zu erreichen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Qualifikation, Gesundheit, aber auch Sicherheit hat viel zu bieten. Ich möchte, dass die Dinge noch unbürokratischer und noch einfacher werden.

Ein zweites wichtiges Thema, das ich auch für eine Priorität unserer gemeinsamen Arbeit halte, ist die gemeinsame Bearbeitung der großen Zukunftsthemen – digitale Technologien, Bekämpfung des Klimawandels und sozialer Zusammenhalt. Wie können wir in immer vielfältigeren Gesellschaften für die Sicherheit Europas zusammenarbeiten? Es gibt viele Themen, die Gegenstand von Auseinandersetzungen sein können. Rüstungsfragen sind nämlich in Deutschland ein viel sensibleres Thema, das dort ganz anders behandelt wird. Aber umso wichtiger ist es, dass wir bereit sind, einander zuzuhören und eventuell Kompromisse zu schließen. Im Bereich der Bekämpfung des Klimawandels haben wir auf beiden Seiten

wichtige Aufgaben zu erfüllen. Wir sind Industrieländer mit einer soliden Wirtschaft und einem starken Sozialstaat. Wir können Donald Trump widersprechen, wenn er behauptet, dass Klimaschutz Arbeitsplätze vernichtet. Im Gegenteil, insgesamt stärkt uns der Kampf gegen den Klimawandel.

Ein weiterer Punkt, bei dem ich sehr daran interessiert bin, besonders eng zusammenzuarbeiten, ist die Umsetzung von Richtlinien. Wir alle wissen, wie schwierig es ist, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen, aber ich für meinen Teil träume weiterhin von dem Moment, in dem wir uns wirtschaftlich und sozial so angenähert haben, dass wir im Rahmen der Umsetzung der Richtlinien eine große Synthese erreichen, die die Zusammenarbeit im Alltag unserer Mitbürger erleichtert und die Grenzen weiter abschwächt.

All dies kann Mut machen und ein Modell auf europäischer Ebene sein. Viele Menschen schauen auf uns und erwarten, dass wir durch mehr Integration und Zusammenarbeit Dinge erreichen, die für den Rest Europas alles andere als offensichtlich sind.

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, diese Verantwortung zu übernehmen und heute mit uns zu diskutieren – ich freue mich darauf.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Vielen Dank für diese Beiträge. Es ist wichtig für uns zu sehen, dass unsere Regierungen auch hinter dieser Initiative stehen. Wir müssen Hand in Hand arbeiten, und es ist wichtig, dass wir über die notwendigen Informationen verfügen, um unsere Arbeit zu verrichten. Deshalb appelliere ich an Sie: Wir müssen sicherstellen, dass unsere Versammlung über alles verfügt, was sie braucht, um gute Arbeit zu leisten.

Wir beginnen nun mit der ersten Fragerunde.

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Dr. Reinhard Brandl für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Reinhard Brandl: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Vor zwei Wochen war ich in Dschibuti und habe dort die deutschen und französischen Soldaten besucht. Und ich traf deutsche Ärzte, die in einem französischen Krankenhaus für die Bundeswehr und die französischen Streitkräfte arbeiten. Am Flughafen wurde uns der Weg angegeben und wir erfuhren, dass China dort einen neuen Stützpunkt für 10.000 Soldaten baut.

Wenn wir präsent sein und eine Rolle in Regionen wie Afrika spielen wollen, können wir das nur gemeinsam tun, nämlich gemeinsam mit Franzosen, Deutschen und Europäern. Ein einzelnes Land ist zu klein, um sich den Herausforderungen zu stellen und einem Konkurrenten wie China zu begegnen. Im Bereich der Sicherheit und Verteidigung arbeiten die Bundeswehr und die französischen Streitkräfte viel erfolgreicher Hand in Hand als wir auf politischer Ebene. Unser Ziel ist es, innerhalb der CDU/CSU-Fraktion des Verteidigungsausschusses des Bundestages die Zusammenarbeit mit Frankreich in diesem Bereich zu stärken.

Zwei Großprojekte wurden gestartet, zum einen das Future Combat Air System, das Kampfflugzeug der Zukunft, und zum anderen der Kampfpanzer der Zukunft. Meine Frage an Frau Loiseau lautet, was sie von Deutschland im Zusammenhang mit diesen Projekten erwartet, insbesondere in Bezug auf den Export und die dafür geltenden Vorschriften. Herr Roth hat dies bereits in seiner Rede ein wenig angesprochen.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Bruno Studer für die Fraktion La République en Marche.

Bruno Studer: Ich schließe mich mit meiner Frage meiner Kollegin aus dem Bundestag, Katrin Budde, an.

Morgen findet eine entscheidende Abstimmung über das Recht unserer Autoren auf Anerkennung und Schutz in ganz Europa statt. Es ist ein Unterfangen, bei dem wir glücklicherweise gemeinsam vorankommen konnten. Es gibt andere, bei denen wir getrennt vorgegangen sind. Wir haben einen veralteten Rechtsrahmen geerbt, nämlich die E-Commerce-Richtlinie von 2000 – damals gab es weder YouTube, Facebook noch Twitter. Diese Richtlinie führte eine Haftungsregelung ein, die letztendlich zur Verantwortungslosigkeit für digitale Plattformen führt. Wie ich bereits sagte, haben wir gesonderte Gesetze erlassen. Auf deutscher Seite wurde 2017 das Gesetz "NetzDG" zur Bekämpfung von Hassinhalten verabschiedet und ich selbst war 2018 Berichterstatter für ein Gesetz gegen die Manipulation von Informationen. Darüber hinaus wird zu Ende des Frühjahrs ein Gesetzentwurf unserer Kollegin Laetitia Avia, der auf die Bekämpfung von Hassinhalten abzielt, dem französischen Parlament vorgelegt.

Meine Frage ist recht einfach: Welche Position werden Sie bei der Überarbeitung der E-Commerce-Richtlinie von 2000 vertreten? Die grundlegende Frage betrifft die Verantwortung dieser Unternehmen, deren Interessen privat sind und die ihre schnelle Entwicklung genutzt haben, um sich ihrer Verantwortung in unseren Demokratien zu entziehen.

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Dr. Nils Schmid für die SPD-Fraktion.

Dr. Nils Schmid: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Meine Meinung zu Beginn der Beratungen dieser Versammlung ist, dass wir falsche Debatten vermeiden sollten. Deutschland verlangt weder, dass der Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg infrage gestellt wird noch den Bau eines deutsch-französischen Flugzeugträgers. Wir haben in den kommenden Jahren bereits genug zu tun, insbesondere im Hinblick auf die deutsch-französische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, wo wir im Rahmen des neuen Kampfflugzeugsystems und des neuen Panzersystems gemeinsame Regeln festlegen wollen. Ich möchte wissen, wie die Minister den Vertrag von Aachen als Grundlage für die Arbeit an diesen Fragen nutzen wollen.

Allgemein gefragt: Wie kann die europäische Souveränität gestärkt werden? Es geht nicht nur um die militärische Zusammenarbeit. Wir müssen darauf achten, dass wir mit diesem Vertrag nicht den Eindruck erwecken, dass Frankreich und Deutschland den Rüstungshandel entwickeln wollen. Die Frage der europäischen Souveränität geht noch weiter: Sie betrifft auch die Reform der Eurozone, die Arbeitslosenversicherung und die Bankenunion. Auch in diesen Bereichen müssen wir rasche Fortschritte erzielen.

Wenn wir über Außenpolitik sprechen, ist die Frage der Krisenprävention besonders relevant. Auf europäischer Ebene besteht Einigkeit über die Notwendigkeit, ein Zentrum zur Krisenprävention einzurichten: Ich möchte wissen, was die beiden Minister darüber denken und welche Beiträge Frankreich und Deutschland zu diesem Punkt leisten können. Der Einsatz in Mali ist ein sehr gutes Beispiel für die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich

Krisenmanagement und -prävention. Wie sehen Sie diesen Punkt? Und was ist Ihre Meinung zu Algerien, wo die Krisenprävention in den kommenden Monaten ein aktuelles Thema sein könnte?

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Frau Constance Le Grip für die Fraktion Les Républicains.

Constance Le Grip: Als Abgeordnete der Fraktion Les Républicains möchte ich wie Patrick Hetzel, der meine Fraktion im Vorstand vertritt, heute Morgen sagen, dass wir dieser ersten Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung große Bedeutung beimessen und dass wir fest entschlossen sind, ihr unsere ganze Energie zu widmen und unseren Beitrag zu leisten.

In Europa ist die Stunde der Wahrheit gekommen: Es befindet sich an einem Wendepunkt in seiner Geschichte. Wir müssen wirklich über die vielen Bedrohungen und Herausforderungen nachdenken, denen wir sowohl extern als auch intern ausgesetzt sind. Der Zweifel, mitunter existentiell, den ein Teil der öffentlichen Meinung in Europa hat und der Brexit, dessen Ausgang im Moment noch ungewiss ist, sind besonders beunruhigende und akute Symptome der sehr schwierigen Momente, die wir durchleben.

Große Reden und vereinzelte Stellungnahmen reichen bei weitem nicht aus, um die Wiedergeburt des europäischen Projekts auszurufen. Wir in der Fraktion Les Républicains sind der Meinung, dass die Bündelung von Entscheidungen und Aktionen auf gemeinschaftlicher Ebene einerseits und der Wille und die Zusammenarbeit der Nationen der Europäischen Union andererseits, uns gemeinsam voranbringen können, doch nicht die technokratische Zentralisierung oder ein europäischer Zentralismus.

Zu den zahlreichen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, gehören insbesondere der Kampf gegen das Steuerdumping und die Förderung einer besseren Steuerkonvergenz in Europa, die eine Reihe mutiger Entscheidungen auf französischer Seite erfordern würde. Da ist auch die Frage der Bekämpfung des Sozialdumpings, dessen verheerende Auswirkungen im europäischen Bewusstsein grausam zu spüren sind. Wir haben den jüngsten Beitrag der CDU-Bundenvorsitzenden zum Thema soziale Grundsicherung mit Aufmerksamkeit gelesen. Wir wissen sehr wohl, dass die deutsche Regierung das Ergebnis einer Koalition ist und dass Sie, Herr Minister, nicht zur CDU gehören, aber wir möchten wissen, was der gemeinsame und offizielle Standpunkt der deutschen Regierung zur sozialen Grundsicherung ist. Wir haben die unterschiedlichen Positionen der Vorsitzenden der Koalitionsparteien gesehen. Vielen Dank für die Klarstellung, die Sie zu diesem Punkt geben können.

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Berengar Elsner von Gronow für die AfD-Fraktion.

Berengar Elsner von Gronow: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich einer der "bösen Nationalisten und Populisten" bin. Wie viele Leute in meiner Partei bin ich natürlich Deutscher und so bin ich als Europäer geboren – es könnte nicht anders sein. Wir wollen gerechtere und ausgewogenere Beziehungen zwischen den europäischen Ländern und ihren Nachbarn. Die Diskreditierung derjenigen, die sich der Entwicklung der Europäischen Union widersetzen, indem man sie als Feinde Europas darstellt, ist ein politischer Trick, der den Herausforderungen nicht gerecht wird. Europa kann nur dann

erfolgreich sein, wenn wir zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass unsere Zusammenarbeit auf den Nutzen aller und nicht nur einiger ausgerichtet wird.

Als Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages möchte ich Ihnen die folgende Frage stellen. Wie sehen Sie im Rahmen der laufenden Verhandlungen in Deutschland, die wahrscheinlich zu einer weiteren Kürzung unseres Verteidigungshaushalts führen, im Gegensatz zu dem, was in den innerhalb der NATO gefassten Beschlüssen vorgesehen ist, die Fortführung der deutsch-französischen Zusammenarbeit? Was hält Frankreich von einer solchen Entwicklung des Verteidigungshaushalts? Ich möchte hinzufügen, dass wir auch von einer Zusammenarbeit hören, die Deutschland unter den Schutz des französischen Nuklearschirms stellen würde.

Ich leite die Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe. Die nördlichen Länder haben ein wenig Angst vor einer deutsch-französischen Hegemonie über Europa, die im unilateralen Sinne spielen würde. Wie wollen Sie den Ländern im Norden, Osten und kleinen europäischen Ländern erklären, dass es sich nicht um einen neuen Machtpol handelt, der zu ihrem Nachteil aufgebaut wird?

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Herr Sylvain Waserman für die Fraktion Mouvement Démocrate et apparentés.

Sylvain Waserman: Es wurde heute Morgen mehrfach gesagt, dass dies ein historischer Tag ist. Wie sehr dies der Fall ist, sehen wir in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren.

Meine Frage betrifft die Arbeitsabläufe rund um die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung. Intern wollen wir an unserer Geschäftsordnung arbeiten und daran, wie wir miteinander arbeiten. Es scheint mir, dass ein großes Thema die Art und Weise betrifft, wie jeder von uns mit seiner jeweiligen Exekutive zusammenarbeiten kann. Da ist auch die Umsetzung von Richtlinien: Man könnte sie standardmäßig auf die gleiche Weise umsetzen, anstatt dass jeder es anders macht, wobei aber natürlich jeder seine Freiheit in diesem Bereich behält. Im Hinblick auf die Arbeitsabläufe erfordert dies, dass wir darüber nachdenken, wie wir uns sehr pragmatisch organisieren können.

Gleiches gilt für Themen wie die Konvergenz durch das Europäische Wirtschaftsgesetzbuch. Der Vertrag von Aachen erwähnt einen harmonisierten Raum zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Wir müssen den besten Weg zur Zusammenarbeit – zwischen den Exekutiven und uns selbst – auf der operativen Ebene finden.

Meine Frage bezieht sich also auf die Arbeitsabläufe: Was ist Ihrer Meinung nach der beste Weg, etwas zu erreichen? Meiner Meinung nach werden wir an den konkreten und pragmatischen Ergebnissen, die wir erzielen, messen können, ob unser heutiges Handeln wirklich historisch ist. Denn diese Ergebnisse hängen eben auch von unserer Fähigkeit ab, diese Arbeitsumgebung, diese Arbeitsabläufe aufzubauen. Frau Ministerin, was ist Ihre Analyse zu diesem Thema?

Frau Ministerin, können Sie uns versichern, dass die Ihnen nachfolgende Person sich der Bedeutung der deutsch-französischen Sachverhalte voll bewusst ist?

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Frau Nicola Beer für die FDP-Fraktion.

Nicola Beer: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Frau Ministerin, Herr Minister, in wenigen Wochen sind die Europawahlen. Diese werden entscheidend sein, wenn es uns gemeinsam gelingt, das Interesse unserer Mitbürger am Voranschreiten der europäischen Idee zu steigern, aber auch die Tatsache zu betonen, dass die deutsch-französische Freundschaft eine der Triebkräfte der europäischen Integration ist. Der ehemalige deutsche Außenminister Klaus Kinkel, der uns viel zu früh verlassen hat, sagte zu Recht: „Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.“

Ich denke also, dass wir einen historischen Moment erleben. Die Vertreter unserer beiden Völker, der Bürgerinnen und Bürger Frankreichs und Deutschlands, kommen zusammen, um eine Zusammenarbeit in der Hoffnung zu verwirklichen, die europäische Integration voranzutreiben und zugleich sicherzustellen, dass sie den Völkern nahe bleibt. Herr Roth hat davon gesprochen, Brücken zu schlagen und Frau Loiseau hat einen intensiveren Dialog erwähnt, worüber ich mich freue. Meine Frage entspricht der meines MODEMKollegen: Frau Ministerin, Herr Minister, wie können wir Ihrer Meinung nach als Parlamentarier und damit als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung von Vorhaben – ich denke insbesondere an die im Aachener Vertrag aufgeführten – beitragen und gleichberechtigt mit Ihnen an deren Entwicklung mitwirken und nicht nur darüber informiert werden? Dies ist wichtig, um den Kontakt zu den Menschen zu halten, die wir repräsentieren.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Frau Michèle Victory für die Fraktion Socialistes et apparentés.

Michèle Victory: Frau Ministerin, Herr Minister, wir sind hier als leidenschaftliche Verfechter eines anderen Europas, wohlhabender, souveräner, wettbewerbsfähiger in einer globalisierten Welt und vor allem in der Lage, seinen Bürgern mehr Demokratie, Schutz, Solidarität – kurz gesagt, Hoffnung und bürgernahe Erneuerung – zu bieten.

Auf diesem ehrgeizigen Weg haben Frankreich und Deutschland im Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung, die ihnen die Geschichte übertragen hat, und in den im Laufe der Zeit unterzeichneten Verträge ihren aufrichtigen Wunsch bekräftigt, die deutsch-französische Freundschaft zu pflegen und den Aufbau eines friedlichen Europas anzustreben. Deshalb ist es wichtig, dass unser Engagement für Jugend, Bildung und Kultur in konkrete und starke Aktionsvorschläge umgesetzt wird.

Seit 1963 hat das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) mehr als 9 Millionen Jugendlichen die Teilnahme an 320.000 Austauschprogrammen in Bereichen wie Berufsausbildung, Sport oder Kultur ermöglicht; und trotz einer unveränderten nominalen Mittelzuteilung bleibt der sprachliche Pluralismus eine attraktive Idee für unsere Jugendlichen.

Das 1987 ins Leben gerufene Erasmus-Programm und sein wachsender Erfolg zeugen nach wie vor von der starken Begeisterung unserer Jugend für die Entdeckung und bessere Kenntnis anderer Kulturen.

1991 wurde durch die Schaffung des Senders Arte der Blick auf unsere Länder erneuert. Seitdem hat dieser Sender daran gearbeitet, unsere Gesellschaften durch die Ausstrahlung

gemeinsamer Programme näher zusammenzubringen. Wir müssen in unserem Meinungs­austausch über die Rolle der Medien und die neuen Herausforderungen infolge der explosionsartigen Ausweitung digitaler Netzwerke konkreter und schneller vorankommen.

Die politische Erfahrung, die wir heute einleiten, sollte eine echte Dynamik erzeugen, um die Bürger, die wir repräsentieren, zu erreichen. Zu diesem Zweck möchte die Fraktion Socialistes et apparentés Ihnen eine regelmäßige deutsch-französische Konferenz vorschlagen, die einen Austausch über alle wichtigen Themen ermöglichen würde, die die Welt der Bildung, der Kultur, der Gewerkschaften und Vereine sowie der Medien betreffen. Frau Ministerin, Herr Minister, sind Sie für die Einrichtung eines solchen Systems in unserer Deutsch-Französischen Versammlung?

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Frau Sevim Dağdelen für die Fraktion DIE LINKE.

Sevim Dağdelen: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Wie mein Kollege Fabio De Masi heute Morgen bereits sagte, haben wir einen Antrag gestellt. Wir sind eine parlamentarische Versammlung. Nun gehört es aber auch zu den demokratischen Traditionen, dass eine Versammlung über einen Antrag zu einem wesentlichen Thema abstimmen kann. Wir müssen entscheiden, ob es zweckmäßig ist, über diesen Text zu beraten. Heute Morgen um zehn Uhr haben wir dem deutsch-französischen Sekretariat einen Antrag auf Frieden, Abrüstung und Verständigung in Europa übermittelt und gebeten, den Antragstext allen Parlamentariern zugänglich zu machen. Zu den parlamentarischen Traditionen gehört die, dass die Versammlung, solange es keine Geschäftsordnung gibt, uneingeschränkt beschließen kann, die Anträge ihrer Mitglieder zu prüfen.

Zudem sind wir in Deutschland der Meinung, dass wir nicht weniger Kontrolle über Waffen und Rüstungsexporte brauchen, sondern im Gegenteil mehr Beschränkungen. Beide Regierungen prüfen jedoch mehr gemeinsame Rüstungsprojekte. Deswegen wünsche ich, dass uns die Minister mitteilen, welche Prioritäten bei den deutsch-französischen Rüstungsprojekten gesetzt werden. Sind sie sich auch einig, dass das Projekt eines deutsch-französischen Flugzeugträgers nicht Teil der Verteidigung des Staatsgebietes ist?

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Antoine Herth für die Fraktion UDI, Agir et indépendants.

Antoine Herth: Ich schließe mich meinen Kollegen Pascal Brindeau und Christophe Naegelen mit meiner Frage an.

Wie ich heute Morgen sagte, wurde die Brexit-Frage letzte Woche im Bundestag ausführlich diskutiert. Dies ist ein Thema, das auch in der Assemblée nationale in aktuellen Fragen, aber auch in der Arbeit unserer Ausschüsse, insbesondere desjenigen, dem ich angehöre, nämlich des Wirtschaftsausschusses, regelmäßig zur Sprache kommt. Wir sind besonders besorgt über die Folgen für die Fischerei oder den Rindfleischmarkt.

Während Großbritannien gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union mehr Zeit eingeräumt wurde, beginnen wir leider, innerhalb der Europäischen Union uneinige Stimmen zu hören, obwohl die 27 Mitgliedstaaten bisher eine Einstimmigkeit an den Tag gelegt haben, die fast als selten und bemerkenswert bezeichnet werden könnte. Frau Ministerin, Herr

Minister, wie sehen Sie die Abstimmung der französischen und deutschen Positionen zu diesem Thema? Welche Auswirkungen wird diese zusätzliche Verzögerung in der besonders sensiblen Phase, in der wir uns befinden, auf die Europawahlen am kommenden 26. Mai haben? Darüber hinaus ist Frankreich im Begriff, eine Reihe von Gesetzestexten zu verabschieden, um seine Rechtsvorschriften an die sich aus dem Brexit ergebende Situation anzupassen. Ich schätze, Deutschland tut das Gleiche. Können wir uns eine Konsultation zu dieser legislativen Arbeit vorstellen, um uns auf die Folgen des Brexits vorzubereiten?

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Frau Dr. Franziska Brantner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Franziska Brantner: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Frau Ministerin, Herr Minister, meine erste Frage richtet sich an Sie beide: Stimmen Sie zu, dass wir die Rolle dieser parlamentarischen Versammlung bei der Unterstützung der im Vertrag von Aachen aufgeführten Vorhaben stärken sollten?

Frau Loiseau, Sie haben das Erlernen der Partnersprache erwähnt, das im Vertrag von Aachen verankert ist. Der Gesetzentwurf für eine Schule des Vertrauens, der derzeit in Frankreich geprüft wird, würde jedoch de facto zum Verschwinden deutsch-französischer Kitas führen. Meine ganz konkrete Frage lautet daher wie folgt: Was werden Sie tun, um diese zu ersetzen oder dieses System zu vervollständigen, das Tausende von Kindern betrifft und das bisher funktioniert hat? Die von dem Thema betroffenen Eltern haben sich mit uns in Verbindung gesetzt; ich wüsste gern, was Sie davon halten.

Herr Roth, im Vertrag von Aachen haben wir auch Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, insbesondere auf europäischer Ebene, aufgenommen. Könnten wir nicht auf der Grundlage des französischen Vorschlags ein deutsch-französisches Vorhaben entwickeln, so dass 40 % des mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union für die Bekämpfung des Klimawandels verwendet werden? Deutschland ist vorerst für 25%. Könnten wir nicht die Position Frankreichs in diesem Punkt verteidigen? Es wäre ein großartiges deutsch-französisches Vorhaben für Europa.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Herr André Chassaigne für die Fraktion Gauche démocrate et républicaine.

André Chassaigne: Frau Ministerin, Herr Minister, meine Frage betrifft ein unveröffentlichtes Dokument, das dem Vertrag von Aachen beigelegt sein soll. Es geht um die deutsch-französische industrielle Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und um die Grundsätze für die Transfers und Exporte von Rüstungsgütern und Kriegssprengstoffen.

Mit dieser Vereinbarung würden spezifische Regeln für Frankreich und Deutschland im Rüstungsbereich geschaffen, die durch verbindliche Mechanismen über die europäischen Verpflichtungen hinausgehen, insbesondere den Gemeinsamen Standpunkt 2008/994/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 über die Exportkontrolle und -genehmigung. Frankreich und Deutschland sollten sich nun gegenseitig über die Möglichkeit informieren, militärische Produkte aus Kooperationsprogrammen an Drittländer zu verkaufen, und sich gegenseitig alle Informationen zur Verfügung stellen, die für die Analyse des anderen erforderlich sind. Dieser könnte sich somit einem Verkauf widersetzen und Konsultationen verlangen, um geeignete Lösungen zu finden. Haben Sie nicht Angst, dass diese neuen Beschränkungen, die weit über

die einfache Ständige Strukturierte Zusammenarbeit hinausgehen, die Souveränität jedes Landes beim Verkauf von militärischer Ausrüstung aushöhlen?

Darüber hinaus würde dieser Anhang des Vertrags ein weiteres Element einführen: Somit könnten Rüstungsgüter, die von deutschen Industriellen hergestellt werden und deren Export in kriegerische Länder – insbesondere Saudi-Arabien – in Deutschland verboten ist, über Frankreich versendet werden. Industrielle könnten so das Verbot umgehen und ihre Lieferungen mit einer französischen Genehmigung wieder aufnehmen. Muss man darauf hinweisen, dass dieser Betrug ein Verrat an der ethischen Wahl des deutschen Volkes in Bezug auf den Handel mit Kriegswaffen wäre?

Frau Ministerin, Herr Minister, bestätigen Sie diese Enthüllungen der Deutschen Tageszeitung? Was ist wahr an dieser Information? Gibt es eine geheime Vereinbarung über die Verkäufe von Rüstungsgütern zwischen Deutschland und Frankreich, von der das französische Parlament und der Bundestag keine Kenntnis haben sollten?

Abschließend möchte ich sagen, dass ich den Antrag unserer Kollegen von DIE LINKE unterstütze, nämlich dass unser Parlament über einen ihm vorgelegten Antrag abstimmen kann.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Herr Jean-Michel Clément für die Fraktion Libertés et Territoires.

Jean-Michel Clément: Frau Ministerin, Herr Minister, der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration, den unsere beiden Länder am 22. Januar unterzeichnet haben, hat für seine Umsetzung fünfzehn vorrangige Vorhaben eindeutig festgelegt. Ich meinerseits habe heute Morgen insbesondere die Notwendigkeit betont, die bilaterale Zusammenarbeit in Energie- und Klimafragen zu verstärken, denn es geht um nichts Geringeres als darum, die Zukunft unseres Planeten zu sichern. Die Energiewende ist auch für die Zukunft unserer jeweiligen Volkswirtschaften vielversprechend. Meiner Meinung nach, und das ist noch wichtiger, zeichnet sie eine andere Vision der Gesellschaft – eine Gesellschaft, die besser wirtschaftet, die Ressourcen und die Menschen respektiert.

Es gibt andere Bereiche, für die ich mir mehr Engagement im Vertrag gewünscht hätte, insbesondere in den Bereiche Kultur, Aufnahme und Integration. Kultur, weil ich zu denen gehöre, die glauben, dass sie stets zu einer besseren Wertschätzung unserer Unterschiede beiträgt, dass sie das Verständnis fördert, die Toleranz nährt und letztlich Brüderlichkeit und Frieden schafft. Aufnahme und Integration, denn wir dürfen uns bei der Zuwanderung nicht selbst belügen: Das Zeitalter der Mobilität hat begonnen – wirtschaftliche Mobilität, Mobilität der Information, Mobilität der Menschen. Wir haben vergessen, dass unsere Geschichte von Mobilität und Ortsveränderungen geprägt ist. Gegenwärtig werden diese Mobilitäten "Migrationen" genannt. Wir kennen die Ursachen. Sie sind zahlreich und verändern sich, aber einige von ihnen scheinen besonders einleuchtend zu sein: die Klimamigrationen. Ich gehöre zu denen, die bedauert haben, dass dieses Thema nicht in das Marrakesch-Abkommen aufgenommen wurde, denn es ist sicher, dass wir eines Tages gemeinsam zu unseren Exzessen stehen müssen.

Frau Ministerin, Herr Minister, beim Lesen des 15. vorrangigen Vorhabens, nämlich der „Schaffung eines "deutsch-französischen Zukunftswerks" in Form einer Gesprächsplattform

über die Transformationsprozesse in unseren Gesellschaften“, wird bei mir die Hoffnung geweckt, dass diese beiden Themen auf der Tagesordnung unserer Arbeit stehen. Können Sie bestätigen, dass diese beiden wesentlichen Fragen zu den Prioritäten gehören, die Frankreich und Deutschland auch dem heute beginnenden deutsch-französischen Dialog zuweisen wollen?

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Frau Ministerin.

Nathalie Loiseau, Ministerin für europäische Angelegenheiten beim Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten: Ich will versuchen, schnell und präzise zu antworten – auch wenn diese beiden Bestrebungen widersprüchlich sind – damit die Möglichkeit einer zweiten Fragerunde erhalten bleibt, aber natürlich auch, um meinem Kollegen Michael Roth zu gestatten, ebenfalls Antworten zu geben.

Mehrere Fragen betrafen die deutsch-französische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, insbesondere Rüstungsgüter und deren Export. Zunächst möchte ich eine Bemerkung machen: Wir brauchen eine Zusammenarbeit nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland, sondern auch ganz allgemein auf europäischer Ebene, um das Zukunftsmaterial zu entwickeln. Wenn wir nicht zwischen mehreren Staaten zusammenarbeiten, bleibt uns nichts anderes übrig, als weiterhin außereuropäisches Material zu kaufen, also unsere strategische Autonomie innerhalb der Europäischen Union nicht zu stärken. Deshalb haben Frankreich und Deutschland zwei Großprojekte vereinbart: das Kampfflugzeug der Zukunft und den Kampfpanzer der Zukunft. Das sind umfangreiche Programme, die uns in den kommenden Jahren und Jahrzehnten voll und ganz auslasten, die aber sicherstellen, dass wir unsere eigenen Streitkräfte mit europäischem Material ausrüsten können. Dies ist die oberste Priorität dieser Programme.

Was die Rüstungsexporte betrifft, so haben wir bereits gemeinsame Programme. Wir müssen den Dialog zwischen Frankreich und Deutschland über die Kriterien für den Export von gemeinsam hergestelltem Material verstärken. Wir müssen uns auf eine bessere Koordinierung zubewegen, auf eine bessere Fähigkeit, uns auf die Art des von uns exportierten Materials und die Empfänger zu einigen. Soweit wir wissen, ist dies ein schwieriges Thema, bei dem wir manchmal unterschiedliche Vorstellungen haben, auch wenn in Frankreich und Deutschland die Verfahren zur Prüfung von Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter und sensible Produkte äußerst gründlich, streng und überwacht sind.

Es gibt kein verborgenes Dokument, Herr Chassaigne. Das ist meine direkte Antwort auf die von Ihnen gestellte Frage. Das ist ein Pressegerücht. Diese Behauptungen entbehren jeder Grundlage. Zwar brauchen wir einen verstärkten Dialog zwischen Paris und Berlin, um den Export von Materialien aus gemeinsamer Herstellung harmonisch abzuwickeln – das wird die derzeitige Situation verbessern – doch es gibt keinen versteckten Anhang zum Vertrag von Aachen. Wenn es einen rechtsverbindlichen Text gäbe, müsste er natürlich von den Parlamenten ratifiziert werden.

Wir wurden auch nach der Verantwortung der Plattformen gefragt. Kurz gesagt: Diese Frage ist von besonderer Relevanz. Sie haben sie mit der Revision der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr in Verbindung gebracht. Ich möchte sie mit noch unmittelbareren Nachrichten verknüpfen, nämlich mit der Annahme der Verordnung über die automatische und sofortige Entfernung von terroristischen Inhalten im Internet. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir im Rat eine nützliche Arbeit geleistet, insbesondere dank Deutschlands und des Vereinigten Königreichs. Jetzt ist es Aufgabe des Europäischen Parlaments, diese Sache zum Abschluss zu bringen und seiner Verantwortung gerecht zu werden, und zwar zu einem Zeitpunkt, da der Angriff von Christchurch uns gezeigt hat, dass es keine Selbstregulierung der Plattformen gab oder diese jedenfalls nicht ausreichte, um unseren Belangen zu entsprechen.

Die Themen Hassinhalte und Manipulation von Wahlvorgängen sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung und das sind Bereiche, in denen die Europäische Union die richtige Handlungsebene ist. Die EU darf sich nicht davor scheuen, sich gegen Plattformen durchzusetzen, denn im digitalen Sektor herrschen heute das Gesetz des Dschungels und das Recht des Stärkeren. Wir schaden den Plattformen nicht, wenn wir sie regulieren; im Gegenteil, wenn wir sie nicht regulieren, wird das Vertrauen der Nutzer, das wichtiger als alles andere ist, erschüttert.

Im Hinblick auf die Souveränität und Fähigkeit unserer beiden Länder, Krisen zu verhindern und Maßnahmen zu ergreifen, möchte ich die deutsche Präsenz in Mali begrüßen. Wir stellen uns zu oft vor, dass sich in den letzten zwanzig Jahren nichts geändert hat und dass nur Frankreich im Sahel präsent ist. Doch Deutschland bekämpft dort den Terrorismus, gestaltet und unterstützt die für die Sicherheit des europäischen Kontinents notwendigen Aktionen.

Was Algerien betrifft muss ich Ihnen leider widersprechen: Seit Wochen sehen wir, dass das Land seine Probleme selbst anpackt. Die Regierungsstellen schlagen eine Übergangsregelung vor; das algerische Volk äußert sich. Aber niemand erwartet, dass eine externe Intervention, so wohlwollend sie auch sein mag, die Probleme Algeriens anstelle der Algerier löst. Wir täten gut daran, uns an die Geschichte dieses Landes zu erinnern und es mit Freundschaft, Respekt und Aufmerksamkeit als vollwertigen Partner zu behandeln, der in der Lage ist, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Die Geschicke Algeriens und Europas sind eng miteinander verbunden. Unter keinen Umständen dürfen wir uns vorstellen, die Spannungen in Algerien anstelle der Algerier abzuwenden oder abzubauen.

Das Risiko einer deutsch-französischen Hegemonie in Europa wurde angesprochen. Meine tiefe Überzeugung – und ich glaube, mein Amtskollege und ich sind in diesem Punkt einer Meinung – ist, dass unsere Partner immer noch darauf warten, dass Frankreich und Deutschland Impulse geben. Sie wollen jedoch gehört, respektiert und an der Entscheidung beteiligt sein. Heute achten Frankreich und Deutschland darauf, mit allen zu sprechen, keine Spaltung, keine künstliche Nord-Süd- oder Ost-West-Teilung bestehen zu lassen, wie es in der Vergangenheit allzu oft der Fall war. Unsere Partner beklagen sich nur über das deutsch-französische Paar, wenn es stillsteht, denn dann kommt Europa nicht voran!

Sylvain Waserman hat uns zu der Umsetzung von Richtlinien und der Harmonisierung des Wirtschaftsrechts befragt. Gerade in diesem Bereich müssen Exekutive und Legislative auf beiden Seiten des Rheins Hand in Hand gehen. Die Regierungen und Parlamente der beiden Hauptstädte müssen Umsetzungsprojekte im Voraus erörtern, um eine Harmonisierung zu gewährleisten, soweit dies möglich und politisch wünschenswert ist. Es ist immer angebracht, die Gründe für die Übertriebene Umsetzung in der Vergangenheit zu prüfen: War es eine politische Entscheidung, zu der wir also stehen müssen oder war es eine administrative Routine, die wir gemeinsam bekämpfen müssen? Überschießende Umsetzungen sind oft folgenschwer, aber sie lassen sich immer erklären. Ich bitte die Parlamente, die Regierungen bei dieser Arbeit zu unterstützen. Seien wir mutiger, versuchen wir, unseren Mitbürgern und unseren Unternehmen, die als erste unter den Unterschieden bei der Umsetzung leiden, das Leben zu erleichtern.

In dieser Zeit der Vorbereitung auf die Europawahlen ist die Zusammenkunft Ihrer Versammlung eine gute Antwort auf diejenigen, die der Meinung sind, dass die EU im Brexit feststeckt oder dass sie durch ihre Spaltungen blockiert wird. Sie zeigen, unabhängig von politischen Tendenzen, dass der Wunsch nach Zusammenarbeit stärker ist als die Differenzen. Ihre Aufgabe ist es, Brücken zu den Bürgern zu schlagen und die deutsch-französische Zusammenarbeit mitaufzubauen. Nutzen Sie diese Einrichtung, die Sie gegründet haben! Geben Sie sich nicht damit zufrieden, das Handeln der Regierung zu kontrollieren, sondern machen Sie Vorschläge! Ich bin sehr dafür, dass Sie Ihren vollen Platz im Zukunftswerk einnehmen. Es ist nicht unbedingt ein Instrument, das die Exekutiven steuern müssen; es muss offen sein für die Zivilgesellschaft, Intellektuelle und NGOs und Sie nehmen Ihre Rolle voll wahr, indem Sie deren Erwartungen zuhören und sie den Regierungen zur Kenntnis bringen.

Sie schlagen eine deutsch-französische Parlamentskonferenz über die Rolle der Medien im digitalen Zeitalter vor, warum nicht? Der Vertrag von Aachen enthält einen konkreten Vorschlag, die Schaffung einer digitalen Informationsplattform, um ein neues Publikum zu erreichen, die kulturelle Identität unserer Länder besser bekannt zu machen und mit diesem deutsch-französischen Austausch den europäischen öffentlichen Raum zu beleben.

Antoine Herth fragte mich nach der Haltung der 27 Mitgliedstaaten in einer Zeit wie dieser und den Auswirkungen des Brexits auf die Europawahlen. Der Europäische Rat, an dem ich letzte Woche teilgenommen habe, war ein weiteres Zeichen der Einheit in der Brexit-Krise. Aufgrund ihrer Spaltungen und innenpolitischen Meinungsverschiedenheiten haben uns die Briten um Aufschub gebeten. Die Schwierigkeit, einen Kompromiss für das weitere Vorgehen zu finden, ist eine britische politische Realität. Es geht nicht darum, die von den Bürgern getroffene Entscheidung zu kritisieren, sondern sie zu respektieren und unseren Freunden im Vereinigten Königreich Zeit zu geben, zu entscheiden, wie sie die EU verlassen wollen. Wir haben uns auf einen doppelten Zeitplan geeinigt: Eine Verlängerung bis zum 22. Mai, wenn das Austrittsabkommen ratifiziert wird – was wir sehr hoffen – und bis zum 12. April, wenn die Entscheidung darin besteht, das Abkommen nicht zu ratifizieren und vielleicht eine neue Initiative zu starten. Es war eine lange Sitzung, denn wir alle wollten die demokratische Entscheidung Großbritanniens so weit wie möglich respektieren, gleichzeitig die Einheit wahren und die Interessen der Europäer verteidigen.

In Frankreich wurden alle Verordnungen vom Ministerrat verabschiedet; die Durchführungserlasse liegen bereit. Natürlich haben unsere beiden Länder diese Fragen ausführlich erörtert, aber wir gehen nicht auf die gleiche Weise vor, weil die institutionellen Systeme, Zuständigkeiten und parlamentarischen Verfahren unterschiedlich sind. Beim Schutz der Bürger gehen wir natürlich in die gleiche Richtung. Frankreich arbeitet im Interesse aller unserer Partner daran, bei der Einreise in die Europäische Union ernsthafte und strenge Kontrollen einzuführen.

Darüber hinaus haben Fragen zur Migration und zur Zukunft Europas ihren Platz im Zukunftswerk, das Sie vielleicht selbst animieren möchten.

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Minister.

Michael Roth, Staatsminister für europäische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt, Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Die Fragen nach Ihren eigenen Zuständigkeiten überraschen mich. Seien Sie selbstbewusst! Wenn Sie mich ein wenig kennen, wissen Sie, dass ich mich als Diener des Parlaments sehe, und ich glaube, wenn Sie Forderungen haben, ist es unsere Pflicht, diese umzusetzen.

Ich schlage vor, dass wir uns einmal im Jahr treffen, um über die Umsetzung des Aachener Vertrags zu sprechen. Wir arbeiten gerade an der Einrichtung des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, der Einrichtung des Zukunftswerks, bei der Sie hoffentlich eng mitwirken, und des gemeinsamen Bürgerfonds, der nur dann erfolgreich sein kann, wenn der Bundestag und die Assemblée nationale die notwendigen Mittel bereitstellen. Wir wollen mit und nicht gegen Sie handeln, denn Sie sind wichtige Partner. Die Stärke dieser Versammlung hängt weniger von der Großzügigkeit der Regierungen ab als von Ihrem Engagement und dem Vertrauen, mit dem Sie Stellung beziehen.

Ohne in der Provokation zu weit zu gehen, möchte ich Sie daran erinnern, dass der Austritt aus der Eurozone letzte Woche im Bundestag debattiert wurde. Für mich wäre dies die Zerstörung der Fundamente Europas. (Beifall) Wir können hier nicht sagen, dass wir alle Freunde und Europäer sind und in der parlamentarischen Praxis anders handeln!

Ich danke Nathalie Loiseau, dass sie darauf hingewiesen hat, dass die Kritik an der deutsch-französischen Zusammenarbeit so alt ist wie die Zusammenarbeit selbst: Wenn wir nicht eng genug zusammenarbeiten, wird uns vorgeworfen, die Europäische Union ins Stocken zu bringen; wenn wir zu viel zusammenarbeiten, irritiert dies die verschiedenen Hauptstädte!

In einer immer komplexer werdenden Welt ist es unerlässlich, innerhalb der Europäischen Union Partner zu finden, mit denen man auf Augenhöhe handeln kann. Es gibt viele Initiativen für die regionale Zusammenarbeit, die ausgebaut werden können: Ich denke an das Weimarer Dreieck, die Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten und den Mittelmeerstaaten sowie die Visegrád-Gruppe. Diese Formate sind nicht gefährlich. Im Gegenteil, sie ergänzen sich, da sie zur Stärkung und Vereinigung Europas beitragen. Wir brauchen unsere Freunde und Partner. Wir müssen Brücken schlagen, Aktionen anregen.

Wir dürfen nicht schweigen, wenn es um die Zukunft Europas geht. Deshalb bin ich Präsident Macron für seine Vorschläge dankbar. Diese bringen die nationalen Bedürfnisse mit dem notwendigen Schutz vor externen Bedrohungen wie dem Terrorismus in Einklang. Dies darf nicht auf Kosten des Sozialschutzes geschehen. In unserem Koalitionsvertrag finden wir progressive Vorschläge wie eine Grundsicherung und die Bekämpfung von Steuerdumping, hierüber sind wir uns vollkommen einig.

Das Thema Urheberrecht ist besonders heikel. Es ist uns noch nicht gelungen, alle Interessen unter einen Hut zu bringen. Wir brauchen eine unvoreingenommene und emotionslose Debatte über digitale Regeln und Verhaltenskodizes zum Urheberschutz. Frankreich engagiert sich sehr stark in diesem Bereich und das zu Recht.

Was den Kampf gegen den Klimawandel betrifft, so habe ich auf dem letzten Europäischen Rat die französischen Positionen unterstützt, die fordern, dass mindestens 25 % der europäischen Ausgaben zu den Klimazielen beitragen – im Agrarsektor sollten sie sogar 40 % erreichen. Wir müssen jetzt einen europäischen Konsens finden. Letzteres hängt von den Mitteln ab, die wir für die Agrarpolitik, den Zusammenhalt und die Mobilität bereitstellen wollen. Wir müssen ein Gleichgewicht finden, um dieses Anliegen, das Frankreich und Deutschland teilen, anzugehen, einen Vorschlag, der diesen Zielen angemessen ist.

Ich habe eine andere Vision vom Brexit. Das einzig bemerkenswerte positive Phänomen ist, dass alle Mitgliedstaaten, die bleiben wollen, geschlossen auftreten. Wir sind am Ende unserer Geduld, wir haben zu einem Kompromiss für das Vereinigte Königreich beigetragen. Eine Verlängerung der Frist kann nur erfolgen, wenn die Briten an den Europawahlen teilnehmen. Wir wollen niemanden bestrafen, doch wir müssen deutlich machen, dass es nicht möglich ist, nur das zu behalten, was gefällt, und das, was stört, auszuklammern. So funktioniert das nicht! Wir sind für einen gleichberechtigten Scheidungsvertrag und die Klärung der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und dem Europa der 27.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Vielen Dank, dass Sie diese Parlamentarische Versammlung ermuntert haben, sich zu behaupten, eine Initiativkraft zu sein, was unser aller Wunsch ist.

Wir kommen zur zweiten Fragerunde. Das Wort hat Herr Éric Girardin für die Fraktion La République en marche.

Éric Girardin: Dieser 25. März 2019 wird uns in Erinnerung bleiben als der Tag, an dem sich die nationalen Parlamente zum ersten Mal zu einer gemeinsamen und überparteilichen Versammlung zusammenschlossen, einem Spiegel des Deutschen Bundestages und der französischen Assemblée nationale. Zur Gründung Europas sagte Jean Monnet: „Wir schließen nicht Staaten zusammen, wir vereinen Menschen.“ Heute vereinen wir unsere Versammlungen.

Ich denke natürlich an die großen Persönlichkeiten, die das deutsch-französische Paar verkörpert haben: General de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer, an deren gefühlvolle Umarmung wir uns alle erinnern, als der Elysée-Vertrag unterzeichnet wurde; Helmut Kohl und François Mitterrand, die Hand in Hand verewigt wurden und die die Freundschaft unserer beiden Nationen im September 1984 in Douaumont besiegelten. Wir müssen die ehrgeizige Arbeit unserer Vorgänger fortsetzen, um ein starkes deutsch-französisches Duo für Europa zu schaffen, das vereint und zuversichtlich in Bezug auf seine Stärke und Zukunft ist.

Wir sind uns in vielen Punkten einig, insbesondere in Bezug auf die Haltung gegenüber den großen digitalen Akteuren, die steuerliche und soziale Konvergenz, die Entsenderichtlinie und die Migrationsströme.

Am Vorabend wichtiger Wahlen müssen wir uns durch ein gemeinsames Projekt zusammenschließen, das von europäischen Gefühlen geprägt ist. Die Bürger Frankreichs und Deutschlands fordern das Gleiche: mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Gleichheit und mehr Demokratie. Unsere beiden Parlamente arbeiten also nun Hand in Hand.

Ich teile zwar die Begeisterung aller für die Fähigkeit Deutschlands und Frankreichs zur Zusammenarbeit, möchte aber auf die Skepsis hinweisen, die in unserem Land und in Europa aufkommt, insbesondere im Zusammenhang mit dem Fortbestehen wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte. Wie können wir erreichen, dass diese Skepsis der Hoffnung, einem wesentlichen Bestandteil des europäischen Wiederaufbaus, weicht? Vor allem, wie können wir auf unserem Kontinent ein neues Gefühl des europäischen Patriotismus entwickeln?

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Frau Ursula Groden-Kranich für die CDU/CSU-Fraktion

Ursula Groden-Kranich: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Herr Minister, Sie haben gesagt, dass wir uns als Parlamentarier behaupten müssen. Ich möchte Ihnen sagen, dass wir beim Bürgerfonds, mit dem die Parlamente ihren Verpflichtungen nachkommen können, die Unterstützung unserer Regierungen wünschen. Wie kann das organisiert werden, da der Zugang zum Bürgerfonds im föderalen Staat Deutschland und im dezentralisierten Staat Frankreich unterschiedlich sein wird?

Des Weiteren, wie können wir jungen Menschen, die heute arbeitslos sind, helfen? Was kann man tun, um sicherzustellen, dass die Berufsausbildung in Frankreich und in Deutschland gleichermaßen anerkannt wird?

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Herr Michel Herbillon für die Fraktion Les Républicains.

Michel Herbillon: Diese erste Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung ist natürlich ein bewegendes Ereignis und ein Symbol. Er knüpft an das Treffen der Abgeordneten des Bundestages und der Assemblée nationale in Versailles im Jahr 2003 zum vierzigsten Jahrestag des ElyséeVertrags und in Berlin im Jahr 2013 zum fünfzigsten Jahrestag an.

Morgen findet erstmals ein gemeinsames Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Präsident Emmanuel Macron statt, die mit Präsident Xi Jinping zusammenkommen. Im Hinblick auf die Strategie Chinas im Zusammenhang mit den neuen Seidenstraßen, liegt es im Interesse Europas, eine ausgewogene Partnerschaft mit China aufzubauen. Die Europäer müssen einen gemeinsamen Standpunkt zu den Ambitionen der Chinesen beziehen, da diese bilaterale Beziehungen und Spaltungen auf dem Kontinent bevorzugen, um ihre Stellung auszubauen. Es ist wichtig, dass Europa seine eigenen Geschicke besser im Griff hat, dass es geeinter ist und strategischer und globaler denkt. Die Zeit der europäischen Naivität ist vorbei.

Herr Minister, welche gemeinsamen Anliegen werden Frankreich und Deutschland an den chinesischen Präsidenten richten? Jenseits frommer Wünsche und Beschwörungsformeln, was erwarten Sie konkret von diesen Gesprächen?

Außerhalb meiner Redezeit möchte ich einen republikanischen Gruß an Frau Ministerin Loiseau richten. Auch wenn mich die République en Marche nicht zuerst informiert, glaube ich zu wissen, dass es ihr Schwanengesang als Ministerin ist... Als Opernliebhaber kann ich nur die Verbindung zu Wagner und den Schlössern Ludwig II. von Bayern herstellen. Europa ist auch Kultur!

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Frau Kirsten Lühmann für die SPD-Fraktion.

Kirsten Lühmann: (aus dem Deutschen gedolmetscht) In diesem neuen Rahmen und an diesem Ort ist es sinnvoll, den Kampf gegen den Klimawandel nach dem Pariser Abkommen zu erwähnen. In Deutschland mussten wir infrage stellen, was uns offensichtlich erschien; wir verstanden, dass wir zukünftigen Generationen schaden würden, wenn wir wie bisher weitermachen. Als Parlamentarier müssen wir die Mobilität von Menschen und Gütern ermöglichen, ohne das reibungslose Funktionieren unserer Wirtschaften aus den Augen zu verlieren, aber es liegt in unserer Verantwortung, zur Verringerung der Emissionen beizutragen, insbesondere indem wir die Automobilhersteller davon überzeugen, dass die Umstellung von Motoren und die Einführung synthetischer Kraftstoffe in ihrem Interesse liegt. Wie können unsere Parlamente ihr Handeln in diesem Bereich verstärken? Außerdem würden Sie uns, meine französischen Kollegen, einen großen Dienst erweisen, wenn Sie die Deutschen davon überzeugen würden, dass Tempolimits auf Autobahnen keine schlechte Sache sind und dass sie der Wirtschaft nicht schaden!

Frankreich war wegbereitend bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lkw-Fahrern. Aber in diesem Bereich sind die Dinge seit einiger Zeit nicht mehr vorangekommen. Wie kann dieser Vorgang neu gestartet werden? Wäre es nicht klug, dass unsere beiden Länder in dieser Angelegenheit einen Beauftragten ernennen?

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Herr Frédéric Petit für die Fraktion Mouvement Démocrate et apparentés.

Frédéric Petit: Aufgewachsen bin ich zwar in "Saar-Lor-Lux", lebe aber heute in Warschau. Mein Wahlkreis ist das Herz Europas – ich weiß, dass alle dasselbe sagen, aber in meinem Fall ist es wahr! (Heiterkeit) Ich vertrete die Franzosen, die in Deutschland, Mitteleuropa und auf dem Balkan leben. Ich vertrete auch, was oft vergessen wird, die Deutschfranzosen, die Menschen, die nicht mehr nur Franzosen oder Deutsche sind, die Frankorumänen, die Frankopolen. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass wir hier die Völker, die Bürger repräsentieren; wir sind nicht nur eine weitere bürokratische Ebene. Darüber hinaus freue ich mich, dass wir am 8. April gemeinsam mit einigen unserer deutschen Kollegen, Dr. Franziska Brantner, Ursula GrodenKranich, Christian Petry, Andreas Jung und Ihnen, Herr Minister, an gemeinsamen Bürgerbegegnungen teilnehmen, wie ich sie in Budapest, Warschau oder Bukarest veranstalte.

Unsere Gesellschaften sind proeuropäisch. Meine Frage richtet sich deshalb ein wenig an uns alle: Welche Rolle kann unsere Versammlung gegenüber den Parlamenten und Zivilgesellschaften unserer östlichen Nachbarn einnehmen?

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Martin Hebner für die AfD-Fraktion.

Martin Hebner: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Die deutsch-französische Freundschaft ist für die Bürger unserer beiden Länder, die im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen, von wesentlicher Bedeutung. Sie sagten, Herr Minister, dass sie gehört werden müssen.

Ich bin am Samstag lange durch Paris gegangen und habe mit den „Gelbwesten“ gesprochen, von denen wir wissen, dass sie sicherlich eine heterogene Gruppe sind, in der sich jedoch Bürger versammeln. Diese Menschen sind mit wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten konfrontiert; sie haben das Gefühl, dass ihnen nicht genug zugehört wird. Frau Ministerin, warum reagiert man so gewalttätig auf diese Bürger, die seit neunzehn Wochen demonstrieren? Die zugefügten Verletzungen machen es unmöglich, in Zukunft zu kommunizieren, zumindest nehmen es die Betroffenen so wahr. Was halten Sie von einer stärkeren Nutzung der direkten Demokratie, einer viel stärkeren Einbeziehung der Bevölkerung in politische Entscheidungen?

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Frau Catherine Osson für die Fraktion La République en Marche.

Catherine Osson: Ich bin sehr bewegt, an der ersten Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung teilzunehmen. Ich empfinde diese Emotion und diesen Stolz in zweifacher Hinsicht.

Als Tochter einer Kriegswaise gehöre ich zur ersten Generation, die keinen Krieg erlebt hat, und aus Zuneigung und Respekt vor meinen Vorfahren haben meine Eltern am deutsch-französischen Austausch teilgenommen. Ich pflege noch immer diese emotionalen Bindungen zu den beiden Partnerstädten meiner Gemeinde. Die grundlegende Lehre des 20. Jahrhunderts ist, dass Frieden ein seltenes Gut in der Menschheitsgeschichte ist. Vergessen wir nie, dass Krieg Leben vernichtet, Schicksale zerstört, Hoffnungen ermordet und Herzen verschließt.

Als Parlamentarier haben wir die Verantwortung, das Leben unserer Mitbürger in einem friedlichen Europa zu verbessern, in dem der Nationalismus jedoch von Mal zu Mal unverhüllt auftritt. Ich glaube fest an das politische und diplomatische Interesse eines solchen Gremiums, denn unsere beiden Länder sind, ob wir wollen oder nicht, die treibende Kraft Europas.

Wie die Rede des Präsidenten der Republik an der Sorbonne ankündigte, führen wir die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ins 21. Jahrhundert. Über die Symbole hinaus ist es mehr denn je notwendig, dass diese Freundschaft in den Herzen unserer Jugend verankert wird. Werden die Mittel des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) aufgestockt, insbesondere in Bezug auf Kommunikation, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit?

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Eine Veranstaltung in Frankfurt erfordert die Anwesenheit von Minister Roth, der uns verlassen muss. Wir danken ihm herzlich für sein Kommen, für das Gespräch mit uns, wir danken ihm für diese Einladung zur engeren Zusammenarbeit. Gute Rückreise, Herr Minister! Frau Loiseau und Herr Roth haben beschlossen, dass Frau Loiseau für beide antwortet, was ein Zeichen des Vertrauens zwischen unseren beiden Ländern ist. (Heiterkeit)

Das Wort hat Herr Oliver Luksic für die FDP-Fraktion.

Oliver Luksic: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich Fragen zu den Grenzregionen stelle, möchte ich eine Bemerkung zu einem Thema machen, das wir meiner Meinung nach nicht sehr viel erörtert haben. Ich halte es für wesentlich, über eine verstärkte gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nachzudenken. Die geopolitische Situation erfordert es. Leider! Aus kulturellen und historischen Gründen, die die Art und Weise, wie Entscheidungen in diesem Bereich getroffen werden, nicht unberührt lassen, ist dies die schwierigste Problematik. Allerdings könnten wir in den Bereichen Forschung und Innovation schneller Ergebnisse

erzielen – Ankündigungen wurden im Bereich der künstlichen Intelligenz gemacht. Wir müssen vorausschauend handeln und dürfen nicht von den Vereinigten Staaten oder China abgehängt werden.

Was die Grenzregionen betrifft, so habe ich den Eindruck, dass es immer noch einen Unterschied zwischen unseren Sonntagsreden und der Alltagsrealität der Grenzgänger gibt. Es gibt verschiedene Probleme – Probleme mit Taxis, Finanzierungsprobleme oder unterschiedliche Sozialversicherungsregeln. Das sind sehr konkrete Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Es ist schwer, unseren Mitbürgern zu erklären, dass im Falle eines Herzinfarkts administrative Hindernisse die ärztliche Versorgung auf der anderen Seite der Grenze verhindern. Was ist mit der grenzüberschreitenden Versorgung, Frau Ministerin? Könnte im Eurodistrikt die Freizügigkeit der Patienten eingeführt werden? Wir brauchen tief greifende Innovationsklauseln.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Frau Sandrine Mörch für die Fraktion La République en Marche.

Sandrine Mörch: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Mit unsere Nachbarn ist es wie mit unseren Gartennachbarn: Wir sind glücklicher, wenn der Austausch in Form eines Dialogs der Kulturen stattfindet und nicht in Form von Beleidigungen und wir sind noch glücklicher, wenn wir uns auf ein Gläschen treffen. Mit anderen Worten, Harmonie, Freundschaft und sogar Liebe. Das sind viel mächtigere Waffen, als wir uns vorstellen.

(auf Französisch fortfahrend) Mit anderen Worten, wie können wir unsere Mitbürger überzeugen? Wie können wir unsere Nachbarn überzeugen? Das ist fast dieselbe Frage. Im Ernst, wir bekommen eine sehr positive Kraft durch Einheit und das Streben nach einem gemeinsamen Ziel. Einheit angesichts von Misstrauen und Hass, die von extremen Parteien auf beiden Seiten des Rheins instrumentalisiert werden, angesichts von Misstrauen und Hass, die uns einst so viel Schaden zugefügt haben. Es liegt an uns, diese Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung zu verkörpern, damit sie sehr schnell zu einer deutschfranzösischen Bürgerkoalition werden kann. Es ist nicht mehr nur eine Angelegenheit der Regierungen und Regierenden. Es ist ein neuer politischer Raum, der sozusagen eine große deutsch-französische Bürgerdebatte werden könnte. Dieser Vorgang erfordert natürlich Medienpräsenz, um nicht auf dasselbe Hindernis wie das Europäische Parlament zu stoßen. Wie kann man also Journalisten dafür interessieren? Das ist eine erste Frage.

Asyl und Zuwanderung haben unsere beiden Länder während der Flüchtlingskrise gespalten. Wie können wir bei der Überarbeitung des Asylrechts gemeinsam vorankommen im Bemühen um ein europäisches Asylrecht, das immer noch schwer zu verwirklichen ist? Wie können wir die globale Erderwärmung gemeinsam bekämpfen, auch wenn wir manchmal unterschiedliche Interessen haben? In diesem Zusammenhang bedauere ich zutiefst, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union letzte Woche auf dem Europäischen Rat keine Einigung erzielt haben – die Bürger sind bereit und haben hohe Erwartungen an uns. Schließlich, wie können wir diese parlamentarische Versammlung zu einer Kammer konkreter Aktionen machen, die mit dem Besten unserer beiden Kulturen begeistert?

Auf Deutsch sagt man: wie Gott in Frankreich leben. Also genauso, aber mit dem Reichtum der Deutschen!

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Tobias Pflüger für die Fraktion DIE LINKE.

Tobias Pflüger: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Ich komme aus dem Wahlkreis Freiburg, der näher an Paris liegt als Berlin.

Ich habe den Eindruck, dass Fragen der Rüstungspolitik absolut notwendig sind, dass aber die regionale Zusammenarbeit oder soziale Fragen leider etwas zurückstehen. Wir beabsichtigen, auch in diesen Bereichen Initiativen zu ergreifen, da wir die Zusammenarbeit hier für unerlässlich halten.

Meine Fragen sind sehr konkret – einige von ihnen sind von regionalem Interesse, andere betreffen die Verteidigung.

Erstens, wie gedenkt die französische Regierung sicherzustellen, dass die Eisenbahnstrecke Freiburg-Colmar so schnell wie möglich fertig wird? Zweitens, wie ist die offizielle Position der deutschen und französischen Regierung zur Stilllegung des Kraftwerks Fessenheim und wie ist die Position der beiden Regierungen zu dem von Frau Annegret Kramp-Karrenbauer gemachten Vorschlag bezüglich eines deutsch-französischen Flugzeugträgers? Es gab Debatten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Vertrag von Aachen, und in einem ergänzenden Dokument vom 14. Januar dieses Jahres wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich eine Partei nicht den Exporten der anderen Partei in Drittländer widersetzen kann, doch sind Sie bereit, die Waffenexporte nach Saudi-Arabien zu begrenzen?

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Das Wort hat Herr Thierry Michels für die Fraktion La République en Marche.

Thierry Michels: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein historischer Tag, wie bereits mehrfach gesagt wurde. Mehr denn je braucht die Welt ein souveränes, solidarisches, innovatives und demokratisches Europa, das den Herausforderungen unseres Jahrhunderts gewachsen ist, in erster Linie der Beschleunigung des Kampfes gegen den Klimawandel und dem Schutz der biologischen Vielfalt für und mit den europäischen Bürgern. Deshalb möchte ich in dieser Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung eine Initiativkraft sehen, die es unseren beiden in Aktion vereinten Ländern ermöglicht, ihre Anstrengungen in der verstärkten und konkreten Zusammenarbeit für ein Europa zu bündeln, das die Brücken der Zukunft zwischen den Völkern schlägt, anstatt Mauern des Misstrauens zu errichten, mit der notwendigen Komplementarität zwischen allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Dienste ihres Mottos: „In Vielfalt geeint“.

Beim Klimawandel müssen wir viel effektiver handeln. Unsere beiden Länder stehen vor den gleichen Herausforderungen. Man schaue nur auf die Bedenken der Automobilindustrie auf beiden Seiten des Rheins, sowohl was die Beschäftigung als auch die Zukunft der Branche betrifft. Welche Schwerpunkte der Zusammenarbeit betrachten Frau Loiseau und Herr Roth als vorrangig in diesem Bereich? Und wie beurteilt Deutschland den Vorschlag von Präsident Macron, eine Klimabank zur Finanzierung der Energiewende zu schaffen?

Abschließend und als Echo auf Ihr Plädoyer für Straßburg: Welche besseren Aussichten für die Arbeit unserer Versammlung gibt es als Ihr nächstes Vorhaben, Frau Loiseau, in Straßburg zu tagen, dem Symbol der deutschfranzösischen Freundschaft, der europäischen Hauptstadt, dem Sitz des Europäischen Parlaments, wo das demokratische Herz Europas schlägt! Ich wünsche Ihnen einen fabelhaften Aufbruch zu Ihren zukünftigen Aufgaben, welcher Art auch immer sie sein mögen.

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Frau Katja Keul für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katja Keul: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch auf die Kontrolle der Rüstungsexporte zurückkommen. Sie haben völlig Recht: Es bedarf einer engeren Zusammenarbeit in militärischen Fragen sowie im industriellen Bereich. Wenn die Franzosen und Deutschen zwei Flugzeugträger, zwei Panzertypen bauen, macht es keinen Sinn, wir müssen mit unseren Ressourcen haushalten. Diese dem Vertrag von Aachen beigefügten

Vereinbarung existiert jedoch. Ich habe als Parlamentarier den Text vor Augen – leider nur auf Englisch – und ich kann ihn Ihnen zur Verfügung stellen. Er basiert auf dem Anfang der 1970er Jahre geschlossenen Schmidt-Debré-Abkommen, wonach die Parteien die Exporte des Partners nicht behindern. Warum ist das notwendig? Im Jahr 2008 wurde ein gemeinsamer Standpunkt mit acht sinnvollen Kriterien angenommen! Diese Rückkehr in die 1970er Jahre scheint mir 2019 nicht der richtige Weg zu sein, um das Thema anzugehen, denn die französische und deutsche Industrie sind durchaus in der Lage, sich durch eine Ausrichtung auf den europäischen Markt zu entwickeln, ohne immer nach Saudi-Arabien exportieren zu müssen. Es geht nicht nur um Moral oder Ethik, sondern auch um unsere Sicherheit. Es liegt nicht in unserem Interesse, sensible Waffensysteme in Drittstaaten außerhalb Europas zu liefern.

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte fassen Sie sich kurz. Frau Loiseau hat nur begrenzt Zeit.

Das Wort hat Herr Prof. Dr. Heribert Hirte für die CDU/CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Heribert Hirte: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Wir haben bereits mehrfach gesagt, dass eine stärkere Harmonisierung des Wirtschaftsrechts erforderlich ist – Wolfgang Schäuble hat dies bereits erwähnt. Wir haben auch über Urheberrecht und Gesellschaftsrecht gesprochen. Das Wirtschaftsrecht ist wirklich eine Triebfeder für das Verständnis zwischen den Völkern. Wir haben dies bei unseren jeweiligen Handelsgesetzbüchern gesehen. Die EU war von Anfang an ein wirtschaftliches Aufbauwerk – das bedeutet nicht, dass wir die Verbraucher nicht berücksichtigen, aber wir müssen die treibende Rolle dieser Wirtschaft und dieser Unternehmen verstehen.

Es ist offensichtlich, dass die Koordinierung durch Richtlinien auf europäischer Ebene nicht ganz so gut funktioniert, wie sie könnte. Nur die großen Dossiers, die kein Problem darstellen, sind geklärt, der Rest nicht, insbesondere die Urheberrechtsfrage. Wie kann unsere Arbeit in dieser Versammlung die Dinge verbessern? Was ist mit ihrer Informationen und inwieweit sind Anhörungen von Sachverständigen möglich? Und können wir uns auf ein Verfahren einigen, um den Gerichtshof der Europäischen Union (EUGH) in diese Harmonisierungsarbeit einzubeziehen?

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Das Wort hat Herr Christian Petry für die SPD-Fraktion.

Christian Petry: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Mich wundert, dass diejenigen, die glauben, dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht im Mittelpunkt stehen sollte, ihre Fragen darauf richten...

Ich meinerseits möchte auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Eurodistrikte, die in Artikel 13 des Vertrags von Aachen verankert sind, sowie auf den in Artikel 14 vorgesehenen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zurückkommen, der sich mit der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Verkehr, dem Personalaustausch usw. befasst. All dies muss nun mit den bestehenden Strukturen verknüpft werden, die unterschiedlichen Gesetzgebungen müssen berücksichtigt werden und es müssen Experimentierklauseln verwendet werden. Ich möchte mehr über die Rolle dieses Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der nationalen Parlamente erfahren.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Frau Ministerin, liebe Nathalie Loiseau, Sie haben das Wort.

Nathalie Loiseau, Ministerin für europäische Angelegenheiten beim Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten: Frau Vorsitzende, Herr Vorsitzender, Sie geben mir die Möglichkeit, da Michael Roth gehen musste, vor Ihnen zu tun, was wir im Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ oft tun: Abwechselnd sprechen mein Kollege Michael Roth und ich im Namen unserer beiden Länder, wenn es

um die Rechtsstaatlichkeit geht, insbesondere in Polen oder Ungarn. Wir haben uns angewöhnt, eine gemeinsame deutsch-französische Stimme zu haben, die in der Europäischen Union stark ist. Ich werde versuchen, diese gemeinsame Arbeit zu achten, indem ich Ihre verschiedenen Fragen beantworte, meine Damen und Herren Abgeordnete.

Wie können wir die EU-Skepsis bekämpfen, Hoffnung und eine Form von europäischem Patriotismus wiederherstellen? Ich möchte einfach mit unseren französischen Landsleuten und unseren deutschen Nachbarn sprechen. Sie sind keine Euroskeptiker, sie haben hohe Erwartungen an Europa. Manchmal fragen sie sich, ob Europa in der Lage ist, ihre Erwartungen zu erfüllen, doch ob wir über den Klimawandel sprechen, wie viele von Ihnen es getan haben, über Herausforderungen durch Migrationsbewegungen, wie Sie es auch getan haben, über die Regulierung der Digitaltechnologien oder die Humanisierung der Globalisierung, wir wissen, dass wir auf europäischer Ebene Antworten geben können, nicht anstelle von Staaten, sondern als Ergänzung zu Staaten, da wir zu mehreren effizienter sind. Unsere Landsleute, unsere Mitbürger wissen das und erwarten einfach, dass sich Europa diesen Herausforderungen und ihren Erwartungen gewachsen zeigt.

Wie wird der Bürgerfonds ausgestaltet? Ich gebe Ihnen den Stand unserer Überlegungen, auch wenn diese noch nicht abgeschlossen sind. Die Idee wäre, das DFJW – das vorhin für seine hervorragende Arbeit erwähnt wurde – zu bitten, ihn zu verwalten, aber zusätzlich zu der Verwaltung durch ein deutsch-französisches Werk, dessen Erfahrung und Fachwissen sehr wünschenswert sind, halte ich es für wesentlich, dass dieser Bürgerfonds auf politischer Ebene gesteuert wird. Mein Vorschlag wäre, dass die beiden Generalsekretäre für die deutsch-französische Zusammenarbeit, mein Amtskollege und die mein Amt übernehmende Person, zum gegebenen Zeitpunkt an der Spitze einer Art Lenkungsausschuss stehen sollten.

Danke für Ihre Poesie, Michel Herbillon. Der Schwanengesang ist eher ein trauriges Ende. Ich bedaure natürlich, Sie zu verlassen, aber es ist ein Aufbruch, um ein anderes, auch verwendetes Wort aufzugreifen. Sie haben das morgige Treffen sondergleichen von Angela Merkel, Jean-Claude Juncker, dem Präsidenten der Republik und dem chinesischen Präsidenten erwähnt. Glücklicherweise, denn es wurde Zeit! Es war an der Zeit, dass Europa mit der Stimme des Präsidenten der Kommission, der deutschen Kanzlerin und des französischen Präsidenten mit – nicht gegen – den chinesischen Präsidenten spricht, um zu überzeugen, wann immer es möglich ist, unsere Partnerschaften zu vertiefen, beispielsweise angesichts des Klimawandels, um gemeinsam den stark bedrohten Multilateralismus zu verteidigen und zu erneuern, aber auch um die Interessen der Europäer zu verteidigen und zu fördern, ohne Naivität und immer auf Gegenseitigkeit beruhend. Das wird morgen nicht mit Bitterkeit, sondern mit der Gewissheit gesagt, dass wir im Namen der 500 Millionen Europäer sprechen, die von ihren führenden Politikern die Fähigkeit erwarten, Einfluss zu nehmen, ihrer Stimme und ihren Interessen ganz konkret Gehör zu verschaffen.

Ja, China verspricht eine Initiative rund um die sogenannten "Seidenstraßen". Es ist eine Initiative, die verführerisch sein kann, die aber auch fragwürdig sein kann. Für uns haben Straßen zwei Richtungen. Wenn man nach Europa kommen will, muss man auch leichter nach China zu seinen öffentlichen Märkten gelangen können. Wenn China mehr in Europa arbeiten will, ist es willkommen, wenn es unsere Regeln, unsere Sozial- und Umweltstandards, unsere Vorschriften für staatliche Beihilfen einhält. Das hat nichts mit Aggressivität zu tun, es ist einfach die Fähigkeit, zwischen Großmächten und großen Blöcken zu arbeiten, und Europa muss lernen, sich selbst als Macht zu verstehen.

Was den Klimawandel betrifft, wie können wir sicherstellen, dass sich Frankreich und Deutschland noch stärker für die Klimaneutralität bis 2050 einsetzen, was unser Ziel ist und nicht ein "aus der Luft gegriffenes" politisches Ziel? Wir haben keine Wahl: Nicht auf die Klimaneutralität bis 2050 hinarbeiten, bedeutet, unsere Bevölkerung, unsere Kinder und uns selbst zu gefährden. Es wurden Energieentscheidungen getroffen, die von uns allen weiterentwickelt werden müssen; es sind nicht

dieselben, die Befindlichkeiten sind nicht dieselben, aber wir wissen sehr genau und deutlich, denn alle Wissenschaftler haben es uns gesagt, dass nur die Verringerung der Treibhausgasemissionen, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Entwicklung erneuerbarer Energien zu Klimaneutralität führen können. Das kann unsere Wirtschaft, unsere Landwirte, unsere Gebiete und unsere Bevölkerung retten. Natürlich kann jeder seinen eigenen Weg wählen. Ich wurde nach Fessenheim gefragt und ich verstehe das, aber die Position der französischen Regierung ist bekannt, transparent und Teil eines regelmäßigen Dialogs mit unseren deutschen Partnern. Wir schließen das Kraftwerk Fessenheim, sobald das Werk Flamanville in Betrieb ist. Unser Engagement ist ungebrochen und es ist auch ein Engagement, die Region Fessenheim in eine grüne Wachstumsregion nach der Stilllegung zu verwandeln. In diesem Punkt können Sie beruhigt sein: Unser Wille ist unverändert.

Die Strecke Freiburg-Colmar ist eines der ersten vorrangigen Projekte im Fahrplan zur Umsetzung des Vertrags von Aachen. Ja, wir sind entschlossen, Machbarkeitsstudien mitzufinanzieren, damit die Brücke und die Eisenbahnstrecke endlich Realität werden. Es ist heute paradox, dass es schwierig ist, an dieser Stelle der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich zu reisen. Und natürlich müssen wir die Beförderungskapazitäten erhöhen. Auch dazu haben wir uns verpflichtet.

Sie fragen mich nach dem Sozialschutz der Transportunternehmer und zwar zu einem entscheidenden Zeitpunkt, denn wir haben uns auf der Ebene des Rates der Europäischen Union auf das so genannte "Mobilitätspaket" geeinigt, dessen Kernpunkt tatsächlich die Verbesserung des Sozialschutzes der Transportunternehmen ist. Es ist nun notwendig, Fortschritte zu erzielen, ohne auf der Ebene des Europäischen Parlaments nachzulassen. Das Thema muss nun auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Parlaments gesetzt und erörtert werden. Alle beteiligten Parteien aus allen Ländern, die dem Sozialschutz der Transportunternehmen besondere Aufmerksamkeit schenken, müssen gemeinsam vorankommen. Es gibt einen sehr guten Kompromiss, der natürlich nicht perfekt ist – es ist ein Kompromiss – der jedoch einen besseren sozialen Schutz für die Transportunternehmen bietet. Ich freue mich, dass Sie mir die Frage gestellt haben, ich freue mich, dies vor allen deutschen Fraktionen sagen zu können: Wir teilen dieses Interesse und müssen nachweisen können, dass das Europäische Parlament vor Ablauf seiner Amtszeit in der Lage war, das soziale Europa voranzubringen.

Sie haben Recht, Frédéric Petit, mir die Frage zu stellen: Wie kann mit den Zivilgesellschaften in den östlichen Nachbarländern zusammengearbeitet werden? Das europäische Projekt ist ein Projekt des Miteinanders, nicht ein Projekt der Spaltung. Es gibt keine Länder im Osten, die notwendigerweise "illiberale" Demokratien wären, und Länder im Westen, die notwendigerweise tugendhaft wären; es gibt Zivilgesellschaften, die überall nach Freiheit, Demokratie, guter Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung streben – überall, in allen Ländern der Europäischen Union. Ihre Rolle als Parlamentarier ist entscheidend und der Dialog mit den Zivilgesellschaften in Osteuropa muss konstant sein. Die Erwartungen sind hoch. Diese Länder sind proeuropäisch, es sei denn, wir stellen denen, die sich vom europäischen Projekt abwenden, einen Blankoscheck aus und in diesem Fall würden wir EU-Skepsis wecken. Wir müssen im Dialog außerordentlich offen sein, aber auch präsent in diesen Ländern, wie wir es seit mehreren Jahren versuchen.

Ein AfD-Abgeordneter hat mich zu den "Gelbwesten" befragt. Ich würde mich davor hüten, nach den sozialen Bewegungen oder Demonstrationen in Deutschland zu fragen – ich hielt das für unangebracht – aber da mir die Frage gestellt wurde, beantworte ich sie. Auf diese soziale Unzufriedenheit, die legitim war, da sie seit Jahren besteht, erfolgten starke Antworten. 10 Milliarden Euro auf den Tisch zu legen, um den Mindestlohn zu erhöhen und auf die Anliegen der besonders bedürftigen Arbeitnehmer einzugehen, halte ich für eine starke Antwort und auch für eine republikanische Antwort. Das Parlament hat dem zugestimmt und ich danke ihm dafür. Wenn nach diesen starken Antworten, nach einer großen Debatte mit Tausenden von Zusammenkünften in ganz Frankreich, Zehntausenden und Hunderttausenden von Franzosen, die demokratisch, republikanisch und respektvoll debattiert haben, einige weiterhin Gewalt anwenden und die Ordnungskräfte

angreifen – die mehr als 1.200 Verletzte in ihren Reihen haben –, so möchte ich Ihnen sagen: Sie haben vielleicht am Samstag mit den Falschen gesprochen.

Ich habe vorhin zum DFJW geantwortet: Es ist eine der schönsten Errungenschaften der deutsch-französischen Zusammenarbeit seit dem Elysée-Vertrag. Und es liegt mir fern zu denken, dass wir mit dem Vertrag von Aachen das DFJW vergessen sollten. Wir müssen seine Aktionen weiter verstärken, wir müssen dafür sorgen, dass die Jugendaustausche früher, ab der Sekundarstufe, stattfinden und breiter angelegt sind, so dass sie nicht nur den am besten in die Gesellschaft "eingebundenen" Jugendlichen bekannt sind.

Insbesondere müssen wir den Austausch von Auszubildenden fördern; dies ist der Zweck von Erasmus Pro, das mit Erasmus+ einhergeht. Jemand erwähnte bereits den deutschen Mehrwert in Sachen Berufsausbildung. Ich teile diese Vision, denn sie entspricht der Realität. In dieser fünfjährigen Legislatur, das möchte ich betonen, stellt Frankreich 15 Milliarden Euro für die Berufsausbildung und die Lehrlingsausbildung bereit, um sicherzustellen, dass die vielen freien Stellen in Frankreich mit jungen oder auch weniger jungen Menschen besetzt werden, deren Kompetenzen dem Bedarf entsprechen. Wir alle wissen um diese Herausforderung. Überall in unseren entwickelten Gesellschaften, in Frankreich, aber auch in Deutschland und anderswo, werden die Arbeitnehmer nicht unbedingt in den Berufen ausgebildet, die einstellen. Deshalb haben wir großes Interesse am Dialog und an der Zusammenarbeit. Für das Gesetz über die freie Wahl der beruflichen Zukunft haben wir uns sehr vom deutschen Beispiel inspirieren lassen und wir tun viel, damit junge Menschen von diesen Erfahrungen profitieren können. Auf europäischer Ebene müssen wir jetzt auf eine europäische Lehrlingsausbildung hinarbeiten. Das Problem besteht nicht nur darin, dass deutsche und französische Abschlüsse unterschiedlich sind, auch die europäischen Abschlüsse müssen EU-weit harmonisiert werden. Wir haben dies mit dem Bologna-Prozess für "klassische" Ausbildungen getan. Wir müssen ehrgeiziger sein und dasselbe für die Berufsausbildung und die Lehrlingsausbildung tun, damit eine an einem Ort erworbene Qualifikation an anderer Stelle anerkannt wird. Dies gilt für die Grenzbewohner aber auch für Migranten. Wie Sie wissen, arbeiten wir seit letztem Jahr im Rahmen eines Deutsch-Französischen Integrationsrates aktiv an Themen, die insbesondere darauf abzielen, die beruflichen Kompetenzen der in unseren Ländern lebenden Flüchtlinge zu verbessern, um sie so effektiv wie möglich zu integrieren und dem Beschäftigungsbedarf in unseren Gesellschaften so effektiv wie möglich zu entsprechen.

Ich wurde zu administrativen Hürden befragt, zum Beispiel zur Kostenübernahme bei medizinischer Behandlung. Das ist natürlich möglich und von der Krankenversicherung vorgesehen; wir müssen gegenüber den privaten Krankenversicherungen handeln, damit die Erstattungen zügiger erfolgen. Allerdings gibt es viele kleine Gründe für Ärgernisse, viele kleine Schwierigkeiten. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines Rates für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Es geht nicht nur darum, die zu überwindenden Schwierigkeiten aufzulisten – was bereits mit Talent geschehen ist –, sondern auch die Instrumente zu ihrer Lösung zu finden. Diese Instrumente können national angelegt sein und Rechtsvorschriften erfordern, die Ihren Parlamenten vorgelegt werden, oder lokal angelegt sein, um zum Beispiel die Betreuung in einer Gesundheitseinrichtung oder die Zuweisung eines Kita-Platzes auf der anderen Seite der Grenze zu ermöglichen, ohne dass Unterschiede in den Rechtsvorschriften ein Problem darstellen.

Wir wollen all diese Schwierigkeiten überwinden, indem wir insbesondere gegenüber den lokalen und regionalen Behörden handeln. In dieser Hinsicht bin ich mir der Asymmetrie unserer institutionellen Organisationen bewusst. Wir gründen eine europäische Gebietskörperschaft Elsass und haben uns zu einer Form der Differenzierung entschlossen, die es den grenznahen Gebietskörperschaften ermöglicht, auf diese sehr realen Gründe für Ärgernisse zu reagieren.

Ich lasse jedoch nicht zu, dass behauptet wird, der derzeit diskutierte Gesetzentwurf über die Schule des Vertrauens setze den deutsch-französischen KITAS ein Ende. Ich weiß nicht, wer das behauptet hat, ob aus politischer Taktik oder mit parteipolitischen Hintergedanken, doch das ist absolut unzutreffend. Der zweisprachige Unterricht entwickelt sich in Frankreich, nachdem die zweisprachigen Klassen von der vorherigen Mehrheit absolut leichtfertig angegriffen wurden, was ich zutiefst bedaure. Diese Klassen wurden wieder eingeführt. Wir wollen den Deutschunterricht in Frankreich ausbauen; ich hoffe, dass ich die gleiche Begeisterung und das gleiche Engagement in den deutschen Ländern finde.

Ich komme nicht auf die Rüstungsexporte zurück, über die ich bereits in meinen ersten Antworten ausführlich gesprochen habe, aber ich weiß, dass dies ein wichtiges Thema für Sie ist. Ich möchte Sie daran erinnern, dass in Frankreich, wenn wir Rüstungsgüter oder ganz allgemein sensible Güter exportieren, die Exportgenehmigung durch eine besonders wachsame und strenge interministerielle Kommission erteilt wird. Veränderungen geopolitischer Zusammenhänge und Gegebenheiten können dazu führen, dass wir bestimmte Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern nicht verlängern. Allerdings ist dieser Bereich eine Frage der Souveränität jedes Staates über die Materialien, die er auf seinem Boden produziert, und das ist gut so.

Wie können die Dinge im Bereich des Wirtschaftsrechts durch die Deutsch-Französische Versammlung verbessert werden? Mir gefällt die Idee, in jedem Parlament Sachverständige aus dem anderen Land anzuhören. Es liegt an Ihnen, Ihre Arbeit zu organisieren. Es liegt sicherlich nicht an mir, Ihnen zu sagen, was Sie zu tun haben, aber ich halte dies natürlich für einen sehr interessanten Ansatz.

Bezüglich der Reaktion Deutschlands auf den Brief des Präsidenten werde ich nicht im Namen meines Kollegen und Freundes Michael Roth antworten. Ich kenne die der Kanzlerin, da sie vor der Veröffentlichung des Textes davon in Kenntnis gesetzt worden war. Ich habe auch mit Interesse die der CDU-Vorsitzenden gelesen. Ich habe auch viele Beiträge einiger von Ihnen und deutscher Spitzenpolitiker in der deutschen Presse gelesen. Ich wiederhole jedoch, dass es mir nicht zusteht, auf diesen Punkt zu antworten.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie alle Fragen so "französisch-deutsch" beantwortet haben. Wir wünschen Ihnen alles Gute für die Zukunft. (Beifall)

Andreas Jung, Vorsitzender: (aus dem Deutschen gedolmetscht) Auch ich danke Ihnen, Frau Ministerin.

Ich möchte auf die von Sevim Dağdelen und Tobias Pflüger angesprochene Frage zurückkommen. Ich möchte folgendes sagen: In Deutschland, ob in öffentlicher Sitzung oder im Ausschuss, ist es üblich – und das ist in unserer Geschäftsordnung vorgesehen – bei einem solchen Antrag die mögliche Änderung der Tagesordnung zu erörtern. In Frankreich kann ein Thema, das nicht auf der Tagesordnung steht, nicht sofort besprochen werden: Es kann erst in einer späteren Sitzung debattiert werden. Das zeigt, wie dringend es ist, dass wir eine Geschäftsordnung für diese Parlamentarische Versammlung erarbeiten. Wir haben mit Sabine Thillaye und der Verwaltung der Nationalversammlung diskutiert, um eine Lösung für den gestellten Antrag auf Abstimmung zu finden. Ich denke, es wäre abträglich, wenn wir uns bei dem ersten auftretenden Problem dieser Art nicht einigen könnten. Ich wäre deshalb dankbar, wenn die Antragsteller ihren Antrag in dem Wissen zurückziehen würden, dass wir versuchen, einen Weg zu finden, um ihn bei der nächsten Sitzung inhaltlich zu prüfen und zu erörtern. Ich sehe, dass die Antragsteller zustimmen; ich danke ihnen dafür.

Wir sind also am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Der Vorstand trifft sich bald. Die Frage der Geschäftsordnung wird natürlich behandelt, damit wir sie auf der nächsten Sitzung unserer Versammlung verabschieden können.

Nach den Debatten über die Umsetzung des Aachener Vertrages möchte ich auch darauf hinweisen, dass die hier diskutierten Themenbereiche – denn es gab nicht nur Fragen, sondern auch Stellungnahmen – analysiert werden. Wir werden die Erkenntnisse aus diesen Debatten in unsere Verfahrensweise einbeziehen, insbesondere in Form von Entschließungsanträgen. Alle diese Aspekte werden in der Vorstandssitzung diskutiert.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Beiträge. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Sie zu bitten, die Kollegen zu entschuldigen, die früher gehen mussten. Zudem wurde der Termin unserer Sitzung zu spät angekündigt, so dass einige unserer Kollegen nicht anwesend sein konnten. Tatsächlich haben wir das Parlamentsabkommen erst letzte Woche im Bundestag verabschiedet. Auf jeden Fall denke ich, dass wir alle froh sind, dass diese Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung ins Leben gerufen wurde und dass wir in diesem neuen Gremium Ideen austauschen können. Wir danken Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr herzlich für Ihren Empfang in Paris.

Sabine Thillaye, Vorsitzende: Auch ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke Ihnen für Ihre Teilnahme. Wir müssen gemeinsam arbeiten. Ich danke den Kollegen, die einen Antrag gestellt haben, für Ihr Verständnis, dass wir ihn nicht auf unsere Tagesordnung setzen konnten. Dieses Geschehnis zeigt, wie Andreas Jung sagte, dass wir so schnell wie möglich eine Geschäftsordnung brauchen, um zu wissen, was möglich ist, um unsere Arbeitsmethoden und das Abstimmungsverfahren festzulegen. Dies wird es uns ermöglichen, viel weiter zu gehen. Die Diskussion zeigt auch, dass wir die rechtlichen Instrumente kennen müssen, die die Funktionsweise unserer beiden Parlamente regeln.

Nochmals vielen Dank für Ihre Anwesenheit und für Ihr Engagement, denn ohne Sie können wir nichts tun. Natürlich könnte der Vorstand logistische Arbeit leisten, aber wenn Sie die verschiedenen Themen nicht in Ihren jeweiligen Ausschüssen aufgreifen, können wir keine gute Arbeit leisten. Wenn wir unsere Kontrollfunktion gegenüber der Regierung wahrnehmen wollen, aber auch Initiativkraft sein wollen – in dieser Hinsicht erinnere ich an Michael Roths Ausführungen –, müssen wir uns als Parlamentarier sicher sein. Wir brauchen die Regierungen nicht um ihre Zustimmung zu bitten. Wir müssen uns positionieren, eine echte Initiativkraft sein und vor allem Ehrgeiz zeigen.

Ich wünsche uns alles Gute für unsere Parlamentarische Versammlung; ich hoffe, dass diese Erfahrung Früchte trägt. Ich freue mich darauf, Sie bald zu sehen und danke Ihnen nochmals vielmals. (Beifall)

Ende der Sitzung um 17.10 Uhr



ASSEMBLÉE PARLEMENTAIRE FRANCO-ALLEMANDE

COMPTE RENDU N° 1

**PRÉSIDENTE DE M. RICHARD FERRAND
PRÉSIDENT DE L'ASSEMBLÉE NATIONALE**

ET

**M. WOLFGANG SCHÄUBLE
PRÉSIDENT DU BUNDESTAG ALLEMAND**

25 MARS 2019

SOMMAIRE

I.	Séance inaugurale.....	3
II.	Déclarations de Mme Nathalie Loiseau, ministre auprès du ministre de l'Europe et des affaires étrangères, chargée des affaires européennes, et de M. Michael Roth, ministre adjoint chargé des affaires européennes auprès du ministère des affaires étrangères, chargé de la coopération franco-allemande, suivies de questions-réponses.....	29

ASSEMBLÉE PARLEMENTAIRE FRANCO-ALLEMANDE

Lundi 25 mars 2019

Présidence de M. Richard Ferrand, Président de l'Assemblée nationale, et de M. Wolfgang Schäuble, Président du Bundestag allemand

La séance est ouverte à 10 h 30.

I. Séance inaugurale

M. le Président Richard Ferrand. Monsieur le Président, cher Wolfgang Schäuble, mesdames et messieurs les membres de l'Assemblée parlementaire franco-allemande, mes chers collègues, dans cette salle qui porte le nom de Lamartine, je songe à la phrase célèbre du grand poète et député français : « Les utopies ne sont souvent que des vérités prématurées. » Quelle belle illustration de ce que nous sommes, ensemble, prêts à construire aujourd'hui !

Il y a soixante-deux ans, jour pour jour, la République fédérale d'Allemagne et la République française signaient, avec quatre autres États, le Traité de Rome instituant la Communauté économique européenne.

Bien sûr, comparaison n'est pas toujours raison, mais à l'instar de l'organisation portée sur les fonts baptismaux par les pères fondateurs, l'institution que nous nous apprêtons à bâtir ce matin n'a pas d'équivalent connu.

En réunissant, pour la première fois, des membres du Bundestag et de l'Assemblée nationale dans une enceinte pérenne, composée à parité de cinquante parlementaires allemands et de cinquante parlementaires français, nous donnons à la coopération franco-allemande, déjà singulière, une nouvelle dimension.

À l'évidence, cette assemblée permettra à chacun d'entre nous de mieux connaître la culture parlementaire de l'autre, et sa culture tout court. Mais ce qui est en jeu aujourd'hui va bien au-delà.

L'assemblée que nous créons a vocation à travailler, aussi rapidement que possible, sur des sujets concrets et des préoccupations communes. Par exemple, comment supprimer les

obstacles qui compliquent le quotidien de nos concitoyens résidant sur les territoires transfrontaliers ?

Sur ce sujet comme sur d'autres, l'Assemblée parlementaire franco-allemande ne sera pas une construction supranationale abstraite, éthérée. Elle travaillera en s'appuyant sur l'expérience de terrain que nous partageons.

Cette assemblée a également vocation à devenir le pendant parlementaire du Conseil des ministres franco-allemand. Nous devons jouer activement un rôle d'aiguillon, faire remonter de nos territoires respectifs les difficultés concrètes dont le règlement permettra de faire progresser l'entente franco-allemande.

D'aucuns ne manqueront pas de critiquer notre démarche, ni de voir dans notre nouvelle assemblée une preuve supplémentaire que l'Allemagne et la France souhaiteraient contribuer seules au renforcement de l'Union européenne. Rien n'est plus faux.

Tout d'abord, chacun sait que sans le moteur franco-allemand, c'est toute l'Europe qui ralentirait. Ce n'est pas faire injure aux autres États membres que de le constater : sur des sujets comme l'approfondissement de l'Union économique et monétaire, la défense européenne ou le respect de l'État de droit, c'est lorsque la France et l'Allemagne parlent d'une seule voix que les choses avancent.

Dans cette perspective, l'Assemblée parlementaire franco-allemande pourra servir de laboratoire normatif, de lieu de réflexion sur des instruments qui pourront être proposés à l'ensemble de nos partenaires de l'Union européenne.

Notre assemblée commune doit également contribuer à l'évolution des mentalités et des politiques dans nos assemblées respectives. Les collègues chargés de dossiers similaires pourront travailler en connaissant ce qui se fait sur chaque rive du Rhin, en échangeant et permettant un enrichissement mutuel.

Nous développerons ainsi des réflexes franco-allemands dans notre travail parlementaire, afin d'éviter, autant que faire se peut, les divergences artificielles ou inutiles qui peuvent parfois être néfastes.

En conclusion, permettez-moi d'exprimer ma joie et mon émotion au moment de signer l'accord qui officialise la création de cette Assemblée parlementaire franco-allemande. Quand beaucoup, sur notre continent et ailleurs, s'acharnent à miner les solidarités entre Européens – alors qu'elles sont plus nécessaires que jamais – nous luttons, à notre manière, contre ces passions tristes en franchissant, ce matin, une étape décisive sur le chemin de l'amitié entre nos deux parlements et, au-delà, entre nos deux peuples. Je vous remercie. (Applaudissements.)

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) Monsieur le Président, cher Richard Ferrand, mesdames et messieurs les membres de l'Assemblée franco-allemande, issue de l'Assemblée nationale et du Bundestag allemand, il vient d'être rappelé qu'il y a soixante-deux ans jour pour jour, les représentants de la République fédérale d'Allemagne, de la Belgique, de la France, de l'Italie, du Luxembourg et des Pays-Bas ont signé le Traité de Rome. Jean Monnet et Robert Schuman représentaient la France ; Konrad Adenauer et Walter

Hallstein, l'Allemagne. Ils étaient les architectes des Traités de Rome. Douze ans après la fin de la Seconde Guerre mondiale, ils ont jeté les bases de l'Union européenne telle que nous la connaissons aujourd'hui : une communauté d'États membres souverains déterminés à relever ensemble les défis du moment.

À l'époque, déjà, il s'agissait de sécurité et de coopération économique. La signature des documents fondamentaux de l'Union européenne actuelle au Capitole, à Rome, a marqué la naissance d'une coopération attendue par beaucoup, depuis longtemps, pour la paix et pour le bien des femmes et des hommes du continent bouleversé par la guerre.

Konrad Adenauer a mentionné dans son allocution un grand pas vers l'unification de l'Europe. Le Chancelier fédéral savait qu'il avait besoin d'émotion et de raison pour jeter les bases d'une coopération par-delà les frontières. Il fallait faire accepter cette nouvelle communauté, s'identifier à ce projet, et cette acceptation et cette identification devaient être partagées par le personnel politique et la population.

C'est donc à une date tout à fait symbolique que nous signons aujourd'hui cet Accord parlementaire franco-allemand. Elle souligne notre volonté de placer la coopération bilatérale dans un contexte européen. L'Allemagne et la France ont une responsabilité particulière à l'égard de l'Europe. La coopération franco-allemande s'appuie sur des mécanismes bilatéraux bien rodés, qui ont été régulièrement complétés depuis le Traité de l'Élysée du 22 janvier 1963. Avec le nouveau traité d'amitié franco-allemande signé par la Chancelière Angela Merkel et le Président Emmanuel Macron le 22 janvier 2019 à Aix-la-Chapelle, cette alliance toute particulière franchit encore un nouvel échelon. La coopération étroite entre nos deux gouvernements doit se fonder sur une coopération étroite entre les députés élus de l'Assemblée nationale et du Bundestag, c'est là que bat le cœur de l'amitié franco-allemande. C'est la raison pour laquelle nous voulons sceller un nouveau cadre institutionnel pour les relations entre nos deux parlements, et c'est pourquoi nous nous engageons en tant que parlementaires à renforcer encore nos liens de coopération.

Nous le disons aux sceptiques, cette nouvelle assemblée ne va ni diminuer ni supprimer la souveraineté des deux États. Toutes les résolutions qu'elle adoptera seront des suggestions politiques, qui n'acquerront force de loi qu'en conséquence des décisions de l'Assemblée nationale et du Bundestag.

Permettez-moi deux réflexions. Dans le Traité d'Aix-la-Chapelle, la France et l'Allemagne s'engagent à approfondir l'intégration de leurs économies nationales pour en faire un espace économique franco-allemand, avec des règles communes. Une des réussites historiques de l'Union européenne est la création du marché unique, permettant la libre circulation des personnes, des services et des capitaux. Mais il manque au marché unique une législation unique en matière économique, et les entreprises désireuses d'investir ont besoin de sécurité juridique pour planifier. Les PME, en particulier, rencontrent des obstacles. L'Assemblée devrait donc discuter de l'intégration complète de l'espace économique franco-allemand sur la base de règles communes pour supprimer ces obstacles.

Deuxièmement, nos deux pays se sont engagés dans le Traité d'Aix-la-Chapelle à la construction d'une union européenne de défense, dans le cadre d'une approche en réseau. L'Allemagne et la France doivent développer une culture commune en matière de sécurité et

de défense. Il nous faut une analyse commune des risques et des menaces, des objectifs communs, et consolider le secteur de la sécurité et de la défense. La décision de l'Union européenne relative à la coopération permanente structurée est une première étape qui émane d'une initiative de la France et de l'Allemagne. L'intégration accélérée des armées nationales doit encore être développée, ce qui contribuera également à renforcer la confiance mutuelle.

Je suis convaincu que nous assistons au début d'un nouvel échange plus approfondi qui permettra d'établir de nouvelles relations étroites. Je souhaite à cette Assemblée des débats animés, y compris sur les sujets délicats. Nous pourrions nous quereller sur le fond, car nous avons besoin de discuter franchement. Mais nos débats seront marqués par l'amitié profonde qui unit nos deux pays et par le respect de l'avis de l'autre. De ce point de vue également, cette nouvelle institution peut constituer un modèle pour l'Europe. En tant que membres fondateurs de cette Assemblée, nous avons une responsabilité particulière dans la réussite du projet. Relevons le gant ! (Applaudissements.)

M. le Président de l'Assemblée nationale et M. le Président du Bundestag allemand signent l'Accord parlementaire franco-allemand.

M. le Président Richard Ferrand. Mes chers collègues, je vous souhaite la bienvenue à cette séance constitutive de l'Assemblée parlementaire franco-allemande.

Conformément à l'article 4 de l'Accord parlementaire franco-allemand, qui a été adopté par l'Assemblée nationale et le Bundestag et que nous venons de signer avec le Président Wolfgang Schäuble, nous assumons tous deux les fonctions de Présidents de l'Assemblée parlementaire franco-allemande.

Nous sommes convenus de tenir notre première séance à Paris, c'est donc en ma qualité d'hôte que j'ouvre cette première séance. Je tiens à saluer tout particulièrement les ambassadeurs de nos deux pays : Mme Anne-Marie Descôtes et M. Nikolaus Meyer-Landrut. Notre séance est retransmise en direct et simultanément sur les sites internet de l'Assemblée nationale et du Bundestag.

Nous allons d'abord procéder aux élections prévues à l'article 8 de l'Accord parlementaire.

Nous commençons par l'élection des membres du Bureau de l'Assemblée.

L'article 8 de l'Accord parlementaire prévoit, en ses alinéas 1 et 2, que le Bureau est composé d'un nombre égal de membres de l'Assemblée nationale et du Bundestag et que chaque groupe y dispose d'au moins un siège.

Le Bureau sera donc composé de huit membres de l'Assemblée nationale et de huit membres du Bundestag.

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) Les groupes politiques du Bundestag ont proposé les candidatures suivantes : M. Reinhard Brandl et M. Andreas Jung pour le groupe CDU/CSU ; Mme Angelika Glöckner et M. Thomas Opper mann pour le groupe SPD ;

M. Norbert Kleinwächter pour le groupe AfD ; M. Michael Georg Link pour le groupe FDP ; M. Fabio De Masi pour le groupe Die Linke ; Mme Franziska Brantner pour le groupe Bündnis 90/Die Grünen.

M. le Président Richard Ferrand. Les groupes politiques de l'Assemblée nationale ont proposé les candidatures suivantes : Mme Sabine Thillaye pour le groupe La République en Marche ;

M. Patrick Hetzel pour le groupe Les Républicains ; M. Sylvain Waserman pour le groupe Mouvement Démocrate et apparentés ; Mme Cécile Untermaier pour le groupe Socialistes et apparentés ;

M. Antoine Herth pour le groupe UDI, Agir et Indépendants ; Mme Danièle Obono pour le groupe La France insoumise ; M. André Chassaigne pour le groupe de la Gauche démocrate et républicaine ;

M. Jean-Michel Clément pour le groupe Libertés et Territoires.

En l'absence d'opposition, les candidats proposés sont proclamés membres du Bureau. Je leur adresse toutes mes félicitations. (Applaudissements.)

Nous en venons à l'élection des Présidents du Bureau.

L'article 8, alinéa 4, de l'Accord parlementaire prévoit que le Bureau est présidé par un membre de l'Assemblée nationale et un membre du Bundestag, élus parmi les membres du Bureau.

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) Pour le Bundestag, je suis saisi de la candidature de M. Andreas Jung.

M. le Président Richard Ferrand. Pour l'Assemblée nationale, je suis saisi de la candidature de Mme Sabine Thillaye.

En l'absence d'autre candidature, Mme Sabine Thillaye et M. Andreas Jung sont donc proclamés Présidents du Bureau. (Applaudissements.)

Je leur adresse toutes mes félicitations et mes vœux de succès dans l'exercice de leurs nouvelles fonctions, et je les invite à rejoindre les deux places prévues à leur intention à nos côtés.

La parole est à Mme Sabine Thillaye.

Mme Sabine Thillaye. Je tiens à remercier l'Assemblée parlementaire de m'avoir désignée, aux côtés d'Andreas Jung, à la présidence de son Bureau, c'est pour moi un grand moment. Je tiens à souligner que la création de cette Assemblée a été un vrai travail collectif, et il doit continuer ainsi. Je salue l'engagement indéfectible de Richard Ferrand et de Wolfgang Schäuble en faveur de cet accord parlementaire et de la création de l'Assemblée parlementaire franco-allemande. Sans leur dynamisme et leur soutien, cette assemblée n'aurait pas vu le jour.

D'ici à la prochaine réunion de l'Assemblée, nous souhaitons que les commissions de l'Assemblée nationale et du Bundestag identifient des sujets d'intérêt commun et commencent à travailler ensemble pour faire des propositions concrètes. Le Bureau jouera un rôle d'impulsion, mais rien ne se fera sans l'implication des groupes politiques et des commissions des deux assemblées. Je vous remercie. (Applaudissements.)

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Andreas Jung.

M. Andreas Jung. (Interprétation de l'allemand.) Chers collègues, je vous remercie sincèrement de la confiance que vous accordez à Mme Thillaye et moi-même pour assumer la présidence du Bureau de cette assemblée, et je me réjouis de la coopération avec l'ensemble de nos collègues.

J'ai été très ému de voir nos deux Présidents signer cet accord. C'est une chance extraordinaire d'être réunis ici ensemble. L'Histoire nous rappelle qu'il y a seulement quelques décennies, nos deux pays étaient encore en guerre. Il y a un peu plus de cent ans, nos deux parlements discutaient de la guerre à mener l'un contre l'autre, et des crédits à y consacrer. Le fait que nos deux assemblées puissent se retrouver au sein de cette Assemblée parlementaire et engager une coopération sans équivalent ailleurs sur la planète exprime l'amitié franco-allemande.

Le partenariat engagé par Konrad Adenauer et Charles de Gaulle se trouve ainsi placé à un autre niveau. Nous en tirons une responsabilité particulière : nous devons améliorer la situation de nos concitoyens et apporter notre pierre à l'édifice de la construction européenne.

Je me réjouis de cette coopération et remercie les deux coprésidents du groupe de travail préparatoire, Sabine Thillaye et Christophe Arend, ainsi que l'ensemble des personnels de l'Assemblée nationale et du Bundestag qui nous ont soutenu lors des préparations, cela n'avait rien d'une évidence. Je remercie enfin nos deux Présidents, sans l'engagement desquels nous ne serions pas là aujourd'hui. (Applaudissements.)

M. le Président Richard Ferrand. Conformément à l'article 3 de l'Accord, l'Assemblée doit adopter son règlement intérieur.

Je demande au Bureau qui vient d'être élu de préparer, en vue de la prochaine séance qui aura lieu cet automne à Berlin, un projet de règlement intérieur, afin de le soumettre au vote de l'Assemblée.

Je ne doute pas que le règlement intérieur qui résultera de ces travaux sera susceptible d'être approuvé à une large majorité.

Nous abordons maintenant notre premier débat de la journée.

Je vais donner la parole aux représentants de chaque groupe politique pour cinq minutes, en alternant entre orateurs de l'Assemblée nationale et du Bundestag, et par ordre décroissant des effectifs des groupes.

Nous commençons par entendre M. Christophe Arend, pour le groupe La République en Marche.

M. Christophe Arend. Mes chers collègues, en ce moment historique, vous comprendrez mon émotion. Elle tient tout d'abord à ce que l'Allemagne et la France coulent toutes les deux dans mes veines, mais peut-être plus encore car ce jour voit l'aboutissement du travail intense de mon équipe parlementaire franco-allemande, qui a cru dès le début de mon mandat à ce projet un peu fou. Qu'elle en soit remerciée.

Mes remerciements s'adressent aussi à Franziska Brantner, Andreas Jung et Michael Georg Link. Leur réponse au discours de la Sorbonne du Président de la République Emmanuel Macron et notre rencontre en octobre 2017 ont sans aucun doute contribué à rendre l'Assemblée parlementaire franco-allemande possible.

Que dire de l'appui inconditionnel des Présidents Schäuble et de Ruy, puis Ferrand ? C'est grâce à eux et à leur foi inébranlable dans le parlementarisme que nous siégeons aujourd'hui. Ils ont mis à notre disposition deux administrations dont je salue également l'efficacité.

Dix-huit femmes et hommes se sont attelés durant une année avec acharnement et pragmatisme à construire ensemble. Ce fut pour moi un honneur d'animer ce groupe de travail en compagnie d'Andreas Jung et Sabine Thillaye. Merci à vous toutes et tous.

Une page se tourne. J'ai ce matin la tâche de m'exprimer au nom du groupe parlementaire La République en Marche de l'Assemblée parlementaire franco-allemande. Ceux qui connaissent mon caractère transpartisan trouveront cela étrange.

C'est à cette nouvelle chambre, unique en son genre, qu'il incombe dorénavant de s'inscrire dans l'histoire de la construction, non pas franco-allemande, mais européenne. Mesurons un instant la responsabilité que cela représente.

L'Europe seule nous garantit la paix durable, unique gage de progrès de l'Humain. L'Europe seule nous permettra d'affronter et gérer les grands défis de notre temps : le bien-être de nos sociétés par la convergence de nos normes sociales vers le plus haut standard ; la sécurité pour tous les Européens ; la gestion des migrations économiques et politiques en cours, mais aussi des migrations climatiques à venir. Elle nous permettra de relever ensemble le défi de la transition énergétique et de l'action contre les changements climatiques. L'Europe seule saura répondre aux attentes de nos concitoyens.

Ce sont quelques-uns des chantiers auxquels l'Assemblée parlementaire franco-allemande devra s'atteler, en gardant toujours à l'esprit que nous ne sommes pas un couple exclusif, replié sur lui devant l'adversité, mais des Européens convaincus, décidés à intégrer tous nos partenaires.

L'Assemblée parlementaire se voit confier son ordre de mission par la résolution commune adoptée le 11 mars dernier à l'Assemblée nationale et le 20 mars au Bundestag, chaque fois à une large majorité.

Il nous faudra dans un premier temps travailler à un règlement intérieur qui sera, je l'espère, aussi innovant que notre chambre. Je souhaite que chacun y trouve la place pour exprimer sa différence, comme cela fut le cas au sein du groupe de travail franco-allemand.

Il nous faudra, dans nos circonscriptions, être à l'écoute de tous les citoyens qui souhaitent construire l'amitié franco-allemande ; et nous faire le vecteur de leurs idées car la relation franco-allemande est celle de deux peuples que nous représentons avant d'être le fait de nos deux gouvernements.

Il nous faudra en cela faire preuve de courage, en assumant rigoureusement notre mission de contrôle : de l'application des traités de l'Élysée et d'Aix-la-Chapelle ; du Conseil de défense et de sécurité commun ; du Conseil des ministres franco-allemand et de tous les sujets concernant nos deux pays.

Il nous faudra être exemplaires par notre capacité à organiser le débat démocratique, par notre implication dans les activités de notre nouvelle assemblée, par notre assiduité.

Il nous faudra œuvrer à des solutions dont les résultats devront se mesurer dans la vie quotidienne de nos concitoyens.

Notre méthode de travail devra être celle de la recherche constante de l'intérêt général, et non celle de la satisfaction des intérêts individuels. Dans son allocution du 21 mars à la tribune du Bundestag, la Chancelière Angela Merkel reconnaissait elle-même l'importance de faire des concessions, même si cela peut être douloureux. Pour cela, il est essentiel que chacun puisse exprimer sa sensibilité, car si bien souvent nous divergeons sur les moyens, nous sommes en général d'accord sur le but à atteindre : le progrès de l'humanité.

Je souhaite à chacun des membres de notre nouvelle assemblée de prendre le même plaisir à œuvrer au rapprochement de nos nations que celui qui fut le nôtre dans le groupe de travail franco-allemand. Des amitiés sont nées.

Ensemble, bâtissons un monde meilleur, parce que nous sommes convaincus d'être ainsi plus forts dans le concert international et que lorsque la France et l'Allemagne travaillent conjointement, toute l'Europe progresse ; et parce que nous sommes convaincus que la réussite du projet européen est la condition sine qua non du progrès de l'humanité tout entière.

Que vive la construction franco-allemande au sein d'une Europe des peuples !
(Applaudissements.)

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Andreas Jung, pour le groupe CDU/CSU.

M. Andreas Jung. (Interprétation de l'allemand.) À la suite des propos de M. Arend, j'aimerais rappeler pourquoi nous avons pris l'initiative de créer cette assemblée parlementaire. Le Traité de l'Élysée, en vigueur depuis de nombreuses années, a été renouvelé par le Traité d'Aix-la-Chapelle. Mais nous pensons que notre amitié va au-delà d'un accord intergouvernemental. Nous sommes convaincus que l'amitié franco-allemande s'est renforcée grâce à l'engagement des personnes qui font vivre les jumelages et les différents

liens d'amitié. Cette activité constitue le cœur de l'amitié de nos deux peuples, et c'est pourquoi il était grand temps de prendre l'initiative de créer une structure parlementaire pour débattre ensemble des domaines dans lesquels nos deux gouvernements ne se sont pas encore mis d'accord. Nous sommes convaincus que grâce au dialogue et au débat, nous obtiendrons de nouvelles avancées, c'est ce que nous souhaitons faire.

C'est également pour nous l'occasion de réaffirmer notre engagement européen. Nous ne souhaitons pas nous isoler en tant que couple franco-allemand, nous agissons dans un esprit européen, ouverts vis-à-vis de nos partenaires européens, car nous savons qu'il faut construire l'Europe ensemble. En tant que Français et Allemands, nous avons une responsabilité particulière, et c'est pourquoi nous souhaitons créer des compromis et non diviser l'Europe. Nous souhaitons nous engager, en tant que Français et Allemands, pour la construction européenne et pour défendre l'Europe. C'est pourquoi, pour moi, cette assemblée parlementaire est un engagement clair en faveur de l'Europe.

Ce n'est qu'ensemble que nous pouvons nous attaquer aux grands défis. Adenauer et de Gaulle, à leur époque, nous ont apporté la réconciliation, mais il ne faut pas s'en tenir au passé. Il faut continuer à faire vivre cette amitié à l'avenir et s'attaquer aux grandes questions telles que la transition numérique, le changement climatique ou la mondialisation. C'est avec l'objectif d'atteindre des résultats concrets que nous allons agir.

Nous nous sommes fixé pour objectif que les commissions de l'Assemblée nationale et du Bundestag soient mieux connectées pour transposer la législation européenne en sachant comment l'assemblée de l'autre pays comprend cette législation. Comme l'ont dit les intervenants précédents, des projets tels que la constitution d'un espace économique franco-allemand méritent d'être approfondis pour supprimer tous les obstacles. Nos commissions respectives ont un grand rôle à jouer à cet égard.

Nous souhaitons que cette assemblée parlementaire se réunisse deux fois par an, mais puisse aussi travailler par petits groupes sur des thématiques précises.

La thématique de la sécurité et de la défense est essentielle : un conseil des ministres franco-allemand en est investi, mais ce n'est pas suffisant. Il existe également une brigade franco-allemande, que nous soutenons. Mais lorsque nous devons décider d'une intervention, la procédure de décision est différente : en France, c'est le Président de la République qui prend la décision, alors que c'est le Bundestag en Allemagne. Nous devons donc approfondir la coopération parlementaire dans le domaine de la politique étrangère, de sécurité et de défense, afin de développer des concepts communs.

Le Traité d'Aix-la-Chapelle a été porté par les parlements. Nous ne devrions pas seulement ratifier ce traité, mais également déposer une proposition commune pour sa mise en œuvre, notamment dans le domaine de l'intelligence artificielle. Nous devons déterminer comment réaliser ces projets communs, comment trouver des marges de manœuvre. Et nous devons également rendre le fonds citoyen accessible à chacun. J'ai hâte de commencer ces travaux. (Applaudissements.)

M. le Président Richard Ferrand. La parole est à M. Patrick Hetzel, pour le groupe Les Républicains.

M. Patrick Hetzel. Messieurs les Présidents, mes chers collègues, nous vivons un grand jour. Cette première réunion de l'Assemblée parlementaire franco-allemande donne l'occasion de saluer ce qui a été fait, mais aussi de dresser les grandes lignes du travail à venir.

Ce qui a été fait au cours des dernières décennies en faveur de la coopération franco-allemande est très important, et reste un acquis précieux pour aller plus loin encore. En 1963, le Traité de l'Élysée s'inscrivait pleinement dans la volonté de réconciliation franco-allemande, et sa double signature par l'État français et l'État allemand, en la personne du Chancelier Adenauer et du Président de Gaulle, annonçait la dynamique réelle et très positive qui s'en est suivie et dont nous sommes indiscutablement les héritiers.

Ma famille politique s'inscrit sans ambiguïté dans cet héritage, et c'est la raison pour laquelle nous avons soutenu sans réserve l'Accord parlementaire franco-allemand signé par nos deux Présidents. J'adresse mes remerciements à toutes celles et ceux qui ont œuvré pour qu'il devienne réalité.

Lorsque nous leur parlons de cet accord, nos concitoyens se demandent s'il est bien utile, ce qu'il apportera à l'édifice déjà existant. Après tout, pendant plus d'un demi-siècle, le Traité de l'Élysée a bien fonctionné, et son contenu était très simple. La création de l'Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ) a permis d'intensifier les échanges entre les jeunes de nos deux pays. La volonté solennelle de coopérer le plus étroitement possible dans un vaste champ allant de la politique économique aux affaires internationales et à la défense y a été affirmée, et un calendrier de rencontres fréquentes et régulières entre les responsables de nos deux pays a été fixé. Il s'en est suivi une pratique très utile de concertation presque permanente entre les gouvernements allemands et français, qui a permis de rapprocher nos positions qui étaient a priori divergentes, et de faire émerger des compromis européens.

Le Traité franco-allemand signé à Aix-la-Chapelle ajoute certes de nouveaux domaines de coopération, mais sa portée semble mineure au vu de ce qui a déjà été construit grâce au Traité de l'Élysée. L'ambition aurait pu être plus grande. La Chancelière Angela Merkel le déclarait d'ailleurs à Aix-la-Chapelle le 22 janvier dernier : ce qui est décisif, c'est la volonté de faire vivre ce Traité, avec une véritable ambition.

Je tiens en tout cas à rendre hommage au travail réalisé par nos deux parlements et à leurs Présidents, car il est sûr qu'existe bien la volonté de faire vivre un véritable travail parlementaire franco-allemand. C'est bien nouveau, et cela mérite d'être salué.

Nous le savons bien, la coopération franco-allemande en Europe a souvent été le théâtre de conflits d'intérêts et d'idées. Et parfois même, la nature des problèmes de politique intérieure a bloqué la recherche de solutions communes. Cette situation n'a pas changé, comme en atteste une récente déclaration de la Présidente de la CDU qui souhaite déplacer le siège du Parlement européen de Strasbourg à Bruxelles, faisant fi de la dimension symbolique de Strasbourg pour la réconciliation franco-allemande et la construction européenne.

Il sera de notre devoir, au sein de cette assemblée parlementaire franco-allemande, d'œuvrer par la diplomatie parlementaire pour que Strasbourg reste bien le siège du Parlement européen. Cela va au-delà de simples préoccupations logistiques ou encore comptables. Je sais que tous deux, messieurs les Présidents, y êtes très attachés.

Ne soyons pas naïfs : des différences vont bien entendu perdurer entre la France et l'Allemagne, mais la vraie richesse est ailleurs. Elle est dans notre capacité à développer une intelligence collective pour gérer ces différences.

La construction européenne a été et continuera à être possible aussi longtemps que la France et l'Allemagne seront capables de gérer ces différences en amont, et d'éviter qu'elles ne deviennent un frein à la construction d'un véritable destin commun. Ceci étant, la crise de l'euro a mis en évidence que la pression politique rend les compromis franco-allemands de plus en plus difficiles, car les opinions publiques de nos deux pays tirent souvent en sens inverse. Cela démontre les limites des seules approches intergouvernementales et milite évidemment en faveur d'un travail de fond pour associer les citoyens dans la coopération franco-allemande. Le Traité de l'Élysée le prévoit déjà, par les jumelages, les échanges et les coopérations. Mais désormais, nos deux assemblées, Bundestag et Assemblée nationale, s'engagent à devenir des forces de proposition et d'action pour cette coopération franco-allemande.

Disons le haut et fort et soyons en fiers : cette nouvelle assemblée franco-allemande contribuera à intensifier le dialogue et permettra de peser pour que la coopération franco-allemande soit inscrite à tous les étages de notre édifice institutionnel de part et d'autre du Rhin. Que vive la coopération parlementaire franco-allemande ! (Applaudissements.)

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à Mme Angelika Glöckner, pour le groupe SPD.

Mme Angelika Glöckner. Messieurs les Présidents, chers collègues, c'est un moment extraordinaire et un honneur pour moi de prendre ici la parole en tant que représentante du groupe parlementaire des sociaux-démocrates allemands. Mais vous me permettrez de continuer mon discours en allemand, sinon je ne peux pas garantir que les cinq minutes qui me sont accordées seront suffisantes... (Applaudissements.)

(Interprétation de l'allemand.) L'amitié franco-allemande, ce ne sont pas seulement de bonnes relations entre deux pays voisins ; c'est bien plus que ça. C'est la preuve qu'il est possible de faire d'anciens ennemis des amis, c'est une alliance stable et pérenne au sein de la communauté internationale, c'est la base de la paix et de la prospérité pour nos deux pays, c'est enfin l'épine dorsale de l'Union européenne.

Le pas supplémentaire que nous franchissons aujourd'hui en donnant corps à cette assemblée parlementaire franco-allemande est d'autant plus important qu'il doit nous permettre d'approfondir nos travaux et de les faire davantage coïncider. Et je tiens ici à remercier tout particulièrement les membres du groupe de travail, qui ont permis à ce projet d'aboutir aussi rapidement.

Après son approbation par nos deux parlements, nous sommes réunis aujourd'hui pour faire davantage connaissance et pour organiser nos travaux. Cette séance inaugurale marque le coup d'envoi d'un renforcement de la coopération entre nos deux parlements, ce qui signifie que nous pourrons désormais, plus encore que par le passé, nous impliquer en tant que parlementaires dans les négociations en cours, proposer des sujets de concertation et faire coïncider les calendriers d'adoption de nos résolutions, montrant ainsi au reste du monde combien il est important d'associer nos forces pour parvenir ensemble à faire avancer les

choses. À quelques semaines des élections européennes, c'est aussi une réponse à la montée des nationalismes et du populisme.

L'Assemblée parlementaire franco-allemande regroupe des membres des différentes commissions et groupes de travail de l'Assemblée nationale et du Bundestag. Ensemble, nous reprendrons les sujets qui les préoccupent et formulerons des recommandations. C'est bien entendu à nos parlements respectifs que reviendra la décision en dernier recours. Il est important de le souligner, car certains auraient préféré que cette assemblée ne voie pas le jour et contribuent à diffuser l'idée qu'elle marque une perte de pouvoir des parlements nationaux, idée contre laquelle il faut absolument lutter.

Parmi les sujets que nous aborderons, il faudra particulièrement insister sur ceux à propos desquels nous avons des divergences de vue. J'en évoquerai trois, à titre d'exemple.

D'abord, la lutte contre le changement climatique. Les jeunes sont aujourd'hui dans la rue et attendent du monde politique une action déterminée, qui implique que nous accélérions notre coopération en la matière.

Ensuite, l'évolution des équilibres internationaux et du rapport de forces entre la Chine, la Russie et les États-Unis, qui exige que nous construisions nos propres réponses, ce qui ne peut se faire qu'avec l'appui des autres États membres de l'Union Européenne. C'est la raison pour laquelle nous avons besoin d'une Europe forte, compétitive et dotée de normes sociales qui nous permettent d'affronter ces nouveaux défis.

Enfin, en tant qu'élu(e) dans une circonscription située à la frontière française, à quelques kilomètres de Strasbourg, je me réjouis que ce nouvel acte de la coopération franco-allemande insiste tout particulièrement sur les régions frontalières. C'est pour nous une réalité quotidienne.

La France et l'Allemagne vont désormais avancer ensemble, en tendant la main à nos autres partenaires européens : car la politique de l'Allemagne à l'égard de la France est et restera une politique européenne. De tout ceci, je me réjouis. (Applaudissements.)

M. le Président Richard Ferrand. La parole est à M. Jean-Louis Bourlanges, pour le groupe du Mouvement Démocrates et apparentés.

M. Jean-Louis Bourlanges. Messieurs les Présidents, mes chers collègues des deux rives du Rhin, ce n'est pas sans émotion que je prends la parole devant vous. Je suis sans doute l'un de ceux – mais, grâce au ciel, je ne suis pas isolé sur ce terrain – qui ont, avec le plus de force et le plus de constance, ordonné leur engagement politique autour de la construction européenne, de l'édification progressive d'une Europe unie, forte et respectée ; un de ceux qui ont toujours su que ce grand dessein passait, comme un préalable incontournable, par l'établissement entre Allemands et Français de liens suffisamment forts, intimes et durables pour permettre la convergence des pensées, l'accord des volontés et la persévérance dans l'action.

Je suis fier de m'exprimer aujourd'hui devant vous tous, mes amis, au nom de la famille politique qui fut celle de Robert Schuman et des premiers fondateurs de l'Europe unie, et du

groupe parlementaire issu de cette sensibilité, qui a toujours fait de la construction européenne l'axe majeur de son projet politique.

Élu parlementaire européen en 1989, devenu aujourd'hui membre de l'Assemblée nationale française, je n'ai cessé tout au long de ces années d'agir pour qu'un événement comme celui d'aujourd'hui puisse avoir lieu. Au moment, cher Président Schäuble, où, dans la foulée du traité de Maastricht, vous aviez rendu public, avec mon vieil ami Karl Lamers, votre célèbre manifeste en faveur d'une Union plus étroite, plus constante et plus politique, j'avais réagi en publiant dans le journal *Le Monde* une tribune clairement intitulée : « Et si on disait oui aux Allemands ? » Je n'ai pas changé.

Vingt-cinq ans nous séparent de cette époque heureuse qui avait vu tomber le mur de Berlin, se libérer l'Europe kidnappée par Staline et s'effondrer sans violence l'empire soviétique. Que sont depuis lors nos ambitions devenues ? Qu'avons-nous fait de la victoire par KO de la liberté sur la servitude ?

Avons-nous fait tout ce que nous devons pour que le monde devienne meilleur, plus libre, plus respectable, plus pacifique ? Notre union est-elle devenue aussi étroite que nous l'imaginions ? Nos deux peuples, nos deux États, nos deux parlements ont-ils rempli leur part de contrat ? Je ne suis pas de ceux qui ignorent le chemin parcouru ensemble. De grandes choses ont été faites depuis que les Allemands et les Européens se sont retrouvés libres, souverains et unis, et ces grandes choses n'auraient pu l'être si la France et l'Allemagne ne s'étaient pas attelées ensemble à la tâche. J'évoquerai bien sûr la monnaie unique, qui a traversé victorieusement vents et tempêtes, et devant laquelle ses pires adversaires ont dû rendre les armes ; j'évoquerai aussi l'élargissement de notre Union à l'Europe centrale et orientale, dont je ne laisserai jamais dire, quelles que soient les épreuves que nous traversons aujourd'hui qu'il n'a pas été un formidable succès à l'échelle de l'Histoire.

J'entends un peu partout la voix sourde de l'appel à la pause et à l'inertie. L'Union européenne serait arrivée au port, comme le Rhin à la mer ; les peuples seraient fatigués de la marche à l'Union. Quant au couple franco-allemand, il aurait rempli son rôle historique, et il faudrait cesser d'y voir le moteur d'une union composée de peuples trop nombreux, trop divers, trop jaloux de leurs prérogatives pour s'accommoder plus avant de l'impulsion motrice du vieux couple carolingien.

Et pourtant, chers amis d'Allemagne et de France, nous savons que nous ne sommes pas au bout de notre route commune. Nous voyons bien que le livre de ce que nous avons à écrire est beaucoup plus long et volumineux que celui que nous avons déjà écrit. D'immenses défis sont devant nous, avec une globalisation aussi menaçante que prometteuse, une transition énergétique à la hauteur de laquelle nous ne sommes pas vraiment, des menaces géopolitiques sans précédent, des alliés plus tourmentés et incertains que jamais. Face à ces défis, nous devons bâtir une Europe politique, et nous n'y parviendrons que si, condition nécessaire mais évidemment non suffisante, en France et en Allemagne, nos responsables, nos concitoyens, les parlementaires que nous sommes, font l'effort nécessaire pour se parler, pour s'écouter, pour se comprendre, pour partager et pour travailler ensemble – « la main dans la main », aurait dit le général de Gaulle. Tel est le sens ultime de ce que nous sommes occupés à faire ici et aujourd'hui.

Croyez-moi, chers amis, ce que l'Europe ne fera pas pour le monde, personne ne le fera à sa place, et ce que Français et Allemands ne feront pas pour l'Europe, personne ne le fera à leur place.

(Vifs applaudissements.)

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Norbert Kleinwächter, pour le groupe AfD.

M. Norbert Kleinwächter. (Interprétation de l'allemand.) Monsieur le Président Schäuble, monsieur le Président Ferrand, monsieur Jung, madame Thillaye, le Traité de l'Élysée, signé il y a cinquante-six ans, fut la meilleure chose qui pouvait arriver à l'Allemagne et à la France. En effet, il a scellé non seulement une étroite coopération politique entre nos deux États, mais également une amitié profonde entre nos deux peuples, amitié que je reprends personnellement à mon compte, et c'est moins en tant que membre de l'AFD qu'en tant qu'individu que je voudrais m'exprimer au sein de l'Assemblée parlementaire franco-allemande, pour rappeler que nous ne devons pas nous éloigner des citoyens.

J'ai moi-même fait fructifier l'amitié franco-allemande, via notamment des échanges scolaires, grâce à une professeure de Français qui m'avait envoyé à Thonon-les-Bains. Après un master aux États-Unis, j'ai ensuite passé un an à Saint-Quentin-en-Yvelines, j'ai vécu à Versailles, et suis revenu en 2011 pour enseigner l'allemand au lycée Émilie-de-Breteuil, à Montigny-le-Bretonneux. Je suis souvent passé à l'époque devant l'Assemblée nationale, sans imaginer que j'y siégerais un jour au sein de l'Assemblée parlementaire franco-allemande, envers laquelle j'ai néanmoins des critiques à émettre, tout comme sur le Traité d'Aix-la-Chapelle.

En effet, dans un contexte dominé par le Brexit, ces célébrations auxquelles nous nous livrons sous des drapeaux aux couleurs chatoyantes masquent mal le fait que l'Union européenne ne fonctionne plus et qu'elle a néanmoins trop d'influence sur la vie quotidienne de chacun. C'est ce qui pousse les Britanniques à vouloir la quitter et nos citoyens, en particulier ceux des classes moyennes, à descendre dans la rue pour manifester. Ils ont en effet l'impression de ne plus être écoutés, se sentent menacés de déclassement social, et il me semble que cette problématique aurait dû être mieux prise en compte dans le Traité d'Aix-la-Chapelle et dans les travaux préparatoires à la création de notre assemblée.

L'Union européenne ne fonctionne plus car les domaines où se concentre son action sont des domaines très conflictuels, qui suscitent des antagonismes entre les États membres, nous conduisant même à douter que nous partageons les mêmes valeurs. On peut reprocher à certains États membres de ne pas adhérer à nos valeurs, mais il me semble que nous devons respecter le fait que leurs opinions divergent des nôtres.

Dans un tel contexte, et alors que nous nous apprêtons à élire les députés d'un Parlement européen qui ne fonctionne plus non plus alors que les citoyens réclament davantage de proximité avec les décideurs politiques, la création de l'Assemblée parlementaire franco-allemande me paraît un projet empreint de nostalgie. Nous y participerons néanmoins avec plaisir pour contribuer à la réflexion sur les défis auxquels sont confrontés nos citoyens. Nous ne sommes pas là pour conduire des discussions sur des sujets sortis de nulle part mais pour trouver des solutions concrètes aux difficultés que nous rencontrons, même si toutes ces difficultés n'ont pas vocation à être réglées au niveau européen ou franco-allemand, la

réponse se trouvant parfois à l'échelon municipal. Quoi qu'il en soit, j'espère que nous parviendrons à des avancées concrètes.

Je terminerai en remerciant M. Jung, Mme Thillaye et M. Arend, avec qui nous avons eu des débats vifs, mais toujours dans une ambiance conviviale. J'espère qu'il en sera de même dans le cadre de cette Assemblée parlementaire franco-allemande. (Applaudissements)

M. le Président Richard Ferrand. La parole est à Mme Cécile Untermaier, pour le groupe Socialistes et apparentés.

Mme Cécile Untermaier. Messieurs les Présidents, mes chers collègues, c'est avec une réelle émotion que je m'exprime devant vous aujourd'hui, s'agissant d'un événement majeur qui montre combien les parlements doivent se saisir ensemble des sujets qui nous préoccupent, nous Français et Allemands, nous Européens.

L'Union européenne, vous le savez, rencontre de nombreux obstacles, tant lors des réunions du Conseil, avec des États qui s'arc-boutent sur le principe d'unanimité, qu'au sein du Parlement européen, où siège un nombre croissant de députés démagogues et eurosceptiques.

De nouvelles voies de coopération doivent donc être trouvées pour avancer et créer du consensus entre les peuples.

En premier lieu, l'Assemblée doit impulser et servir une ambition partagée pour une Europe efficace et protectrice des peuples. Aujourd'hui, le rôle des parlements nationaux constitue le chaînon manquant de la construction européenne. L'Assemblée parlementaire franco-allemande constitue donc un nouvel espace public européen, qui porte en lui la promesse de voir se développer des facultés de délibération transnationale accrues. Elle sera là pour contrôler l'application des décisions conjointes de nos deux pays, prises dans le cadre du conseil des ministres franco-allemand. En deçà et au-delà, par les sujets qu'elle traitera, par la publicité de ses débats, son rôle sera aussi de proposer de nouvelles initiatives bilatérales qui pourront servir de base à des propositions législatives européennes. Certes, elle ne disposera pas d'un pouvoir de décision, mais elle sera force de persuasion.

Pour que l'Assemblée puisse mener à bien sa mission, elle doit sans délai se saisir des enjeux fondamentaux que sont la transition écologique et la transition numérique. Il serait donc utile que, dès sa première réunion, elle se mette d'accord sur une série de priorités dont elle aura à délibérer.

Les sujets relatifs aux normes environnementales, qui préoccupent les citoyens dans leur vie quotidienne, leur harmonisation à l'échelle des États, que réclament les entreprises, doivent être appréhendés en priorité et de manière pragmatique par notre assemblée. Je pense à l'absolue nécessité de donner un prix au carbone pour faire émerger une autre économie européenne, qui protège les femmes, les hommes et la planète. Je pense aussi à un sujet brûlant, celui des pesticides, qui contribuent à la disparition de la vie sur terre. Je pense enfin à la nécessité de prévoir au meilleur niveau une clause environnementale et sociale incontournable dans nos marchés publics et privés.

La convergence fiscale et sociale s'inscrit dans cette problématique et doit constituer un des premiers sujets de discussion. Alors que les pays de l'Union européenne se livrent aujourd'hui à une concurrence fiscale exacerbée, la règle de l'unanimité paralyse l'action de l'Union en matière fiscale, et nombreux sont ceux qui appellent cette nouvelle assemblée à montrer l'exemple.

Pour le dynamisme et la crédibilité de notre coopération, les groupes politiques doivent dépasser les clivages partisans, aborder sans tabou les sujets difficiles et préparer les parlements à prendre des positions susceptibles d'influencer utilement nos gouvernements. Nous avons ici la chance de construire ensemble. Saisissons-la.

En second lieu, l'Assemblée parlementaire franco-allemande devra s'inspirer des pratiques législatives de chacun de nos pays. L'Allemagne possède à bien des égards une longueur d'avance sur ses partenaires. C'est le cas en matière de contrôle de subsidiarité, où elle a beaucoup investi au niveau national comme au sein du Parlement européen. C'est aussi le cas en matière de coordination législative. En effet, le Bundestag dispose depuis plusieurs années d'une véritable représentation permanente à Bruxelles, alors que l'Assemblée nationale n'y a installé que deux fonctionnaires. La France gagnerait à s'aligner sur le niveau allemand en matière de contrôle et de travail en amont sur les textes européens, grâce une coopération renforcée dans ce domaine.

Elle gagnerait aussi à prendre exemple sur l'Allemagne, en organisant avant chaque Conseil européen, un débat dans l'hémicycle, précédé d'une intervention du Premier ministre s'exprimant sur les questions à l'ordre du jour. Celui auquel j'ai eu le privilège d'assister jeudi dernier au Bundestag nous a tous convaincus de la nécessité d'aller dans cette voie.

Cette collaboration doit enfin être l'occasion de réfléchir ensemble et de remettre en question la fabrication de la loi, qu'elle résulte ou non d'une transposition de directive. L'actualité nous commande, du moins en France, d'investir et de réinventer le champ de la participation des citoyens mais aussi du rôle des élus dans le domaine législatif et le contrôle de l'exécutif. L'Assemblée doit ainsi être un lieu d'échange inédit et fructueux sur cette problématique.

« L'enjeu est de faire passer la coopération franco-allemande dans une nouvelle dimension », disiez-vous, monsieur le Président Schäuble. Oui, dans une nouvelle dimension, assurément. Notre jeunesse nous y oblige. Notre responsabilité est immense.

Saisissons l'opportunité de cette assemblée pour avancer ensemble sur les défis et enjeux de demain. L'Europe se transformera par notre détermination conjointe. (Applaudissements.)

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Michael Georg Link, pour le groupe FDP.

M. Michael Georg Link. (Interprétation de l'allemand.) Messieurs les Présidents, chers collègues, j'ai relu ce week-end les discours prononcés à l'occasion du cinquantenaire du Traité de l'Élysée. Ce sont de grands et magnifiques discours, mais qui donnent le sentiment, lorsqu'on sait ce qui s'est passé dans les dernières années, que ce Traité n'a pas réellement fait avancer les choses. Le Traité d'Aix-la-Chapelle – ou Traité de l'Élysée « 2.0 », comme certains l'ont surnommé – et l'Assemblée parlementaire qui naît aujourd'hui revêtent donc une importance déterminante. Ils sont pour une grande part liés à l'impulsion politique du

Président Macron, qui a eu le courage d'engager cette initiative et de donner à la campagne européenne une portée réellement européenne, malgré bien des résistances.

C'est un enseignement pour nous tous. Il ne faut pas courir après les mécontents mais avoir le courage de plaider pour la construction et la coopération européennes et de ne pas se replier autour d'États-nations solitaires, qui donnent parfois le sentiment étrange, comme vient de le faire notre collègue allemand, que nous sommes plutôt en 1910 qu'en 2019. (Applaudissements.)

Oui, nous voulons être proches des gens, qui ne veulent plus être abandonnés par les États-nations mais demandent que la frontière franco-allemande ne soit pas une entrave à la circulation du plus gros potentiel économique que nous ayons en Europe et que nous puissions exploiter ensemble ce potentiel commun.

Il faut convaincre les sceptiques que, malgré les difficultés – qui existent, bien sûr –, nous pouvons parler ensemble plutôt que de parler les uns des autres ; que nous pouvons, au lieu d'entretenir une culture de la défiance réciproque, partager une culture de la confiance, que des millions de nos concitoyens français et allemands souhaitent voir se développer.

En tant que libéraux, nous nous réjouissons donc infiniment de cette journée importante pour nos deux pays, puisqu'aujourd'hui prend vie, à travers notre accord parlementaire, le Traité d'Aix-la-Chapelle.

Le Président Schäuble l'a dit, nous serons évidemment amenés à nous quereller, y compris entre Allemands, sur les choix à faire, notamment en matière de politique de défense et de sécurité, mais nous voulons nous quereller ensemble, car nous sommes face à des défis que nous ne pouvons relever seuls.

En arrivant, nous avons vu flotter sur l'Assemblée nationale le drapeau chinois, qui salue la visite du Président chinois. Nous connaissons bien ce drapeau, comme les tentatives qui l'accompagnent pour diviser les Européens. Ce n'est pas un phénomène nouveau, mais ces pressions extérieures s'accroissent, comme en témoigne le projet russe de gazoduc « North Stream ». Si l'on peut ici parler de projet empoisonné, ce n'est pas parce que nous serions par principe opposés à une coopération avec la Russie, mais parce que ce type de projet ne peut être mené sans une concertation au niveau européen. Il en va de même pour la coopération avec la Chine : nous voulons coopérer avec la Chine, mais ensemble.

De toutes ces questions stratégiques, comme de notre politique de défense ou du contrôle des exportations de matériel, nous devons discuter ensemble. Nous savons que Paris attend toujours de Berlin des réponses concernant les grands projets de défense européens. Nous devons en parler.

Il nous faudra aussi aborder la question de la zone euro et des moyens de la renforcer et de la rendre suffisamment attrayante pour qu'elle attire de nouveaux États membres.

Nous devons enfin, au sein de cette Assemblée parlementaire franco-allemande, créer nos propres instruments de travail, en nous gardant de faire surgir de nouveaux obstacles.

Je souhaite, pour terminer, remercier nos collègues du groupe de travail, les Français Sabine Thillaye et Christophe Arend, ainsi que notre collègue Andreas Jung, et remercier également, au nom de mon groupe, les équipes de l'Assemblée nationale et du Bundestag.

Mettons cette assemblée franco-allemande au service de la construction européenne !
(Applaudissements.)

M. le Président Richard Ferrand. La parole est à M. Antoine Herth, pour le groupe UDI, Agir et Indépendants.

M. Antoine Herth. Messieurs les présidents, chers collègues français et allemands, le 11 juin 2014, Angela Merkel déclarait devant le corps diplomatique : « La crise de juillet 1914, à l'origine de la Première Guerre mondiale était due essentiellement à l'absence de dialogue. Tel est pour moi [...] l'enseignement que nous devons en tirer : plutôt que de parler les uns des autres, nous devons toujours essayer de parler les uns avec les autres. »

À cette main tendue de la Chancellerie, le Président de la République répondait le 26 septembre 2017 à la Sorbonne : « Je propose en premier lieu à l'Allemagne un partenariat nouveau. Nous ne serons pas d'accord sur tout, ou pas tout de suite, mais nous discuterons de tout. »

Le 22 janvier 2019, le Traité d'Aix-la-Chapelle est venu sceller concrètement cette volonté de dialogue. Je me réjouis que nos deux parlements, réunis sous l'impulsion de leurs présidents, aient pris l'initiative de la création de l'Assemblée parlementaire franco-allemande.

Je vous le demande : y a-t-il meilleur endroit pour se parler qu'un parlement ? Assurément non !

Sans cette assemblée, il manquerait même un outil important pour concrétiser le rapprochement voulu par le chef de l'État et par la Chancellerie. Nos deux grandes démocraties ne fonctionnent pas avec le même logiciel : nous avons une prééminence de l'exécutif en France, tandis que le Bundestag joue un rôle déterminant en Allemagne. Il était donc indispensable de compléter le dialogue intergouvernemental en y intégrant la sphère parlementaire, afin d'éviter le risque de multiples malentendus et de crispations contre-productives.

La semaine dernière, j'ai eu l'occasion avec quelques collègues de passer deux journées en immersion au Bundestag. J'ai d'abord pu assister au débat et à l'adoption de la résolution créant cette assemblée franco-allemande, ainsi qu'à une audition du secrétaire d'État aux finances par la commission des affaires européennes, puis, le lendemain, à la déclaration de la Chancellerie et au débat qui a suivi.

J'ai relevé que l'ensemble des groupes politiques a commenté la lettre aux Européens du Président Macron, ce qui m'a étonné. Jamais, en dix-sept ans de vie parlementaire, je n'ai vu au Palais-Bourbon un débat se focaliser à un tel point sur les propositions venues d'un pays voisin. J'y devine, du côté allemand, une grande curiosité pour les sujets venant de l'extérieur, dont l'Assemblée nationale gagnerait probablement à s'inspirer.

Je retiens de cette belle expérience que ni les lignes de partage entre fractions, ni les thèmes qui peuvent susciter la controverse ne correspondent exactement à la géographie politique française. Alors que le Bundestag, en lui décernant le Medienpreis Parlement, a récompensé un travail d'enquête sur l'échec du projet de coalition « Jamaika », le Président Ferrand remettra le 30 mars le prix du livre politique placé sous le thème de « Nos libertés en danger ». Oui, la France du grand débat est bien différente de l'Allemagne de la grande coalition, mais c'est justement parce que nous sommes si différents qu'il est important de se parler davantage.

Il y a de part et d'autre du Rhin, y compris dans les relations de proximité, une énorme envie d'avancer ensemble ; pourtant, nous butons toujours sur des obstacles d'ordre réglementaire, liés à la méconnaissance de la langue ou provenant de préjugés. C'est à cela que va d'abord devoir s'atteler cette assemblée franco-allemande : nous permettre d'apprendre à nous connaître, nous enrichir de nos différences et nous respecter dans nos particularités.

Le groupe des dix-huit pionniers dont j'ai eu la chance de faire partie a exploré ce chemin de la compréhension mutuelle. À nous de vous transmettre, chers collègues, notre enthousiasme !

Très vite, il nous faudra entrer dans le vif du sujet, car cette assemblée a bien vocation à faire de la politique dans le sens le plus noble du terme, à savoir débattre pour faire converger nos points de vue.

À ceux qui s'inquiètent d'une possible ingérence dans le périmètre sacré de la souveraineté nationale, je veux rappeler que cette assemblée n'est pas supra parlementaire, mais bien interparlementaire : sa vocation n'est pas de décider en lieu et place des parlements nationaux, mais d'identifier les obstacles à une meilleure collaboration et de proposer des solutions de compromis. Alors, de grâce, ne l'enfermons pas dans des procédures kafkaïennes !

Notre débat sera d'autant plus constructif, y compris sur ces thèmes difficiles que sont la défense, les migrations, les transitions énergétiques, la stratégie industrielle, la convergence fiscale, l'articulation de nos politiques sociales ou encore la protection des consommateurs...

Ne nous y trompons pas, nos partenaires européens nous observent et beaucoup voient ce rapprochement franco-allemand avec intérêt. Lors d'une entrevue avec le Président de la République bulgare, M. Roumen Radev, celui-ci m'a dit son intérêt pour notre initiative franco-allemande, tout simplement parce que l'Europe a besoin d'un moteur puissant pour faire face à tous les périls qui l'assaillent et que personne ne gagnerait à une Union faible qui deviendrait le jouet des puissances planétaires.

Mes chers collègues, ce n'est pas seulement l'avenir de nos deux pays qui est entre nos mains, mais une partie du destin du continent européen qui repose sur nos épaules. (Applaudissements.)

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Fabio De Masi, pour le groupe Die Linke.

M. Fabio De Masi. (Interprétation de l'allemand.) Messieurs les présidents, chers collègues, par respect pour l'amitié franco-allemande et la beauté de la langue française, je m'exprimerai en allemand. Même si en tant qu'élève, j'ai eu le privilège de participer à un échange scolaire en France et si, en tant qu'ancien député européen, je me rendais avec plaisir à Strasbourg, mes connaissances en français ne donneraient pas une bonne image du système éducatif allemand – étant précisé que cela ne relève que de ma responsabilité... (Sourires.)

Le couple franco-allemand a toujours été le moteur de l'intégration européenne, parce qu'il fallait réussir la reconstruction de l'Allemagne tout en écartant la menace allemande. Si j'estime que la France et l'Allemagne peuvent jouer un rôle important, il faut toutefois se demander pourquoi l'intégration européenne se trouve aujourd'hui en crise – je pense au Brexit, aux conflits internes, à la crise migratoire et à l'arrivée de réfugiés.

Au sein de mon groupe parlementaire, nous portons un regard critique sur le Traité d'Aix-la-Chapelle et l'orientation de l'intégration européenne telle qu'elle se fait aujourd'hui. Il y a eu des développements non souhaitables, notamment durant la crise de la zone euro. Par ailleurs, un secteur des bas salaires a émergé en Allemagne, qui a contribué aux excédents de la balance commerciale allemande.

Nous sommes convaincus que la grande majorité des citoyens en Allemagne et en France veulent un marché intérieur qui ne se fasse pas seulement dans l'intérêt des grandes entreprises, mais leur offre également une protection sociale, notamment par le biais de conventions collectives. Nous pensons qu'il est important de pouvoir échanger librement, mais que le libre-échange doit être encadré par des normes, notamment sociales et environnementales, parce que nous constituons le plus grand marché intérieur.

Nous avons besoin de plus d'investissements contre le chômage des jeunes, contre le changement climatique, et nous devons mettre en œuvre une politique industrielle stratégique qui ne se fasse pas seulement dans l'intérêt des grandes banques. Les citoyens, qui attendent de nous que nous veillions à plus de justice fiscale en Europe, nous entendent souvent dire que ce n'est pas possible dans une Union à vingt-huit. Mais que se passerait-il si l'Allemagne et la France étaient pionnières dans ce domaine, avec la mise en place d'une taxe sur les transactions financières ou l'imposition des grandes entreprises du numérique, dont le modèle devrait être mieux pris en compte ?

Pour moi, le Traité d'Aix-la-Chapelle, qui se concentre beaucoup sur la coopération dans le domaine de l'armement, est problématique. En Allemagne, les interventions sont décidées par le Bundestag à ce sujet, nous avons d'ailleurs soumis une proposition que nous aimerions aborder aujourd'hui. J'ai hâte de débattre avec vous ce qui implique de ne pas être toujours d'accord et je pense qu'il est souhaitable que nos futurs débats ne portent pas seulement sur les questions se rapportant au fait que l'on soit allemand ou français, mais sur tous les grands défis auxquels nos deux pays doivent faire face.

Mon groupe politique estime par conséquent qu'il est préférable d'éviter l'application de la règle de la double majorité. Nous avons besoin d'une assemblée commune et unie, dans laquelle se reflètent les différentes majorités de nos deux pays.

En tout état de cause, nous avons hâte d'échanger avec vous, même si certains débats risquent d'être un peu plus vifs que les autres : nos citoyens méritent que, pour la défense de

leurs intérêts, nous débattions avec franchise sur tous les points où il est nécessaire de le faire. (Applaudissements.)

M. le Président Richard Ferrand. La parole est à M. André Chassaigne, pour le groupe de la Gauche démocrate et républicaine.

M. André Chassaigne. Messieurs les présidents, madame la Présidente, mes chers collègues, nous abordons aujourd'hui une nouvelle étape des relations franco-allemandes en réunissant dans une même assemblée des représentants de l'Assemblée nationale et du Bundestag.

Cette union renforcée insufflera-t-elle une dynamique nouvelle à l'ensemble de l'Union Européenne, alors que le couple franco-allemand est de moins en moins représentatif de ses différences de vues ? À cette heure, « un conte des temps anciens ne me sort pas de l'esprit », « Ce chant saisit le batelier dans sa barque « Avec une violence sauvage. « Il ne voit pas le récif, « Il regarde seulement là-haut, dans les hauteurs. »

Le chant de la Lorelei ne doit pas nous faire oublier les récifs que le couple franco-allemand doit éviter ! Parce que nous savons bien tous ici qu'au-delà de l'emphase de la mise en récit, au-delà du vibrato affectif, les faits sont têtus... Comme l'écrivait Charles Péguy, « tout commence en mystique et finit en politique ».

Quels sont donc ces écueils ?

Le premier consiste à travailler en cercle fermé, en maître des horloges d'une Europe aux souffles multiples, sans suffisamment consulter nos partenaires européens. L'expérience a montré que la suffisance ne permet pas d'insuffler une dynamique européenne. Ce mode de fonctionnement suscite au contraire des réactions de rejet de la part des autres pays, aboutissant à des situations de blocage qui conduisent elles-mêmes à des coalitions temporaires et par définition fragiles, fluctuant au gré des intérêts en présence, avec des effets désintégrateurs.

Aussi, nos deux pays, plus encore que par le passé, doivent s'ouvrir aux autres États membres, gardant en tête ce précepte de Hegel : « Le destin, c'est soi-même comme oublié. » À défaut, l'harmonie nombriliste conduira à de terribles déconvenues.

Le deuxième écueil est celui consistant à se recroqueviller dans une coopération sectorielle. Le risque est d'intensifier notre coopération sur des thèmes ciblés par la connaissance de nos positions respectives, en s'attachant à élaborer des compromis sur ces sujets sélectionnés, par exemple la politique de sécurité et de défense, et en excluant les questions plus conflictuelles comme la lutte contre le réchauffement climatique ou nos politiques énergétiques.

Le troisième écueil est le retour aux réflexes nationaux. Le contexte économique et géopolitique est propice au raidissement des positions. Prenons garde de ne pas envisager notre coopération sous l'angle d'une relation vainqueur-vaincu, mais en partenaires au service de la constitution d'une nouvelle Europe, répondant aux attentes de tous ses peuples ! Plutôt que de chercher à s'imposer face au voisin, il faut accepter les concessions mutuelles comme faisant partie intégrante de l'échange. Chacun conviendra que la tâche n'est pas aisée du fait de l'introduction d'un droit de veto par un vote des délibérations à double majorité, c'est à dire de l'exigence d'une majorité interne à chacune de nos deux composantes nationales.

Le quatrième écueil est celui de la vassalisation à l'oncle Sam, confirmée par la résolution adoptée unilatéralement la semaine dernière par le Bundestag, et qui rappelle l'atlantisme dont s'accommode si bien l'Europe d'aujourd'hui – une Europe qui a des velléités mais qui, à la fin, fait ce que Washington lui dit de faire, et s'interdit de faire quand elle n'a pas la permission. La soumission de l'Europe aux

États-Unis est déjà une réalité se manifestant sous diverses formes, des écrans de cinéma aux galeries d'art contemporain, de la servilité envers l'OTAN à l'extraterritorialité de diktats américains, du glyphosate qui tue à l'énergie carbonée qui condamne notre planète.

Le cinquième et dernier écueil, qui n'est pas le moindre, c'est le risque de voir notre assemblée, dans la continuité d'une Europe vouée aux marchés, être le porteur d'eau des intérêts égoïstes du néolibéralisme. Dans ce cas, dès sa naissance, elle continuera à écrire la chronique d'une mort annoncée !

Car, il nous faut être lucides, l'Europe actuelle, comme l'écrit fort justement Régis Debray dans son dernier ouvrage, « délestée de son aura, (...) réduite à ses astreintes budgétaires, ne fait plus soupirer mais grincer. Les chiffres ont pris les commandes, le livre des comptes devient le Livre saint, et l'expert-comptable, un haut dignitaire ».

Aussi, en participant activement à cette assemblée, le groupe de la Gauche démocrate et républicaine et ses députés communistes portent-ils une exigence : celle d'une Europe sociale qui serait consacrée par un véritable traité social européen, porteur de valeurs et de normes protectrices de nos travailleurs et de la planète, socle d'une Europe solidaire et protectrice de l'environnement, qui doit pour cela être libérée de la tutelle prédatrice des marchés financiers, des dogmes du libéralisme et de l'austérité budgétaire.

À défaut, nous en serons réduits à improviser une nouvelle scène de la commedia dell'arte européenne, où les déclamations d'un Pantalon couvriront les paroles d'Érasme et continueront à écraser les voix des peuples. (Applaudissements.)

M. le Président Wolfgang Schäuble. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à Mme Franziska Brantner, pour le groupe Bündnis 90/Die Grünen.

Mme Franziska Brantner. (Interprétation de l'allemand.) Messieurs les Présidents, mes chers collègues, c'est pour moi un grand plaisir que d'être avec vous, et je me réjouis que nous puissions débattre de manière vivante.

À l'automne 2017, cette assemblée n'était encore qu'une idée, mais aujourd'hui nous sommes réunis et je tiens à en remercier tous nos collègues, ainsi que tous les membres de l'administration et, bien sûr, nos deux Présidents, qui ont rendu cette rencontre possible.

Comme l'a dit M. Boulanger, la tâche qui nous incombe est très vaste, et nous avons aujourd'hui le choix de nous affirmer ou non en tant qu'Européens. Nous pouvons laisser les Chinois – ou les Américains – nous imposer leurs choix en matière de numérique, ou nous pouvons essayer de concevoir les choses à notre façon, au niveau européen. Nous pouvons mener notre politique étrangère en nous faisant annexer, ou en nous imposant. Nous pouvons laisser la crise climatique nous écraser, ou essayer de lutter ensemble contre ses conséquences. Comme vous le voyez, sur tous ces sujets nous disposons de plusieurs options.

On peut s'engager davantage pour une Europe plus sociale et une justice fiscale, dans laquelle tout le monde paye sa juste part d'impôt, ou choisir de ne pas agir – au détriment de nos démocraties nationales.

Nous n'avons plus beaucoup de temps – en tout état de cause, nous ne disposons certainement plus de dix ou vingt ans pour nous engager sur de grands compromis qui mettront vingt ans à se conclure. Il nous faut agir maintenant, et j'espère que cette assemblée va être l'un des lieux dans lesquels on pourra appuyer davantage sur l'accélérateur, en nous intéressant en priorité aux sujets sur lesquels portent les attentes de nos concitoyens et en évoquant directement les options qui se présentent à nous. Les petits débats entre les différents ministères – notamment du côté allemand, où le système fédéral ne simplifie pas les choses – freinent parfois nos avancées. Nous devons relever ensemble les grands défis, et nous n'y parviendrons pas en voulant le faire entre Français ou entre Allemands : c'est ensemble que nous devons aborder ces problèmes sur lesquels la France et l'Allemagne ne peuvent pas avancer seuls.

J'en donnerai deux ou trois exemples. Pour ce qui est de l'Union économique et monétaire, les propositions d'Emmanuel Macron ont immédiatement été mises de côté, marquées de l'étiquette « union de transferts et de redistribution ». Ce n'est pourtant pas comme si la France ne faisait pas partie de ceux qui payent, et la règle à calcul de la ménagère souabe n'est pas forcément le point de repère le plus efficace pour l'ensemble des problèmes que nous devons résoudre...

En matière de politique de sécurité, de défense et d'armement, nous devons également faire avancer l'Europe, sans nous contenter de raisonner d'un point de vue franco-allemand. Nous avons en Europe une position commune depuis très longtemps sur ces questions, et nous ne devons donc pas régresser au niveau binational : tous ensemble, nous devons conforter une position européenne – ce ne sera pas un compromis « vert », mais un compromis trouvé entre l'Allemagne et la France. Il en est de même en matière d'intelligence artificielle, question sur laquelle on continue de réfléchir en Allemagne en envisageant une stratégie nationale, alors qu'il faudrait plutôt réfléchir au niveau franco-allemand, voire au niveau européen. En effet, nous n'avons plus le temps de définir d'abord une position au niveau national : dès le départ, les dossiers doivent faire l'objet d'un examen conjoint.

Pour conclure, j'évoquerai la région frontalière, pour laquelle cette assemblée a un rôle particulier à jouer, ce qui est en grande partie lié à la transposition du droit européen. Je pense notamment à la nouvelle directive sur le détachement de travailleurs, qui apporte des améliorations juridiques, mais dont la transposition devant assurer sa mise en œuvre est tellement absurde que le déplacement d'un fonctionnaire allemand outre-Rhin appelle davantage de formalités – je pense au formulaire A1, d'une complexité incommensurable – que l'arrivée d'un fonctionnaire américain ! Nous ne pouvons continuer ainsi : il faut simplifier les choses. Certes, ce n'était pas l'esprit de la directive, mais force est de reconnaître que, dans les faits, les choses sont très compliquées. Nous devons reprendre les sujets régionaux et les porter à l'attention de notre assemblée franco-allemande afin d'identifier les points de blocage et, je l'espère, d'être en mesure de contribuer très concrètement, grâce au Fonds citoyen commun, à ce que nos concitoyens s'engagent pour la France, l'Allemagne et l'Europe.

J'ai trouvé très encourageant de voir, avant-hier, un demi-million de Britanniques descendre dans les rues pour l'Europe, en disant : « Le chaos provoqué par nos dirigeants n'est plus acceptable » tandis que, dans le même temps, la pétition anti-Brexit dépassait les cinq millions de signatures. Cet engagement des citoyens britanniques mérite d'être souligné. (Applaudissements.)

Il ne faut pas attendre d'être plongés dans la pagaille la plus totale pour décider de nous engager. Nous avons la possibilité de faire avancer ensemble l'Europe dès maintenant, et c'est notre responsabilité commune. Nous siégeons aujourd'hui en étant séparés – les Allemands d'un côté, les Français de l'autre –, et j'espère que la prochaine fois nous serons placés par groupes sans distinction de nationalité, ce qui permettra de rendre le débat un peu plus bariolé ! (Applaudissements.)

M. le Président Richard Ferrand. La parole est à M. Jean-Michel Clément, pour le groupe Libertés et Territoires.

M. Jean-Michel Clément. Messieurs les Présidents, chers collègues parlementaires allemands et français, il y a soixante-deux ans aujourd'hui étaient signés à Rome deux traités majeurs pour notre avenir commun.

Les six pays fondateurs de la communauté économique européenne, dont l'Allemagne et la France, ne signaient pas alors qu'un simple accord de coopération économique. En décidant de créer un marché commun, et de procéder au rapprochement progressif des politiques économiques des États membres, on ouvrait en réalité les pages d'un livre nouveau, celui de la paix durable en Europe.

En faisant en sorte que des peuples, qui par le passé s'étaient déchirés, puissent échanger entre eux des biens et des services, on faisait bien plus qu'ouvrir un marché. La poignée de mains, chargée de tous les symboles, entre le Président François Mitterrand et le chancelier Helmut Kohl, devait plus tard sceller définitivement l'amitié entre nos deux peuples.

Depuis, l'Europe a grandi. Nombreux sont les États qui l'ont rejointe, même si l'un d'entre eux s'apprête aujourd'hui à la quitter – et ce retrait résonne comme un échec dont il nous faudra vite tirer les conséquences.

Notre jeunesse, avec les programmes Erasmus et Leonardo, a pourtant fait sienne cette Europe, mais reconnaissons-le, l'idée européenne est en souffrance aujourd'hui. Le populisme et le nationalisme retrouvent partout des couleurs, y compris en Allemagne et en France. Pourquoi ?

Parce qu'on ne peut pas faire l'Europe en laissant simplement circuler les personnes, les biens, les services et les capitaux. En étant incapables de fixer des règles communes en matière sociale et fiscale, en ne remettant pas en cause ensemble les accords de Dublin pour aborder la question cruciale de l'immigration, en laissant prospérer des concurrences déloyales, l'Europe s'est progressivement enfoncée dans une crise morale, une crise identitaire même, à la veille de nouvelles échéances électorales essentielles pour son avenir.

En même temps que l'Europe se fragilise, se dessinent autour de nous des blocs de plus en plus puissants. Avec son expansion dans le cadre des « nouvelles routes de la soie », la Chine

s'apprête à accoster dans les ports italiens. L'Inde, deuxième population de la planète, avec sa maîtrise des nouvelles technologies, continue son avancée. La Russie, nostalgique de sa grandeur, tente de reconquérir des positions à l'Est. Enfin, n'oublions pas les États-Unis et leur protectionnisme qui dresse des murs, qu'ils soient douaniers ou érigés en honte.

Que nous manque-t-il aujourd'hui pour répondre à ces menaces et pour reconstruire un projet européen ? Il nous manque un vrai sentiment d'appartenance à une communauté de destins : il nous faut construire aujourd'hui une citoyenneté européenne, sans pour autant nous affranchir de nos identités nationales ou régionales.

Nous sommes en effet de ceux qui pensent que les identités de nos deux pays se confortent et s'enrichissent mutuellement. C'est pourquoi, au nom de mon groupe parlementaire, Libertés et Territoires, qui porte ces valeurs et tire sa force de sa singularité, je salue la signature du Traité d'Aix-la-Chapelle le 22 janvier dernier et celle, ce matin, de l'accord parlementaire paraphé par nos Présidents respectifs.

Parmi les quinze projets prioritaires pour la mise en œuvre de ce traité, je salue plus particulièrement le renforcement de la coopération bilatérale en matière d'énergie et de climat. La lutte contre le réchauffement climatique est un combat que nous devons mener ensemble – la jeunesse nous le rappelle en ce moment en défilant pacifiquement dans les rues de nos grandes villes européennes, et nous renvoie ainsi à nos responsabilités.

Nous devons aussi renforcer nos domaines d'expérience partagée. En matière spatiale et aéronautique, nous avons su démontrer que la richesse de nos collaborations scientifiques et technologiques conduisait au succès pour chacun. Nous devons étendre ces réussites à d'autres domaines en coopérant pour le bien commun de nos peuples, comme le traité nous y invite.

Cela dit, nous devons impérativement sortir des seules logiques de compétition et de concurrence, qui sont contraires à une véritable coopération et à l'épanouissement de nos concitoyens. Nous devons pour cela impulser un souffle nouveau, un souffle qui ne soit pas que celui du seul marché, mais un souffle où les peuples se retrouveraient derrière une ambition commune, celle du vivre ensemble, pour que naisse une citoyenneté européenne qui manque cruellement aujourd'hui.

Selon nous, la création d'une Assemblée parlementaire franco-allemande doit aller au-delà de la simple application des traités. Elle doit s'emparer de cette ambition et rappeler à nos exécutifs respectifs que de nouvelles approches du monde sont nécessaires pour faire face aux changements qui se dessinent, qu'ils touchent au climat et à son dérèglement, aux phénomènes migratoires qu'il nous faudra aborder sans se mentir, à la révolution numérique et à ses conséquences sur l'emploi, ou encore à la préservation des ressources.

L'étendue des chantiers est immense et notre détermination doit être à la hauteur de cette immensité.

Puissent nos travaux traduire cette volonté et la partager. (Applaudissements.)

M. le Président Richard Ferrand. Mes chers collègues, Mme Obono, qui devait s'exprimer au nom du groupe La France insoumise, m'a prié d'excuser son absence.

Je retiens de cette première matinée que l'on sent la capacité collective à développer des débats riches, denses et vifs. Nous en avons déjà eu un aperçu, ce qui nous laisse espérer des travaux extrêmement féconds.

La première partie de notre séance constitutive est terminée.

Je vais donc vous inviter à rejoindre l'Hôtel de Lassay pour notre déjeuner.

La séance reprendra à quinze heures dans cette même salle, avec les déclarations de Mme Nathalie Loiseau, ministre chargée des affaires européennes, et son homologue allemand, M. Michael Roth, qui seront suivies de deux séquences de questions.

Avant de suspendre la séance, je forme le vœu que nous soyons tous parfaitement bilingues à la fin de la mandature. Ich möchte also den Wunsch aussprechen, dass wir am Ende der Legislaturperiode, alle zweisprachig sind. (Applaudissements.)

La séance est suspendue à 12 h 10.

ASSEMBLÉE PARLEMENTAIRE FRANCO-ALLEMANDE

Lundi 25 mars 2019

Présidence de Mme Sabine Thillaye et de M. Andreas Jung, présidents du Bureau

La séance est reprise à 15 h 10.

II. Déclarations de Mme Nathalie Loiseau, ministre auprès du ministre de l'Europe et des affaires étrangères, chargée des affaires européennes, et de M. Michael Roth, ministre adjoint chargé des affaires européennes auprès du ministère des affaires étrangères, chargé de la coopération franco-allemande, suivies de questions-réponses.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. Mes chers collègues, je vous souhaite la bienvenue pour cette deuxième partie de la séance constitutive de l'Assemblée franco-allemande.

Nous entendrons d'abord Mme Nathalie Loiseau et M. Michael Roth, ministres français et allemand chargés des affaires européennes, pour des déclarations liminaires de cinq minutes chacun, puis vous pourrez leur adresser vos questions.

Nous commencerons par un premier tour de quatorze questions, qui permettra à chaque groupe d'intervenir pendant deux minutes, au maximum. Nous alternerons entre orateurs de l'Assemblée nationale et du Bundestag en suivant l'ordre décroissant des effectifs des groupes. Les deux ministres auront ensuite dix minutes, chacun, pour faire des réponses groupées.

Suivra une seconde série de quatorze questions, attribuées aux groupes politiques en proportion de leurs effectifs. La durée de chaque intervention sera alors limitée à une minute et trente secondes. À l'issue de ce second tour de questions, M. Michael Roth et Mme Nathalie Loiseau auront à nouveau dix minutes, chacun, pour répondre.

M. Andreas Jung et moi-même concluons alors cette journée.

La parole est à madame la ministre.

Mme Nathalie Loiseau, ministre auprès du ministre de l'Europe et des affaires étrangères, chargée des affaires européennes. Nous sommes tous, ici, des héritiers. Tous ici, nous portons l'héritage de ceux qui, avant nous, ont fait le choix de la réconciliation franco-allemande, qui ont bâti entre nos deux pays les liens solides qui nous permettent de penser notre présent et notre avenir sans crainte de nouvelles tensions entre nos deux pays.

Tous ici, nous sommes des débiteurs. Nous sommes les débiteurs de Charles de Gaulle, de Konrad Adenauer, mais aussi de Robert Schuman, de Jean Monnet ou de Walter Hallstein. J'ai voulu citer leurs noms, ici, avec respect et reconnaissance, à un moment où certains se croient autorisés à salir leur mémoire. En bâtissant l'Europe sur la réconciliation franco-allemande, ils ont voulu barrer la route au retour de la barbarie, à la résurgence des nationalismes et des haines. Ils ont voulu rendre l'impensable impossible. Aujourd'hui, parce que nous sommes leurs débiteurs, nous ne devons pas les décevoir.

Nous ne devons pas être les rentiers de l'amitié franco-allemande. Ce que la génération précédente a bâti n'est pas acquis pour toujours. La construction franco-allemande demande chaque jour l'engagement de tous, et elle doit se renouveler sans cesse. C'est pour cette raison que le Président de la République française et la Chancelière fédérale d'Allemagne ont voulu prolonger le Traité de l'Élysée par le Traité d'Aix-la-Chapelle. Et c'est pour cette raison, j'en suis certaine, que vous avez choisi de constituer cette Assemblée parlementaire franco-allemande, totalement inédite et innovante.

Laissez-moi vous dire combien je suis heureuse et fière de participer aujourd'hui à la première réunion de votre Assemblée. Ce moment comptera dans ma vie de ministre, dans une journée décidément particulière à beaucoup d'égards. (Applaudissements.)

Nos deux Gouvernements et nos deux Parlements ont souhaité, en parallèle et au même moment, donner un nouvel élan à la relation franco-allemande. Ils l'ont fait dans un même esprit, qui consiste à allier la force du symbole politique et la profondeur de la coopération au quotidien. Ils l'ont fait avec une même ambition : celle que la relation franco-allemande impulse, innerve, irrigue la construction européenne.

C'est peut-être l'occasion de revenir sur le Traité d'Aix-la-Chapelle devant vous, pour dire ce qu'il est, mais aussi ce qu'il n'est pas. Le moment viendra bientôt où il sera soumis à la ratification du Parlement français. Il y a dix mois, nous nous tenions déjà côte à côte, Michael Roth et moi, pour répondre aux questions du groupe de travail parlementaire sur la préparation de ce nouveau traité. Il y a quelques semaines je venais en audition, à l'invitation de la commission des affaires étrangères, comme chaque fois qu'elle a souhaité me convier, pour en détailler le contenu. Pour autant, beaucoup a été dit sur ce texte important et parfois, malheureusement, un peu n'importe quoi.

Le Traité d'Aix-la-Chapelle a un but : faire entrer les relations franco-allemandes dans le XXI^e siècle, passer de la réconciliation à la convergence et constituer un pilier solide de la construction européenne.

Pour cela, il faut des instruments. Le Traité d'Aix-la-Chapelle en abonde : un Conseil économique et financier pour renforcer la coordination de nos politiques publiques, un Conseil d'experts économiques pour suggérer la voie à suivre, une plateforme numérique audiovisuelle, un Fonds citoyen et un Forum pour l'avenir. Il faut des mécanismes, et le traité

en propose : un dialogue annuel sur l'Afrique, une approche commune en matière d'exportations d'armements, un rapprochement des cultures stratégiques et une clause de défense mutuelle en cas d'agression.

Tous ces points constituent des progrès, mais ils ne sont rien sans volonté politique et sans vision. Ne soyons pas les notaires craintifs de la relation franco-allemande – pas plus que nous ne pouvons être les gestionnaires immobiles du projet européen. L'Europe de la défense ne consiste pas à agir demain comme hier : il nous faut des capacités communes, une culture stratégique commune et une volonté commune. Le renforcement de la zone euro ne consiste pas à agir demain comme hier. Il nous faut tirer les leçons des crises du passé pour nous préparer à celles à venir. En cela, le moteur franco-allemand est indispensable et il doit tourner à plein régime. Le Traité d'Aix-la-Chapelle lui en donne les moyens. Je forme le souhait ardent que nos deux Gouvernements en fassent pleinement usage et qu'ils le considèrent non pas comme un point d'arrivée mais comme un point de départ.

Au-delà du symbole, et de l'impulsion européenne que doivent porter la France et l'Allemagne, le Traité d'Aix-la-Chapelle vise à transformer le quotidien de part et d'autre du Rhin pour nos compatriotes frontaliers. Il s'agit d'une nouveauté et d'une nécessité tant les populations visées – travailleurs, entreprises, associations sportives et culturelles, enseignants, personnels de santé, élus locaux et nationaux – nous le demandaient. Elles ont été entendues. Les collectivités territoriales concernées se verront confier des compétences et des ressources spécifiques. L'enseignement de la langue du voisin sera considérablement renforcé. Les transports et les interconnexions numériques seront améliorés pour accroître encore la circulation des biens, des services, des personnes mais aussi des idées et des cultures.

Voilà ce qu'est le Traité d'Aix-la-Chapelle. Permettez-moi un détour, hélas nécessaire, pour redire ce qu'il n'est pas, car ce beau symbole du renforcement de l'amitié entre la France et l'Allemagne a été entouré de désinformation et de mauvaise foi politicienne.

Non, ce traité ne prévoit pas un siège de membre permanent du Conseil de sécurité des Nations unies pour l'Union européenne. Laissez-moi rappeler, même si certains de nos amis allemands ont une opinion différente, que c'est juridiquement impossible et politiquement impensable. Cette année, ce sont cinq États européens qui siègent au Conseil de sécurité, dont la France, qui le préside au mois de mars, et l'Allemagne, qui nous succédera au mois d'avril. Pourquoi voudrions-nous diminuer le poids de l'Europe ? Pourquoi diable la France, dont l'engagement dans des opérations extérieures est aujourd'hui sans égal en Europe et qui sera demain le seul État membre de l'Union européenne doté d'une capacité de dissuasion nucléaire, renoncerait-elle à assumer pleinement ses responsabilités, dans son intérêt propre et dans celui de l'Europe, au Conseil de sécurité des Nations unies ? Le Traité d'Aix-la-Chapelle ne contient évidemment rien de tel. Il reprend l'engagement français de soutenir l'accès de l'Allemagne à un siège de membre permanent. Si tel est bien son désir, Berlin sait qu'il nous trouvera à ses côtés.

Le Traité d'Aix-la-Chapelle ne revient pas davantage sur le siège du Parlement européen. Vous savez que c'est un sujet qui me tient à cœur, pour un grand nombre de raisons. Je voudrais redire à nos amis allemands présents aujourd'hui ce qui est pour moi une conviction forte : le cœur de l'Europe des citoyens bat à Strasbourg et nulle part ailleurs. C'est à Strasbourg, auprès

de la Cour européenne des droits de l'Homme, qu'un Européen peut obtenir justice lorsque ses droits sont bafoués. C'est à Strasbourg, au Conseil de l'Europe, que l'égalité entre les femmes et les hommes, la lutte contre toutes les formes de discrimination et les fondements de la démocratie sont promus. C'est à Strasbourg, enfin, dans l'hémicycle du Parlement européen, qu'un dernier hommage a été rendu à la dépouille du chancelier Helmut Kohl. Sachons tous nous en souvenir.

Voilà ce qu'est, et ce que n'est pas, le Traité d'Aix-la-Chapelle. Laissez-moi également vous dire ma conviction, ici et aujourd'hui : ce traité ne vivra que par la volonté politique de ceux qui l'ont signé, je l'ai déjà dit, mais aussi par l'engagement de tous, à commencer par le Parlement français, le Parlement allemand et votre nouvelle Assemblée parlementaire franco-allemande.

Vous voir rassemblés aujourd'hui, députés français et allemands de tous les horizons politiques de nos deux pays, est pour moi un gage d'optimisme. Grâce à vous, avec vous, la relation franco-allemande sera conduite en tenant compte des aspirations de tous. Ensemble, les pouvoirs exécutifs et législatifs de nos deux pays pourront œuvrer, chacun à sa place et chacun dans son rôle, à renforcer nos liens. Dans nos démocraties, il revient au Parlement de contrôler l'action du Gouvernement. Cela vaut singulièrement pour le contrôle de la mise en œuvre du Traité d'Aix-la-Chapelle, mais aussi des conclusions des Conseils des ministres franco-allemands.

Soyez assurés que le Gouvernement est déterminé à poursuivre avec les députés, et tout spécialement avec les membres de l'Assemblée parlementaire franco-allemande, un dialogue approfondi.

J'attends aussi beaucoup de vous. L'engagement que nous prenons de transposer le droit européen dans nos droits nationaux respectifs de façon coordonnée repose sur votre action. Il nous arrivera peut-être encore de diverger, pour des raisons parfaitement légitimes car parfaitement démocratiques. Veillons en tout cas à ne pas creuser nos différences par simple paresse administrative – c'est déjà arrivé dans le passé. Nos entreprises et nos citoyens ne peuvent pas comprendre que nous ne nous engagions pas résolument, pour l'avenir, à contribuer chaque fois que c'est possible à un espace juridique commun.

Alors que l'issue du Brexit est plus incertaine que jamais, que les puissances extérieures à l'Union européenne paraissent vouloir parier sur ses divisions et que les forces nationalistes prônent le repli sur soi et travaillent au déclin de l'Europe, il serait facile de céder à l'inquiétude et au pessimisme. Le geste que vous accomplissez aujourd'hui dit tout le contraire. Votre Assemblée réunit des hommes et des femmes qui croient à la démocratie représentative et au rapprochement des peuples.

Je vous dis donc : merci et bravo. J'adresse tous mes vœux de longue vie à votre Assemblée et, à vous tous, je dis : bis bald – à bientôt ! (Applaudissements.)

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) Madame la ministre, merci beaucoup. Merci infiniment pour votre intervention, mais aussi pour notre coopération au cours des derniers mois lors de l'élaboration du traité d'Aix-la-Chapelle. Nous avons beaucoup apprécié cette coopération, et nous vous souhaitons bonne chance pour la suite. Nous avons prévu d'avoir des échanges, cet après-midi, avec les députés qui se sont engagés dans la

préparation de ce traité : il s'agit maintenant de s'engager dans sa mise en œuvre, et nous prenons aujourd'hui un bon départ. La parole est maintenant à votre homologue allemand.

M. Michael Roth, ministre adjoint chargé des affaires européennes auprès du ministère des affaires étrangères, chargé de la coopération franco-allemande. (Interprétation de l'allemand.) Chère Nathalie, pour moi aussi, c'est un moment tout à fait particulier. Je suis avant tout un parlementaire et je sais à quel point les parlementaires sont importants pour jeter des ponts, pour servir de catalyseur et pour jouer un rôle de promoteurs entre la France et l'Allemagne, au bénéfice de l'Europe. Je suis donc heureux que nous puissions échanger aujourd'hui, et peut-être aussi nous disputer un peu (Sourires).

Nathalie a été ma quatrième homologue française en quatre ans, et ce n'est pas la dernière. J'en suis désolé, d'un côté, parce que nous avons travaillé en étroite coopération et avec beaucoup de confiance dans bien des domaines, mais je suis également curieux de voir la suite. Au fond, ce n'est pas une affaire de personnes. Nous sommes tous tributaires d'un héritage que nous devons porter. Nous devons nous en montrer dignes.

Il y a beaucoup de choses que l'on pourrait rater : faire réussir l'Europe n'a rien d'une évidence. Cela dépend très largement de notre capacité, en France et en Allemagne, à nous atteler à la tâche d'une manière constructive. Ce n'est pas simple. C'est la raison pour laquelle nous avons besoin de collègues qui, comme vous, nous aident d'égal à égal à surmonter, parfois, certains préjugés. Je n'aurais pas imaginé que l'on se servirait à nouveau de certains stéréotypes que je croyais dépassés depuis longtemps. Il est donc d'autant plus important de s'engager dans ce travail commun.

Ce forum – ce serait ma recommandation et ma requête – doit s'appuyer sur le traité et sur l'accord qui vient d'être signé afin d'atteindre trois grands objectifs.

La coopération transfrontalière, tout d'abord, doit permettre de rejeter encore plus clairement qu'aujourd'hui le nationalisme et le populisme, en démontrant à quel point il est formidable de pouvoir surmonter les frontières et parvenir à plus d'intégration et de compréhension au quotidien. La coopération transfrontalière en matière d'éducation, de qualification, de santé, mais aussi de sécurité a beaucoup à offrir. Je voudrais que l'on rende les choses encore moins bureaucratiques et encore plus faciles.

Un deuxième sujet important, que je considère aussi comme une priorité pour nos travaux communs, est d'aborder ensemble les grandes questions de l'avenir – le numérique, la lutte contre le changement climatique et la cohésion sociale. Dans des sociétés de plus en plus diverses, comment pouvons-nous travailler ensemble à la sécurité de l'Europe ? Il y a bien des questions qui peuvent faire l'objet de différends. Les questions d'armement sont ainsi un sujet beaucoup plus sensible en Allemagne, où elles sont traitées très différemment. Mais il est d'autant plus important que nous soyons disposés à nous écouter et peut-être à aboutir à des compromis. Dans le domaine de la lutte contre le changement climatique, nous avons de part et d'autre des tâches importantes à réaliser. Nous sommes des pays industrialisés, dotés d'une économie solide et d'un État social fort. Nous pouvons contredire Donald Trump lorsqu'il affirme que la protection du climat tue l'emploi. Globalement, la lutte contre le changement climatique nous renforce au contraire.

Un autre point sur lequel je suis très intéressé par un travail particulièrement étroit entre nous est la transposition des directives. Nous savons tous combien il est difficile d'avancer dans ce domaine, mais je continue à rêver, pour ma part, du moment où nous nous serons à ce point rapprochés sur le plan économique et social que nous parviendrons, dans le cadre de la transposition des directives, à une grande synthèse qui facilite la coopération dans la vie quotidienne de nos concitoyens et atténue encore davantage les frontières. Tout cela peut donner du courage et constituer un modèle sur le plan européen. Beaucoup de gens nous regardent et attendent de nous que nous parvenions à réaliser, à travers davantage d'intégration et de coopération, des choses qui sont tout sauf une évidence pour le reste de l'Europe.

Merci beaucoup de votre disponibilité pour assumer ces responsabilités et échanger avec nous aujourd'hui – je m'en réjouis d'avance.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. Merci beaucoup pour ces interventions. Il est important pour nous de voir que nos Gouvernements sont aussi derrière cette initiative. Nous avons besoin de travailler main dans la main, et il est essentiel que nous ayons les informations nécessaires pour la conduite de nos travaux. Je vous lance donc un appel : il faut s'assurer que notre Assemblée aura tout ce qu'il lui faut pour bien travailler.

Nous prenons maintenant une première série de questions.

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Reinhard Brandl, pour le groupe CDU/CSU.

M. Reinhard Brandl. (Interprétation de l'allemand.) Je me suis rendu à Djibouti il y a quinze jours. J'y ai rendu visite aux soldats allemands et français, et j'ai rencontré des médecins allemands qui travaillent dans un hôpital français pour la Bundeswehr et les forces armées françaises. À l'aéroport, on nous a indiqué une direction en nous disant que la Chine était en train d'édifier là-bas un nouveau point d'appui pour 10 000 soldats.

Si nous voulons être présents et jouer un rôle dans des régions telles que l'Afrique, nous ne pouvons le faire qu'ensemble, Français, Allemands et Européens. Un pays seul est trop petit pour relever les défis et faire face à un concurrent comme la Chine. Sur le plan de la sécurité et de la défense, la Bundeswehr et les forces armées françaises réussissent beaucoup plus à avancer en travaillant la main dans la main que nous n'y arrivons au plan politique. Notre objectif, au sein du groupe CDU/CSU de la commission de la défense du Bundestag, est de renforcer la coopération avec la France dans ce domaine.

Il y a deux grands projets qui ont été lancés, d'une part le Future Combat Air System, l'avion de combat du futur, et d'autre part le char de combat du futur. La question que je voudrais adresser à Mme Loiseau est de savoir ce qu'elle attend de l'Allemagne en ce qui concerne ces projets, en particulier sur le plan des exportations et des règles en la matière. M. Roth en a déjà un peu parlé dans son intervention.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à M. Bruno Studer, pour le groupe La République en Marche.

M. Bruno Studer. J'associe à ma question mon homologue du Bundestag, Katrin Budde.

Un vote capital aura lieu demain pour le droit de nos auteurs à être reconnus et protégés partout en Europe. C'est un chantier où nous avons pu avancer ensemble, heureusement. Il y en a d'autres où nous l'avons fait séparément. Nous avons, en effet, hérité d'un cadre juridique hors d'âge, qui est la directive « e-commerce » de 2000 – ni YouTube, ni Facebook ni Twitter n'existaient à cette époque. Cette directive a établi un régime de responsabilité qui se traduit finalement par une irresponsabilité pour les plateformes numériques. Nous avons légiféré séparément, je l'ai dit. Du côté allemand, la loi « NetzDG » a été adoptée en 2017 afin de lutter contre les contenus haineux, puis j'ai moi-même été rapporteur d'une loi contre la manipulation de l'information en 2018. Par ailleurs, une proposition de loi de notre collègue Laetitia Avia, qui vise à lutter contre les contenus haineux, va arriver au Parlement français à la fin du printemps.

Ma question est assez simple : quelle position défendrez-vous lorsqu'il s'agira de réviser la directive e-commerce de 2000 ? Le sujet fondamental est celui de la responsabilité de ces entreprises dont les intérêts sont privés et qui ont profité de leur développement fulgurant pour fuir leurs responsabilités dans nos démocraties.

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Nils Schmid, pour le groupe SPD.

M. Nils Schmid. (Interprétation de l'allemand.) À l'ouverture des travaux de cette Assemblée, je crois que nous devrions éviter les faux débats. L'Allemagne ne demande pas la remise en question du siège strasbourgeois du Parlement européen, et pas davantage la construction d'un porte-avions franco-allemand. Nous avons déjà assez de pain sur la planche pour les prochaines années, notamment en ce qui concerne la coopération franco-allemande dans le domaine de la défense, où nous souhaitons établir des règles communes dans le cadre du nouveau système d'avions de combat et du nouveau système de blindés. J'aimerais savoir comment les ministres envisagent de s'appuyer sur le traité d'Aix-la-Chapelle pour travailler sur ces sujets.

De manière générale, comment peut-on renforcer la souveraineté européenne ? Ce n'est pas seulement de coopération militaire qu'il s'agit. On doit faire attention à ne pas donner l'impression, avec ce traité, que la France et l'Allemagne veulent développer les ventes d'armement. La question de la souveraineté européenne va plus loin : elle concerne aussi la réforme de la zone d'euro, l'assurance chômage et l'Union bancaire. Nous avons aussi besoin d'avancer rapidement dans ces domaines.

Quand on parle de politique étrangère, la question de la prévention des crises se pose particulièrement. Il y a un accord au niveau européen sur la nécessité de mettre en place un centre de prévention des crises : j'aimerais savoir ce qu'en pensent les deux ministres et quelles peuvent être les contributions de la France et de l'Allemagne sur ce point. Il existe un très bel exemple de coopération franco-allemande en matière de gestion et de prévention des crises avec l'opération au Mali. Quel regard portez-vous sur ce point ? Quel est aussi votre regard sur l'Algérie, où la prévention de crise pourrait être d'actualité dans les prochains mois ?

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à Mme Constance Le Grip, pour le groupe Les Républicains.

Mme Constance Le Grip. En tant que députée du groupe Les Républicains, je voudrais dire à mon tour, comme l'a fait ce matin Patrick Hetzel, qui représente mon groupe au sein du Bureau, que nous mesurons pleinement l'importance de l'installation de cette première Assemblée parlementaire franco-allemande et que nous sommes tout à fait décidés à lui apporter toute notre énergie et toute notre contribution.

L'Europe est arrivée à une heure de vérité : elle se trouve à un tournant de son histoire. Nous avons vraiment besoin d'échanger sur les nombreuses menaces et les nombreux défis que nous avons à affronter, sur le plan extérieur comme intérieur. Le doute, parfois existentiel, que traversent certaines opinions publiques en Europe et le Brexit, dont l'issue est toujours incertaine à l'heure actuelle, sont des symptômes particulièrement préoccupants et aigus du moment très difficile que nous vivons.

Les grands discours et les tribunes un peu solitaires ne suffisent pas toujours, tant s'en faut, à décréter la renaissance du projet européen. Nous pensons, au groupe Les Républicains, que c'est la conjugaison de la décision et de l'action au plan communautaire, d'une part, et de la volonté et de la coopération des nations de l'Union européenne, d'autre part, qui nous permettra d'avancer ensemble, et non une centralisation technocratique ou un centralisme européen.

Parmi les nombreux défis à relever, il y a notamment la lutte contre le dumping fiscal et en faveur d'une meilleure convergence fiscale en Europe, ce qui impliquerait de prendre du côté français un certain nombre de décisions courageuses. Il y a aussi la question de la lutte contre le dumping social, dont les effets délétères se font cruellement sentir sur l'esprit européen. Nous avons lu avec attention la récente contribution de la Présidente fédérale de la CDU en ce qui concerne le bouclier social. Nous savons bien que le Gouvernement allemand est le fruit d'une coalition, et que vous n'appartenez pas, monsieur le ministre, à la CDU, mais nous aimerions savoir quelle est la position commune et officielle du Gouvernement allemand sur le bouclier social. Nous avons vu les différentes positions qui ont été prises par les Présidents des grands partis composant la coalition. Je vous remercie pour les précisions que vous pourrez nous apporter sur ce point.

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Berengar Elsner von Gronow, pour le groupe AfD.

M. Berengar Elsner von Gronow. (Interprétation de l'allemand.) Permettez-moi d'indiquer, tout d'abord, que je fais partie des « méchants nationalistes et populistes ». Comme beaucoup de gens dans mon parti, je suis allemand, naturellement, et je suis donc né européen – il ne pourrait pas en être autrement. Nous souhaitons des relations plus justes et plus équilibrées entre pays européens et entre voisins. Discréditer ceux qui s'opposent au développement de l'Union européenne en les présentant comme des ennemis de l'Europe est une ruse politique qui n'est pas à la hauteur des enjeux. L'Europe ne peut réussir que si nous travaillons ensemble à faire en sorte que notre coopération soit organisée à l'avantage de tous, et non pas seulement de certains.

En tant que membre de la commission de la défense du Bundestag, j'aimerais vous poser la question suivante. Dans le contexte des négociations actuelles en Allemagne, qui vont vraisemblablement déboucher sur une réduction supplémentaire de notre budget de défense,

contrairement à ce que prévoient les accords conclus au sein de l'OTAN, comment voyez-vous la suite de la coopération franco-allemande ? Que pense la France d'une telle évolution du budget de la défense ? J'ajoute que l'on entend également parler d'une coopération qui verrait l'Allemagne se placer sous la protection du parapluie nucléaire français.

Je préside le groupe d'amitié entre l'Allemagne et les pays du Nord. Ces derniers craignent un peu une hégémonie franco-allemande sur l'Europe qui jouerait dans un sens unilatéral. De quelle manière envisagez-vous d'expliquer aux pays du Nord, de l'Est et aux petits pays de l'Europe que ce n'est pas un nouveau pôle de puissance qui se met en place à leur détriment ?

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à M. Sylvain Waserman, pour le groupe du Mouvement Démocrate et apparentés.

M. Sylvain Waserman. Il a été dit ce matin, à de nombreuses reprises, que cette journée est historique. Nous verrons à quel point c'est le cas dans les semaines, les mois et les années à venir.

Ma question porte sur les processus opérationnels qui vont entourer l'Assemblée parlementaire franco-allemande. Au plan interne, nous allons travailler sur notre règlement intérieur et sur la façon dont nous travaillerons ensemble. Il me semble qu'il y a un sujet majeur qui concerne la façon dont chacun d'entre nous fera l'interface avec nos exécutifs respectifs. Il y a aussi la transposition des directives : on pourrait, par défaut, les transposer de la même façon, au lieu de le faire chacun différemment, tout en gardant bien sûr sa liberté dans le domaine. En termes de procédures opérationnelles, cela nécessite que nous réfléchissions à la manière dont on peut s'organiser d'une façon très pragmatique.

Il en va de même pour des thèmes comme celui de la convergence à travers le code européen des affaires. Le Traité d'Aix-la-Chapelle évoque une zone harmonisée favorisant le développement économique et social. Il va falloir trouver la meilleure façon de travailler ensemble – les exécutifs et nous-mêmes – sur le plan opérationnel.

Ma question concerne donc ces processus opérationnels : quelle est, selon vous, la meilleure façon d'aboutir ? À mon sens, on pourra mesurer si notre action d'aujourd'hui est pleinement historique aux résultats concrets et pragmatiques que nous obtiendrons. Or ces résultats dépendront aussi de notre capacité à construire cet environnement de travail, ces processus opérationnels. Madame la ministre, monsieur le ministre, quelle est votre analyse sur le sujet ?

Madame la ministre, pourrez-vous nous garantir que la personne qui vous succédera sera pleinement sensibilisée à l'importance du fait franco-allemand ?

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à Mme Nicola Beer, pour le groupe FDP.

Mme Nicola Beer. (Interprétation de l'allemand.) Madame la ministre, monsieur le ministre, nous sommes à quelques semaines des élections européennes. Celles-ci seront décisives si nous réussissons, ensemble, à intéresser davantage nos concitoyens aux progrès de l'idée européenne, mais aussi à souligner le fait que l'amitié franco-allemande est un des moteurs de la construction européenne. L'ancien ministre allemand des affaires étrangères Klaus

Kinkel, qui nous a quittés bien trop tôt, a dit à très juste titre : « L'Europe ne grandit pas à partir de traités ; l'Europe grandit à partir du cœur de ses citoyens ou elle ne grandit pas. »

Je crois donc que nous vivons un moment historique. Les représentants de nos deux peuples, des citoyennes et des citoyens de France et d'Allemagne, se retrouvent pour mettre en œuvre une coopération, dans l'espoir de faire avancer la construction européenne tout en s'assurant qu'elle reste proche des peuples. M. Roth a parlé de construire des ponts et Mme Loiseau a évoqué un dialogue renforcé, ce dont je me réjouis. Ma question rejoint celle de mon collègue du MODEM : madame la ministre, monsieur le ministre, comment pensez-vous que nous puissions, en tant que parlementaires, donc en tant que représentants des citoyennes et des citoyens, contribuer à la conception des projets – je pense notamment à ceux qui figurent dans le Traité d'Aix-la-Chapelle –, être impliqués d'égal à égal avec vous dans leur développement, et non pas en être simplement informés ? C'est important pour maintenir le contact avec les populations, dont nous sommes les représentants.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à Mme Michèle Victory, pour le groupe Socialistes et apparentés.

Mme Michèle Victory. Madame la ministre, monsieur le ministre, nous sommes ici d'ardents défenseurs d'une autre Europe, plus prospère, plus souveraine, plus compétitive dans le paysage de la mondialisation et, surtout, capable d'offrir à ses citoyens plus de démocratie, de protection, de solidarité – bref, d'espoir et de renouveau citoyen.

Sur ce chemin ambitieux, la France et l'Allemagne, conscientes de la responsabilité commune que l'Histoire leur a confiée, et au fur et à mesure des traités qu'elles ont signés, ont affirmé leur désir sincère de nourrir l'amitié franco-allemande, de chercher à construire une Europe apaisée. Aussi, il est essentiel que notre engagement auprès de la jeunesse, de l'éducation et de la culture se traduise par des propositions d'actions concrètes et fortes. La jeunesse doit avoir une place majeure dans les travaux de cette future assemblée. La coopération sur ce point est décisive dans le renforcement d'une conscience commune et d'un sentiment d'appartenance européen.

Depuis 1963, l'Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ) a permis à plus de 9 millions de jeunes de participer à 320 000 programmes d'échange dans des secteurs comme la formation professionnelle, le sport ou la culture ; et malgré une dotation nominale qui n'a pas évolué, le pluralisme linguistique reste une idée attractive pour notre jeunesse.

La naissance d'Erasmus, en 1987, et son succès grandissant ne cessent de témoigner de l'engouement fort de notre jeunesse pour la découverte et la meilleure connaissance d'autres cultures.

En 1991, c'est la création de la chaîne Arte qui a renouvelé le regard sur nos deux pays. Depuis lors, cette chaîne a travaillé à rapprocher nos sociétés par la diffusion de programmes communs. Nous devons avancer plus concrètement et plus rapidement dans nos échanges concernant le rôle des médias et les nouveaux enjeux que représente l'incroyable explosion des réseaux numériques.

L'expérience politique que nous entamons aujourd'hui doit permettre d'insuffler une réelle dynamique et de parler aux citoyens que nous représentons. À cette fin, le groupe Socialistes

et apparentés souhaite vous soumettre l'idée d'une conférence franco-allemande régulière, qui permettrait d'échanger autour de toutes les grandes questions que se posent les mondes éducatif, culturel, syndical et associatif, ainsi que les médias. Madame la ministre, monsieur le ministre, êtes-vous favorables à la mise en place d'un tel dispositif au sein de notre Assemblée franco-allemande ?

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à Mme Sevim Dağdelen, pour le groupe Die Linke.

Mme Sevim Dağdelen. (Interprétation de l'allemand.) Comme l'a déjà dit ce matin mon collègue Fabio De Masi, nous avons déposé une motion. Nous sommes une assemblée parlementaire. Or le fait qu'une assemblée puisse voter une motion portant sur un sujet de fond fait aussi partie des traditions démocratiques. Nous devons décider de l'opportunité de délibérer sur ce texte. Nous avons transmis ce matin à dix heures au secrétariat franco-allemand une motion sur la paix, le désarmement et l'entente en Europe et demandé que son texte soit mis à la disposition de l'ensemble des parlementaires. Au nombre des traditions parlementaires, il y a celle en vertu de laquelle, tant qu'il n'existe pas de règlement intérieur, l'Assemblée peut tout à fait décider d'examiner les motions émanant de ses membres.

Par ailleurs, en Allemagne, nous considérons que nous avons besoin non pas de moins de contrôle sur les armes et les exportations d'armement, mais au contraire de plus de restrictions. Or les deux gouvernements envisagent davantage de projets d'armement communs. J'aimerais donc que les ministres nous disent quelles sont les priorités en matière de projets d'armement franco-allemands. S'accorderaient ils également à considérer que le projet d'un porte-avions franco-allemand ne relèverait pas de la défense du territoire ?

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à M. Antoine Herth, pour le groupe UDI, Agir et indépendants.

M. Antoine Herth. J'associe à ma question mes collègues Pascal Brindeau et Christophe Naegelen.

Comme je l'ai dit ce matin, la question du Brexit a été amplement débattue au sein du Bundestag la semaine dernière. C'est un sujet qui revient également de manière régulière à l'Assemblée nationale, lors des questions d'actualité mais aussi dans les travaux dans nos commissions, spécialement celle dont je fais partie, à savoir la commission des affaires économiques. Nous sommes particulièrement inquiets de ses conséquences concernant la pêche, ou encore le marché de la viande bovine.

Alors qu'un délai supplémentaire a été accordé à la Grande-Bretagne pour faire valoir l'article 50 du traité sur l'Union européenne, on commence, malheureusement, à entendre des voix discordantes au sein de l'Union européenne, alors que, jusqu'à présent, les vingt-sept États membres avaient fait preuve d'une unanimité qu'on pourrait presque qualifier de rare et de remarquable. Madame la ministre, monsieur le ministre, comment voyez-vous l'articulation des positions française et allemande sur cette question ? Dans la phase particulièrement sensible que nous abordons, quel impact ce délai supplémentaire va-t-il avoir sur les élections européennes du 26 mai prochain ? Par ailleurs, la France est sur le point de prendre un certain nombre de textes législatifs pour adapter sa législation à la situation résultant du Brexit.

J'imagine que l'Allemagne en fait autant. Peut-on imaginer une concertation sur ce travail législatif destiné à nous préparer aux conséquences du Brexit ?

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à Mme Franziska Brantner, pour le groupe Bündnis 90/Die Grünen.

Mme Franziska Brantner. (Interprétation de l'allemand.) Madame la ministre, monsieur le ministre, ma première question s'adresse à vous deux : seriez-vous d'accord pour que nous renforçons le rôle de cette assemblée parlementaire pour ce qui est d'accompagner les projets énumérés dans le Traité d'Aix-la-Chapelle ?

Madame Loiseau, vous avez évoqué l'apprentissage de la langue de l'autre, d'ailleurs inscrit dans le Traité d'Aix-la-Chapelle. Or le projet de loi pour une école de la confiance, en cours d'examen en France, conduirait de facto à la disparition des jardins d'enfants franco-allemands. Ma question, très concrète, est donc la suivante : que ferez-vous pour les remplacer ou pour compléter ce dispositif qui touche des milliers d'enfants et qui, jusqu'ici, fonctionnait ? Les parents concernés par le sujet nous ont contactés ; j'aurais aimé savoir ce que vous en pensez.

Monsieur Roth, dans le Traité d'Aix-la-Chapelle, nous avons également inscrit des mesures en faveur de la lutte contre le changement climatique, notamment au niveau européen. Ne pourrait-on pas développer un projet franco-allemand sur la base de la proposition française consistant à faire en sorte que 40 % du cadre financier pluriannuel de l'Union européenne soit rattaché à la lutte contre le changement climatique ? L'Allemagne, pour le moment, plaide pour 25 %. Ne pourrait-on pas défendre la position de la France sur ce point ? Ce serait un formidable projet franco-allemand, en faveur de l'Europe.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à M. André Chassaigne, pour le groupe de la Gauche démocrate et républicaine.

M. André Chassaigne. Madame la ministre, monsieur le ministre, ma question porte sur un document non rendu public qui aurait été annexé au Traité d'Aix-la-Chapelle. Elle concerne la coopération industrielle franco-allemande dans le domaine de la défense et porte sur les principes applicables aux transferts et aux exportations d'armes et d'explosifs de guerre.

Cet accord créerait, dans le domaine de l'armement, des règles spécifiques à la France et à l'Allemagne, à travers des mécanismes contraignants allant au-delà des engagements européens, notamment de la position commune 2008/994/PESC du Conseil du 8 décembre 2008 sur le contrôle des exportations et l'octroi de licences d'exportation. La France et l'Allemagne devraient désormais s'informer mutuellement de l'opportunité de vendre à des pays tiers des produits militaires issus de programmes menés en coopération et transmettre toutes les informations nécessaires à l'analyse de l'autre partie. Cette dernière pourrait ainsi s'opposer à une vente et exiger des consultations pour trouver des solutions appropriées. Ne craignez-vous pas que ces contraintes nouvelles, qui vont bien au-delà de la simple coopération structurée permanente, ne remettent en cause la souveraineté de chaque pays pour la vente d'équipements militaires ?

Par ailleurs, cette annexe au traité introduirait un autre élément : elle permettrait de faire transiter par la France des armes de guerre fabriquées par des industriels allemands et dont

l'exportation vers des pays en guerre est interdite en Allemagne – notamment l'Arabie Saoudite. Les industriels pourraient ainsi contourner l'interdiction et reprendre leurs livraisons avec une licence française. Est-il nécessaire de préciser que cet artifice serait une trahison du choix éthique fait par le peuple allemand s'agissant du commerce des armes de guerre ?

Madame la ministre, monsieur le ministre, confirmez-vous ces révélations de la Deutsche Tageszeitung ? Quelle est la part de vérité dans ces informations ? Existe-t-il un accord secret sur les ventes d'armes entre l'Allemagne et la France que le Parlement français et le Bundestag n'auraient pas à connaître ?

Je terminerai en disant que je m'associe à la demande de nos collègues de Die Linke tendant à ce que notre assemblée puisse voter sur une motion qui lui serait soumise.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à M. Jean-Michel Clément, pour le groupe Libertés et Territoires.

M. Jean-Michel Clément. Madame la ministre, monsieur le ministre, le traité sur la coopération et l'intégration franco-allemandes, que nos deux pays ont signé le 22 janvier dernier, a clairement identifié quinze projets prioritaires pour la mise en œuvre de celui-ci. Pour ma part, j'ai plus particulièrement insisté ce matin sur la nécessité de renforcer la coopération bilatérale en matière d'énergie et de climat, parce qu'il s'agit de rien de moins que d'assurer l'avenir de notre planète. La transition énergétique est aussi porteuse d'avenir pour nos économies respectives. Elle dessine, selon moi, et c'est encore plus essentiel, une autre vision de la société – une société plus économe, plus respectueuse des ressources ainsi que des hommes et des femmes.

Il est d'autres domaines pour lesquels j'aurais aimé trouver dans le traité des ambitions plus affirmées, notamment ceux de la culture, de l'accueil et de l'intégration. La culture, parce que je suis de ceux qui pensent qu'elle participe en permanence à une meilleure appréciation de nos différences, qu'elle en facilite la compréhension, nourrit la tolérance et, au final, construit la fraternité et la paix. L'accueil et l'intégration, parce que nous ne devons pas nous mentir en matière d'immigration : nous sommes entrés dans l'ère des mobilités – mobilité économique, mobilité de l'information, mobilité des hommes. Nous avons oublié que l'histoire n'est faite que de mobilités et de déplacements. Actuellement, ces mobilités se nomment « migrations ». Nous en connaissons les causes. Celles-ci sont multiples et changeantes, mais il en est certaines qui me paraissent devoir s'imposer à tous : ce sont les migrations climatiques. Je suis de ceux qui ont déploré que ce sujet n'ait pas figuré dans l'accord de Marrakech, tant il est certain que nous devons, un jour, collectivement, assumer nos excès.

Madame la ministre, monsieur le ministre, je veux lire dans le quinzième projet prioritaire, intitulé

« Création d'un "Forum pour l'avenir franco-allemand", sous la forme d'une plateforme de dialogue sur les processus de transformation dans nos sociétés », l'espoir que ces deux sujets seront à l'ordre du jour de nos travaux. Pouvez-vous me confirmer que ces deux questions essentielles font partie des priorités que la France et l'Allemagne entendent aussi assigner au dialogue franco-allemand qui s'ouvre aujourd'hui ?

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à madame la ministre.

Mme Nathalie Loiseau, ministre auprès du ministre de l'Europe et des affaires étrangères, chargée des affaires européennes. Je vais essayer à la fois d'aller vite et d'être précise – même si ce sont deux injonctions contradictoires –, pour préserver la possibilité d'une seconde série de questions, mais aussi, évidemment, pour permettre à mon collègue Michael Roth d'apporter lui aussi des réponses.

Plusieurs des questions ont porté sur la coopération franco-allemande en matière de défense, notamment d'armement et d'exportation de ces matériels. Je voudrais tout d'abord faire un constat : nous avons besoin d'une coopération, entre la France et l'Allemagne mais aussi, plus largement, au niveau européen, pour construire les matériels du futur. Si nous ne coopérons pas à plusieurs États, nous n'aurons pas d'autre choix que de continuer à acheter des matériels extra-européens, donc à ne pas renforcer notre autonomie en matière stratégique au sein de l'Union européenne. C'est la raison pour laquelle la France et l'Allemagne se sont accordées sur deux projets majeurs : l'avion de combat du futur et le char de combat du futur. Ce sont de gros programmes, qui vont suffire à notre peine pour les années et même les décennies à venir, mais qui nous assureront de pouvoir équiper nos propres forces de matériels européens. Telle est la priorité essentielle de ces programmes.

S'agissant des exportations d'armement, nous avons déjà des programmes en commun. Nous devons renforcer le dialogue entre la France et l'Allemagne en ce qui concerne les critères d'exportation des matériels produits en commun. Nous devons aller vers davantage de coordination, vers une capacité plus grande à nous accorder sur le type de matériels que nous exportons et sur le type de clients. Jusqu'à présent, nous le savons, il s'agit d'un sujet difficile, sur lequel il nous arrive d'avoir des conceptions différentes, même si, en France comme en Allemagne, les processus d'examen des autorisations d'exportation de matériels militaires et de produits sensibles sont extrêmement sérieux, rigoureux et contrôlés.

Il n'y a pas de document caché, monsieur Chassaigne. Voilà ce que je puis répondre de manière très directe à la question que vous avez posée. Il s'agit d'une rumeur de presse ; ces allégations ne reposent sur aucune réalité. Certes, nous avons besoin d'un dialogue renforcé entre Paris et Berlin pour travailler en parfaite harmonie en ce qui concerne l'exportation des matériels que nous allons fabriquer en commun – ce sera un progrès par rapport à la situation actuelle –, mais il n'y a pas d'annexe cachée au traité d'Aix-la-Chapelle. S'il devait y avoir un texte juridiquement contraignant, il serait naturellement soumis à la ratification des parlements.

Nous avons également été interrogés sur la responsabilité des plateformes. Pour résumer les choses de manière un peu rapide, cette question est d'une actualité particulière. Vous l'avez reliée à la révision de la directive relative au e-commerce ; je voudrais, quant à moi, la relier à une actualité encore plus immédiate, à savoir l'adoption du règlement décidant du retrait automatique et immédiat des contenus terroristes en ligne. De ce point de vue, nous avons fait au Conseil un travail utile, notamment grâce à l'Allemagne et au Royaume-Uni. Il revient maintenant au Parlement européen de le finaliser et de prendre ses responsabilités, à un moment où l'attentat de Christchurch nous a montré que l'autorégulation des plateformes n'existait pas, ou en tout cas ne suffisait pas, ne pouvait pas répondre à nos préoccupations.

La question des contenus haineux et de la manipulation des processus électoraux est également cruciale, et ce sont des domaines où l'Union européenne est le bon échelon pour agir. L'Union ne doit pas avoir peur de s'imposer face aux plateformes, car ce sont aujourd'hui

la loi de la jungle et le droit du plus fort qui priment dans le secteur du numérique. Nous ne porterons pas atteinte aux plateformes en les régulant ; au contraire, si nous ne les régulons pas, la confiance des utilisateurs, plus importante que tout, sera entamée.

S'agissant de la souveraineté et de la capacité de nos deux pays à prévenir les crises et à agir, je voudrais saluer la présence de l'Allemagne au Mali. On imagine trop souvent que rien n'a changé depuis vingt ans, et que seule la France est présente au Sahel. Pourtant, l'Allemagne y lutte contre le terrorisme, elle forme et soutient les actions nécessaires à la sécurité du continent européen.

Sur l'Algérie, pardon de vous contredire : nous voyons le pays se prendre en main depuis plusieurs semaines. Les autorités proposent une transition ; le peuple algérien s'exprime. Mais personne n'attend une intervention extérieure, aussi bienveillante soit-elle, pour régler les problèmes de l'Algérie à la place des Algériens. Nous ferions bien de nous souvenir de l'histoire de ce pays, et de le traiter comme un partenaire adulte parfaitement apte à décider de son destin, avec amitié, respect et attention. Le sort de l'Algérie et celui de l'Europe sont intimement liés. En aucun cas il ne faut s'imaginer prévenir ou gérer les tensions algériennes à la place des Algériens.

Il a été question du risque d'une hégémonie franco-allemande sur l'Europe. Ma conviction profonde, et je crois être en parfait accord avec mon homologue sur ce plan, est que nos partenaires attendent toujours que la France et l'Allemagne apportent une impulsion. Pour autant, ils veulent être entendus, respectés, et participer à la décision. La France et l'Allemagne sont aujourd'hui attentives à parler avec tous, à n'entretenir aucun clivage, aucune division artificielle du type Nord-Sud ou Est-Ouest, comme il en a existé trop souvent par le passé. Nos partenaires ne se plaignent du couple franco-allemand que lorsqu'il est en panne, car c'est alors que l'Europe n'avance pas !

Sylvain Waserman nous a interrogés sur la transposition des directives et l'harmonisation du droit des affaires. C'est précisément dans ce domaine que pouvoir exécutif et pouvoir législatif doivent marcher main dans la main, de part et d'autre du Rhin. Les gouvernements et les parlements des deux capitales doivent échanger en amont sur les projets de transposition afin d'assurer une harmonisation, lorsque c'est possible et politiquement souhaitable. Il convient toujours de regarder les raisons pour lesquelles on a sur-transposé dans le passé : était-ce un choix politique, qu'il faut alors assumer, ou était-ce dû à une routine administrative, qu'il faut combattre ensemble ? Les sur-transpositions sont souvent néfastes, mais elles s'expliquent toujours. Je demande aux parlements d'aider les gouvernements à faire ce travail. Soyons plus audacieux, tâchons de faciliter la vie de nos concitoyens et de nos entreprises, qui sont les premières à souffrir des différences de transposition.

Dans cette période de préparation des élections européennes, la réunion de votre assemblée est une belle réponse à ceux qui pensent que l'Union est engluée dans le Brexit ou qu'elle est bloquée par ses divisions. Vous montrez, toutes tendances politiques confondues, que le souhait de travailler ensemble est plus fort que les divergences. Votre rôle est de jeter des passerelles vers les citoyens et de co-construire la coopération franco-allemande. Emparez-vous de cet outil que vous avez créé ! Ne vous contentez pas de contrôler l'action des gouvernements, faites des propositions ! Je suis très favorable à ce que vous preniez toute votre place dans le Forum pour l'avenir. Ce n'est pas forcément un instrument que doivent

piloter les exécutifs ; il convient de l'ouvrir aux sociétés civiles, aux intellectuels, aux ONG, et vous êtes parfaitement dans votre rôle en écoutant leurs attentes et en en saisissant les gouvernements.

Vous proposez une conférence parlementaire franco-allemande sur le rôle des médias à l'heure du numérique, pourquoi pas ? Le traité d'Aix-la-Chapelle contient une proposition concrète, la création d'une plateforme numérique d'information qui permettrait de toucher de nouveaux publics, de faire mieux connaître l'identité culturelle de nos pays et de nourrir l'espace public européen de ces échanges franco-allemands.

Antoine Herth m'a interrogée sur l'attitude des Vingt-Sept dans cette période particulière et sur l'impact du Brexit sur les élections européennes. Le Conseil européen auquel j'ai assisté la semaine dernière a été une marque supplémentaire d'unité dans la crise du Brexit. En raison de leurs divisions et des désaccords politiques intérieurs, les Britanniques nous ont demandé plus de temps. La difficulté à trouver un compromis sur la voie à suivre est une réalité politique britannique. Il ne s'agit pas de critiquer la décision qui a été prise par le peuple, mais de la respecter et de donner du temps à nos amis d'outre-Manche pour choisir la manière dont ils sortiront de l'Union. Nous nous sommes mis d'accord sur un double calendrier : une prolongation jusqu'au 22 mai si l'accord de retrait est ratifié – ce que nous souhaitons vivement – et jusqu'au 12 avril si le choix est de ne pas ratifier l'accord et de lancer, peut-être, une nouvelle initiative. La séance a été longue, car nous avons tous à cœur de respecter au mieux la décision démocratique britannique, tout en maintenant l'unité et en défendant les intérêts des Européens.

En France, l'ensemble des ordonnances ont été adoptées en conseil des ministres ; les décrets d'application sont prêts. Naturellement, nos deux pays ont beaucoup échangé sur ces questions, mais nous ne procédons pas de la même manière car les systèmes institutionnels, les compétences et les processus parlementaires sont différents. Nous allons évidemment dans la même direction en matière de protection des citoyens. La France travaille à la mise en place de contrôles à la fois sérieux et fluides à l'entrée de l'Union européenne, dans l'intérêt de l'ensemble de nos partenaires.

Enfin, les questions sur les migrations et l'avenir de l'Europe ont toute leur place dans le Forum pour l'avenir, que vous pouvez souhaiter animer vous-même.

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à monsieur le ministre.

M. Michael Roth, ministre adjoint chargé des affaires européennes auprès du ministère des affaires étrangères, chargé de la coopération franco-allemande. (Interprétation de l'allemand.) Les questions qui portent sur vos propres compétences m'étonnent. Ayez confiance en vous ! Si vous me connaissez un tant soit peu, vous savez que je me perçois comme un serviteur du Parlement, et j'estime que si vous avez des exigences, notre devoir est de les mettre en œuvre.

Je vous propose que nous nous réunissions une fois par an afin d'évoquer la mise en œuvre du traité d'Aix-la-Chapelle. Actuellement, nous travaillons sur la mise en place du comité de coopération transfrontalière, la création du Forum pour l'avenir, à laquelle nous espérons que vous coopérerez étroitement, et le Fonds citoyen commun, qui ne pourra réussir que si le

Bundestag et l'Assemblée nationale mettent à disposition les fonds nécessaires. Nous souhaitons agir avec, et non contre vous, car vous êtes des partenaires essentiels. La force de cette assemblée dépend moins de la générosité des gouvernements que de votre engagement et de la confiance avec laquelle vous prendrez position.

Sans aller trop loin dans la provocation, je veux rappeler que le retrait de la zone euro a été évoqué au Bundestag la semaine dernière. Ce serait pour moi la destruction des bases de l'Europe. (Applaudissements.) On ne peut dire ici que nous sommes tous amis et tous Européens, et agir différemment dans la pratique parlementaire !

Je veux remercier Nathalie Loiseau d'avoir souligné que les critiques vis-à-vis de la coopération franco-allemande sont aussi anciennes que la coopération elle-même : si nous ne travaillons pas assez étroitement, on nous accuse de faire piétiner l'Union européenne ; si nous travaillons trop ensemble, cela irrite les différentes capitales !

Dans un monde de plus en plus complexe, il est essentiel de trouver au sein de l'Union européenne des partenaires avec qui agir sur un pied d'égalité. Les coopérations à l'échelle régionale sont nombreuses, elles peuvent être élargies : je pense au Triangle de Weimar, aux coopérations avec les États baltes et les États méditerranéens, au groupe de Visegrád. Ces formats ne sont pas dangereux. Bien au contraire, ils sont complémentaires, puisqu'ils contribuent à renforcer l'Europe et à l'unir. Nous avons besoin de nos amis et de nos partenaires. Nous devons jeter des ponts, impulser des actions.

Nous ne devons pas nous taire lorsqu'il s'agit de l'avenir de l'Europe. C'est pourquoi je suis reconnaissant envers le Président Macron d'avoir formulé des propositions. Celles-ci font la synthèse entre les besoins nationaux et la protection nécessaire contre les menaces de l'extérieur, comme le terrorisme. Celle-ci ne doit pas se faire au détriment de la protection sociale. Dans notre contrat de coalition, nous retrouvons des propositions progressistes, comme la protection sociale minimum et la bataille contre le dumping fiscal, sur lesquelles nous sommes parfaitement d'accord.

Le sujet du droit d'auteur est particulièrement sensible. Nous n'avons pas encore réussi à rassembler tous les intérêts sous un même chapeau. Nous devons mener un débat sans préjugés et sans émotion sur les règles et les codes de conduite du numérique afin de protéger les créateurs. La France s'engage beaucoup dans ce domaine, et à juste titre.

S'agissant de la lutte contre le changement climatique, je me suis rallié lors du dernier Conseil européen aux positions françaises, demandant qu'au moins 25 % des dépenses européennes contribuent aux objectifs climatiques – elles devraient même atteindre 40 % dans le secteur agricole. Nous devons maintenant trouver un consensus européen. Ce dernier dépend des fonds que nous souhaitons consacrer à la politique agricole, à la cohésion et à la mobilité. Nous devons trouver un équilibre pour répondre à cette préoccupation que partagent la France et l'Allemagne, une proposition qui soit à la hauteur de ces objectifs.

J'ai une autre vision du Brexit. Le seul phénomène positif notable, c'est que tous les États membres qui souhaitent rester ont fait front commun. Nous sommes arrivés au bout de notre patience, nous avons contribué à un compromis pour le Royaume-Uni. Un report du délai ne pourra se faire qu'à condition que les Britanniques participent aux élections européennes. Nous ne voulons sanctionner personne mais nous devons dire clairement qu'il n'est pas

possible de ne garder que ce qui nous plaît et laisser de côté ce qui nous dérange. Ce n'est pas ainsi que cela fonctionne ! Nous sommes pour un contrat de divorce sur un pied d'égalité et pour clarifier la relation entre le Royaume-Uni et l'Europe des Vingt-Sept.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. Je vous remercie d'appeler cette assemblée parlementaire à s'affirmer, à être force de proposition, ce qui est notre souhait à tous.

Nous en venons à la seconde série de questions. La parole est à M. Éric Girardin pour le groupe La République en marche.

M. Éric Girardin. Ce 25 mars 2019 restera gravé dans nos mémoires comme le jour où des parlements nationaux se sont unis pour la première fois afin de constituer une assemblée commune et transpartisane, un miroir du Bundestag allemand et de l'Assemblée nationale française. De la fondation de l'Europe, Jean Monnet disait : « Nous ne coalisons pas des États, nous unissons des hommes. » Aujourd'hui, nous unissons nos assemblées.

Naturellement, je pense aux grandes figures qui ont incarné le couple franco-allemand : le général de Gaulle et le chancelier Konrad Adenauer, dont nous nous rappelons tous l'étreinte emplie d'émotion lors de la signature du traité de l'Élysée ; Helmut Kohl et François Mitterrand, immortalisés main dans la main, scellant l'amitié de nos deux nations en septembre 1984 à Douaumont. Il nous reste à continuer le travail ambitieux de nos prédécesseurs pour faire vivre un duo franco-allemand fort, uni, sûr de sa force et de son avenir, pour l'Europe.

Nos points d'accord sont nombreux, notamment sur l'attitude qu'il convient d'adopter face aux grands acteurs du numérique, sur la convergence fiscale et sociale, sur la directive sur les travailleurs détachés, sur les flux migratoires.

À la veille d'élections importantes, nous devons nous unir à travers un projet commun, teinté de sentiments européens. Les citoyens français et allemands demandent les mêmes choses : plus de justice sociale, plus d'équité et davantage de démocratie. Nos deux assemblées travailleront donc désormais main dans la main.

Si je partage l'enthousiasme de tous sur la capacité de l'Allemagne et de la France à travailler ensemble, je veux pointer le scepticisme qui se fait jour dans notre pays et en Europe, lié notamment à la persistance des déséquilibres économiques et sociaux. Comment faire en sorte que ce scepticisme s'efface devant l'espoir, élément essentiel de la reconstruction européenne ? Surtout, comment élaborer un nouveau sentiment de patriotisme européen sur notre continent ?

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à Mme Ursula Groden-Kranich, pour le groupe CDU/CSU.

Mme Ursula Groden-Kranich. (Interprétation de l'allemand.) Monsieur le ministre, vous avez dit que nous devons nous affirmer en tant que parlementaires. Permettez-moi tout de même de vous dire que, sur le Fonds citoyen, qui est le support qui permet aux parlements d'honorer leurs engagements, nous aimerions avoir le soutien de nos gouvernements. Quelle organisation faut-il prévoir, sachant que l'accès au Fonds citoyen sera différent dans l'État fédéral qu'est l'Allemagne et dans l'État décentralisé qu'est la France ?

Par ailleurs, comment pouvons-nous venir en aide aux jeunes, actuellement confrontés au chômage ? Que faire pour que la formation professionnelle bénéficie de la même reconnaissance en France qu'en Allemagne ?

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à M. Michel Herbillon, pour le groupe Les Républicains.

M. Michel Herbillon. Cette première réunion de l'Assemblée parlementaire franco-allemande est, à l'évidence, un événement émouvant et un symbole. Elle fait écho à la réunion des députés du Bundestag et de l'Assemblée nationale à Versailles en 2003, pour le quarantième anniversaire du traité de l'Élysée, et à Berlin en 2013, pour le cinquantenaire.

Demain, pour la première fois, se tiendra une réunion commune de la Chancelière Angela Merkel, du Président de la Commission Jean-Claude Juncker et du Président de la République, Emmanuel Macron, qui rencontreront le Président Xi Jinping. Face à la stratégie de la Chine, illustrée par les nouvelles routes de la soie, il est important que l'Europe établisse un partenariat équilibré avec la Chine. Les Européens doivent adopter une position commune face aux ambitions des Chinois, car ceux-ci privilégient les relations bilatérales et jouent des divisions dans le continent pour avancer leurs pions. Il est essentiel que l'Europe soit davantage maîtresse de son propre destin, qu'elle se montre plus unie et qu'elle raisonne de façon plus stratégique et plus globale. Le temps de la naïveté européenne est révolu.

Monsieur le ministre, quelles demandes communes la France et l'Allemagne présenteront-elles au Président chinois ? Au-delà des vœux pieux et des incantations, qu'attendez-vous concrètement de cette réunion ?

En dehors de mon temps de parole, je voudrais saluer de façon républicaine Mme la ministre Loiseau. Sans être le premier informé de La République en marche, je crois savoir qu'il s'agit de son chant du cygne en tant que ministre... L'amateur d'opéra que je suis ne peut faire que le lien avec Wagner et les châteaux de Louis II de Bavière. La culture, c'est aussi l'Europe !

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à Mme Kirsten Lühmann, pour le groupe SPD.

Mme Kirsten Lühmann. (Interprétation de l'allemand.) Évoquer, dans ce nouveau cadre et en ce lieu, la lutte contre le changement climatique à la suite de l'accord de Paris, tombe sous le sens. En Allemagne, nous avons dû remettre en cause ce qui nous paraissait évident ; nous avons compris que si nous continuions comme avant, nous nuirions aux prochaines générations. En tant que parlementaires, nous devons permettre la mobilité des personnes et des biens, sans perdre de vue le bon fonctionnement de nos économies, mais il est de notre responsabilité de contribuer à la réduction des émissions, notamment en convainquant les constructeurs automobiles que transformer les moteurs et adopter les carburants de synthèse est dans leur intérêt. Comment nos parlements peuvent-ils renforcer leur action dans ce domaine ? Par ailleurs, vous nous rendriez un grand service, chers collègues français, si vous persuadiez les Allemands que la limitation de la vitesse sur les autoroutes n'est pas une mauvaise chose et qu'elle ne nuit pas à l'économie !

La France a été pionnière dans l'amélioration des conditions de travail des chauffeurs routiers. Mais dans ce domaine, les choses n'avancent plus depuis quelques temps. Comment relancer

ce processus ? Ne serait-il pas judicieux que nos deux pays nomment un représentant qui serait en charge de cette question ?

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à M. Frédéric Petit, pour le groupe du Mouvement Démocrate et apparentés.

M. Frédéric Petit. Si j'ai grandi en « Saar-Lor-Lux », j'habite aujourd'hui à Varsovie. Ma circonscription électorale, c'est le cœur de l'Europe - je sais que tout le monde dit la même chose, mais dans mon cas, c'est vrai ! (Sourires.) Je représente les Français qui vivent en Allemagne, en Europe centrale et dans les Balkans. Je représente aussi, on a tendance à oublier, les Franco-Allemands, ces gens qui ne sont plus ni uniquement Français ni uniquement Allemands, les Franco-Roumains, les Franco-Polonais. Je veux aussi rappeler que nous représentons ici les peuples, les citoyens ; nous ne constituons pas un étage bureaucratique de plus. D'ailleurs, je me réjouis qu'avec certains de nos collègues allemands, Franziska Brantner, Ursula GrodenKranich, Christian Petry, Andreas Jung et vous-même, monsieur le ministre, nous participerons ensemble le 8 avril à des rencontres citoyennes communes, comme j'en fais à Budapest, à Varsovie ou à Bucarest.

Nos sociétés sont pro-européennes. Ma question s'adresse donc un peu à nous tous : quel rôle notre assemblée peut-elle jouer avec les parlements et les sociétés civiles de nos voisins de l'Est ?

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Martin Hebner, pour le groupe AfD.

M. Martin Hebner. (Interprétation de l'allemand) L'amitié franco-allemande est essentielle pour les citoyens de nos deux pays, et ceux-ci sont au centre de nos préoccupations. Vous avez dit, monsieur le ministre, qu'il fallait les entendre.

Je me suis beaucoup promené à Paris ce samedi et j'ai discuté avec les « Gilets jaunes », dont nous savons qu'il s'agit certes d'un groupe hétérogène, mais qu'il rassemble des citoyens. Ces personnes rencontrent des difficultés économiques et sociales ; elles considèrent que l'on ne les écoute pas suffisamment. Madame la ministre, pourquoi répond-on de façon aussi violente à ces citoyens qui manifestent depuis dix-neuf semaines ? Les blessures qui ont été causées font que toute communication ultérieure sera impossible, c'est en tout cas ainsi que les intéressés le perçoivent. Que pensez-vous d'un recours renforcé à la démocratie directe, d'une implication beaucoup plus forte de la population dans les décisions politiques ?

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à Mme Catherine Osson, pour le groupe La République en Marche.

Mme Catherine Osson. Je suis très émue de participer à la première réunion de l'Assemblée parlementaire franco-allemande. Je ressens cette émotion et cette fierté à double titre.

En tant que fille de pupille de la Nation, je suis la première génération qui n'a pas connu la guerre, et c'est dans l'affection et le respect de mes ancêtres que mes parents ont participé à des échanges franco-allemands. Je cultive encore ces liens affectifs avec les deux villes jumelées à ma commune. La leçon fondamentale du XXe siècle, c'est que la paix est un bien

rare dans l'histoire de l'humanité. N'oublions jamais que la guerre arrache des vies, fauche des destins, assassine des espoirs et ferme les cœurs.

En tant que parlementaires, nous avons la responsabilité d'améliorer la vie de nos concitoyens dans une Europe en paix, mais où le nationalisme avance de moins en moins masqué. Je crois profondément à l'intérêt politique et diplomatique d'une telle instance, car nos deux pays sont, qu'on le veuille ou non, le moteur de l'Europe.

Comme l'annonçait le discours du Président de la République à la Sorbonne, nous allons faire entrer les relations amicales entre la France et l'Allemagne dans le XXI^e siècle. Au-delà des symboles, il est plus que jamais nécessaire que cette amitié s'ancre dans le cœur de notre jeunesse. Les moyens de l'Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ) seront-ils renforcés, notamment en matière de communication, de promotion et de rayonnement ?

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) Un événement se déroulant à Francfort nécessite la présence du ministre Roth, il doit donc nous quitter. Nous le remercions chaleureusement d'être venu échanger avec nous, nous le remercions de cette invitation à une coopération plus étroite. Bon retour, monsieur le ministre ! Mme Loiseau et M. Roth ont décidé que Mme Loiseau répondrait pour eux deux, c'est une preuve de la confiance que se font nos deux pays. (Sourires.)

La parole est à M. Oliver Luksic, pour le groupe FDP.

M. Oliver Luksic. (Interprétation de l'allemand.) Chers collègues, avant de poser des questions sur les régions frontalières, j'aimerais faire une remarque sur un sujet que nous n'avons, à mon sens, pas tellement abordé. Il me paraît essentiel d'envisager une politique de sécurité et de défense commune renforcée. La situation géopolitique le requiert. Las ! Pour des raisons culturelles et historiques qui ne sont pas sans affecter la manière dont les décisions sont prises en cette matière, c'est la problématique la plus difficile. Nous pourrions cependant parvenir plus rapidement à des résultats en matière de recherche et d'innovation – des annonces ont été faites, qui concernent le domaine de l'intelligence artificielle. Il faut prendre les devants et ne pas nous laisser distancer par les États-Unis ou la Chine.

Quant aux régions frontalières, j'ai l'impression qu'il y a toujours une différence entre les discours que l'on tient le dimanche et la réalité de la vie quotidienne, tout au long de la semaine, des personnes qui franchissent régulièrement la frontière dans les deux sens. Il y a différents problèmes – des problèmes pour les taxis, des problèmes de financement ou des règles d'assurance sociale différentes. Ce sont là des défis très concrets qu'il faut relever. Il est difficile d'expliquer à nos concitoyens qu'en cas d'infarctus des obstacles administratifs empêchent une prise en charge de l'autre côté de la frontière. Qu'en est-il donc, madame la ministre, de la prise en charge transfrontalière ? Pourrait-on prévoir une libre circulation des patients dans les eurodistricts ? Nous avons besoin de clauses d'innovation plus poussées.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à Mme Sandrine Mörch, pour le groupe La République en Marche.

Mme Sandrine Mörch. (Interprétation de l'allemand.) Il en va de nos voisins comme de nos voisins de jardin : nous sommes plus heureux quand les échanges prennent la forme d'un dialogue des cultures plutôt que d'insultes, et nous sommes encore plus heureux quand nous

nous retrouvons pour prendre un verre. Autrement dit, concorde, amitié et même amour. Voilà des armes bien plus puissantes que nous ne l'imaginons.

(Poursuivant en français.) Autrement dit : comment persuader nos concitoyens ? Comment persuader nos voisins ? C'est presque la même question. Plus sérieusement, c'est une force très positive que nous donnent l'unité et la poursuite d'un but commun, l'unité face à la défiance et à la haine qu'instrumentalisent les partis extrêmes sur les deux rives du Rhin, face à une défiance et une haine qui nous ont autrefois fait tant de mal. C'est à nous d'incarner cette Assemblée parlementaire franco-allemande pour qu'elle devienne très vite une coalition citoyenne franco-allemande. Ce n'est plus simplement l'affaire des gouvernements et des gouvernants : c'est un espace politique nouveau qui pourrait devenir un peu le grand débat citoyen franco-allemand. Ce cheminement passe inévitablement par une visibilité médiatique, pour ne pas nous heurter au même écueil que le Parlement européen. Alors, comment intéresser les journalistes ? C'est une première question.

L'asile et l'immigration ont divisé nos deux pays pendant la crise des réfugiés. Comment avancer ensemble en vue de la refonte du droit d'asile, pour un droit d'asile européen qui peine encore à voir le jour ? Comment lutter ensemble contre le réchauffement climatique, même si nos intérêts sont parfois divergents ? Je regrette vraiment, à cet égard, que les États membres de l'Union européenne ne soient pas parvenus à un accord, la semaine dernière, lors du Conseil européen – les citoyens, eux, sont prêts, et nous attendent au tournant. Enfin, comment faire de cette assemblée parlementaire une chambre d'action concrète qui donne envie avec le meilleur de nos deux cultures ?

On dit en allemand : *Wie Gott in Frankreich leben*. Alors, la même chose, mais avec la richesse des Allemands !

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Tobias Pflüger, pour le groupe **Die Linke**.

M. Tobias Pflüger. (Interprétation de l'allemand.) Je viens de la circonscription de Fribourg, dont Paris est plus proche que Berlin.

J'ai le sentiment que les questions de politique de l'armement sont tout à fait essentielles mais que la coopération régionale ou les questions sociales sont malheureusement un peu plus en retrait. Nous comptons présenter des initiatives en ces domaines également parce qu'il nous semble que la coopération y est essentielle.

Mes questions sont très concrètes – certaines présentent un intérêt régional, d'autres concernent la défense.

Tout d'abord, comment le gouvernement français compte-t-il s'y prendre pour que la ligne ferroviaire Fribourg-Colmar voie le jour le plus vite possible ? Ensuite, quelle est la position officielle des gouvernements allemand et français sur l'arrêt de la centrale de Fessenheim ? Et quelle est la position des deux gouvernements sur la proposition d'un porte-avions franco-allemand émise par Mme Annegret Kramp-Karrenbauer ? Il y a eu des débats, notamment dans le cadre du Traité d'Aix-la-Chapelle, et un document complémentaire daté du 14 janvier dernier mentionne explicitement le fait qu'une partie ne peut s'opposer aux exportations de

l'autre vers des pays tiers, mais êtes-vous prêts à limiter les exportations d'armement vers l'Arabie saoudite ?

Mme Sabine Thillaye, Présidente. La parole est à M. Thierry Michels, pour le groupe La République en Marche.

M. Thierry Michels. Chers collègues, c'est un jour historique, cela a été dit à de nombreuses reprises. Plus que jamais, le monde a besoin d'une Europe souveraine, solidaire, innovante et démocratique, à la hauteur des défis de notre siècle, au premier rang desquels l'accélération de la lutte contre le dérèglement climatique et la protection de la biodiversité, pour et avec les citoyens européens. Je veux donc voir dans cette Assemblée parlementaire franco-allemande une force de proposition permettant à nos deux pays rassemblés dans l'action d'unir leurs efforts dans une coopération renforcée et concrète pour une Europe qui jette les ponts de l'avenir entre les peuples plutôt que de bâtir les murs de la défiance, dans la complémentarité nécessaire entre l'ensemble des pays membres de l'Union européenne, au service de sa devise : « Unie dans la diversité ».

S'agissant du dérèglement climatique, il nous faut agir avec beaucoup plus d'efficacité. Nos deux pays sont confrontés aux mêmes difficultés. Il suffit de voir les préoccupations exprimées par l'industrie automobile de part et d'autre du Rhin, qu'il s'agisse de l'emploi et ou du devenir de l'industrie. Quels axes de coopération Mme Loiseau et M. Roth jugent-ils prioritaires en cette matière ? Et comment l'Allemagne voit-elle la proposition faite par le Président Macron de créer une banque du climat pour financer la transition énergétique ?

Pour conclure, et comme en écho à votre plaidoyer pour Strasbourg, quels meilleurs auspices pour les travaux de notre assemblée que votre prochaine venue, madame Loiseau, pour siéger, à Strasbourg, symbole de l'amitié franco-allemande, capitale européenne, siège du Parlement européen, où bat le cœur démocratique de l'Europe ! Je vous souhaite le plus bel envol vers vos missions à venir, quelles qu'elles soient.

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à Mme Katja Keul, pour le groupe Bündnis 90/Die Grünen.

Mme Katja Keul. (Interprétation de l'allemand.) Madame la ministre, chers collègues, je reviendrai également sur le contrôle des exportations d'armement. Vous avez tout à fait raison : il est nécessaire de coopérer plus étroitement en matière militaire, de même que dans le domaine industriel. Si les Français et les Allemands construisent deux porte-avions, deux types de chars, cela n'a pas de sens, il faut gérer nos ressources. Cela étant, cet accord annexé au traité d'Aix-la-Chapelle existe bel et bien. En tant que parlementaire, j'en ai le texte sous les yeux – malheureusement seulement en anglais – et je peux vous le mettre à disposition. Il s'appuie sur l'accord Schmidt-Debré, conclu au début des années 1970, en vertu duquel les parties n'entravent pas les exportations du partenaire. Pourquoi est-ce nécessaire ? Une position commune a été arrêtée en 2008, avec huit critères qui font sens ! Revenir ainsi, en 2019, aux années 1970, ne me semble pas la manière appropriée d'envisager la question, et les industries française et allemande sont tout à fait capables de se développer en visant le marché européen sans toujours devoir exporter vers l'Arabie saoudite. L'enjeu n'est pas seulement moral ou éthique, il y va de notre sécurité. Il n'est pas dans notre intérêt d'exporter des systèmes d'armement sensibles à des États tiers en dehors de l'Europe.

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) Chers collègues, je vous invite à la concision. Mme Loiseau ne peut rester qu'un temps limité.

La parole est à M. Heribert Hirte, pour le groupe CDU/CSU.

M. Heribert Hirte. (Interprétation de l'allemand.) À plusieurs reprises déjà, nous avons dit qu'une plus grande harmonisation du droit économique était nécessaire – Wolfgang Schäuble en a parlé tout à l'heure. Nous avons parlé aussi des droits d'auteur et du droit des affaires. Le droit économique est vraiment un moteur de la compréhension entre les peuples. Nous l'avons vu avec nos codes de commerce respectifs. Dès le départ, l'Union a été une construction économique – cela ne veut pas dire que nous ne prenons pas en compte les consommateurs mais il faut bien comprendre le rôle moteur de cette économie et de ces entreprises.

On voit bien que la coordination à travers les directives, au niveau européen, ne fonctionne pas tout à fait comme elle le pourrait. Seuls les grands dossiers qui ne posent pas de problème sont réglés, le reste ne l'est pas, notamment la question du droit d'auteur. Comment nos travaux au sein de cette assemblée peuvent-ils améliorer les choses ? Qu'en est-il de son information, et quelles sont les auditions d'experts possibles ? Et pouvons-nous nous accorder sur une procédure pour impliquer la Cour de justice de l'Union européenne (CJEU) dans ce travail d'harmonisation ?

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) La parole est à M. Christian Petry, pour le groupe SPD.

M. Christian Petry. (Interprétation de l'allemand.) Je suis étonné que ceux qui estiment que la politique de sécurité et de défense ne doit pas être le point central y consacrent leurs questions...

Pour ma part, j'aimerais revenir à la coopération transfrontalière et aux eurodistricts, inscrits à l'article 13 du Traité d'Aix-la-Chapelle, et au comité de coopération transfrontalière, prévu à l'article 14, qui s'occupe de la coopération économique, sociale, environnementale, ainsi que dans le secteur du transport, de l'échange de personnels, etc. Tout cela doit maintenant être lié aux structures existantes, il faut prendre en compte les différentes législations et les clauses d'expérimentation doivent être utilisées. J'aimerais en savoir plus sur le rôle de ce comité de coopération transfrontalière et celui des parlements nationaux.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. Madame la ministre, chère Nathalie Loiseau, vous avez la parole.

Mme Nathalie Loiseau, ministre auprès du ministre de l'Europe et des affaires étrangères, chargée des affaires européennes. Madame la présidente, monsieur le président, vous me donnez l'occasion, puisque Michael Roth a dû partir, de faire devant vous ce que nous faisons souvent au Conseil « Affaires générales » : en alternance, mon collègue Michael Roth et moi-même nous exprimons au nom de nos deux pays quand il s'agit de l'État de droit, en particulier en Pologne ou en Hongrie – nous avons pris cette habitude d'avoir une voix commune franco-allemande qui porte fort dans l'Union européenne. Je vais essayer de ne pas trahir ce travail commun en répondant, mesdames et messieurs les députés, à vos différentes questions.

Comment lutter contre l'euro-scepticisme, remettre de l'espoir, et une forme de patriotisme européen ? Je voudrais simplement parler à nos compatriotes français et à nos voisins allemands. Eux ne sont pas euro-sceptiques, ils ont des attentes fortes vis-à-vis de l'Europe. Parfois, ils se demandent si l'Europe est capable de répondre à leurs attentes, mais que l'on parle changement climatique, comme vous avez été plusieurs à le faire, défis migratoires, vous l'avez aussi fait, régulation du numérique ou humanisation de la mondialisation, nous savons que c'est au niveau européen que nous pouvons apporter des réponses, non pas à la place des États mais en complément des États, et en étant plus efficaces à plusieurs. Nos compatriotes, nos concitoyens le savent et attendent simplement que l'Europe soit à la hauteur de ces défis et de leurs attentes.

Comment le fonds citoyen sera-t-il mis en place ? Je vous livre l'état de notre réflexion, même si elle n'est pas finalisée. L'idée serait de demander à l'OFAJ – mentionnée tout à l'heure pour la grande qualité de son travail – d'en être le gestionnaire, mais, au-delà de cette gestion par un office franco-allemand dont l'expérience et l'expertise sont les bienvenues, je considère qu'il est essentiel qu'il y ait, au niveau politique, un pilotage de ce fonds citoyen. Je tendrais à suggérer que les deux secrétaires généraux pour la coopération franco-allemande, mon homologue et mon successeur, le moment venu, soient à la tête d'une sorte de comité de pilotage.

Merci pour votre poésie, Michel Herbillon. Le chant du cygne, c'est plutôt une fin triste. Je suis triste de vous quitter, certes, mais c'est pour un envol, pour reprendre une image également employée. Vous avez évoqué la réunion, d'un format sans précédent, d'Angela Merkel, de Jean-Claude Juncker, du Président de la République et du Président chinois, qui se tiendra demain. C'est heureux, car il était temps ! Il était temps que l'Europe parle, par la voix du président de la commission, de la chancelière allemande et du président français avec – pas contre – le président chinois, pour convaincre, chaque fois que c'est possible, d'approfondir nos partenariats, par exemple face au changement climatique, pour avancer ensemble dans la défense et le renouvellement du multilatéralisme, qui est profondément attaqué, mais aussi pour faire en sorte que les intérêts des Européens soient défendus, promus, sans naïveté et toujours dans la réciprocité. C'est ce qui sera dit demain, sans acrimonie mais avec la certitude que nous parlons au nom de 500 millions d'Européens qui attendent de leurs dirigeants cette capacité à peser, à faire entendre leur voix et leurs intérêts, de manière très concrète.

Oui, la Chine promet une initiative autour de ce que l'on appelle les « routes de la soie ». C'est une initiative qui peut séduire, qui peut aussi interroger. Pour nous, les routes ont deux sens, si l'on veut venir vers l'Europe, on doit aussi pouvoir aller plus facilement vers la Chine, ses marchés publics. Si la Chine veut travailler davantage en Europe, elle est la bienvenue quand elle respecte nos règles, nos normes sociales et environnementales, nos règles en matière d'aides d'État. Cela n'a rien d'agressif, il s'agit simplement de la capacité de travailler entre grandes puissances et grands blocs et l'Europe doit apprendre à se penser comme une puissance.

Quant au changement climatique, comment faire en sorte que la France et l'Allemagne soient encore plus engagées sur la voie de la neutralité carbone en 2050, qui est notre objectif, et pas un objectif politique

« en l'air » ? Nous n'avons pas le choix : ne pas aller vers la neutralité carbone en 2050, c'est faire courir à nos populations, à nos enfants et à nous-mêmes des risques insensés. Des choix énergétiques ont été faits, qui doivent être approfondis encore par les uns et par les autres ; ils ne sont pas les mêmes, les sensibilités ne sont pas les mêmes, mais nous savons très simplement et très clairement, parce que tous les scientifiques nous l'ont dit, que ce sont la diminution des émissions de gaz à effet de serre, l'amélioration de l'efficacité énergétique et le développement des énergies renouvelables qui peuvent nous conduire à la neutralité carbone. C'est cela qui peut sauver nos économies, nos agriculteurs, nos territoires et nos populations. Évidemment, chacun est libre de choisir sa voie. J'ai été interrogée sur Fessenheim, et je le comprends, mais la position du gouvernement français est connue, elle est transparente et s'inscrit dans un dialogue régulier avec nos partenaires allemands. Nous fermerons la centrale de Fessenheim dès que celle de Flamanville sera en état de fonctionner. Notre engagement est entier, et c'est aussi un engagement de transformer la région de Fessenheim et d'en faire une région de croissance verte de l'après-nucléaire. Vous pouvez être rassurés sur ce point : notre volonté est inchangée.

La ligne Fribourg-Colmar fait partie des premiers projets prioritaires de la feuille de route de la mise en œuvre du Traité d'Aix-la-Chapelle. Oui, nous nous engageons par un cofinancement des études de faisabilité pour qu'enfin le pont et la ligne ferroviaires puissent être une réalité. Aujourd'hui, c'est un paradoxe, il est difficile de circuler entre l'Allemagne et la France à ce niveau de la frontière. Et il faut naturellement augmenter les capacités de transport. Nous avons également pris cet engagement.

Vous m'interrogez sur la protection sociale des transporteurs et vous le faites à un moment clé, puisque nous nous sommes mis d'accord, au niveau du Conseil de l'Union européenne, sur ce qu'on a appelé le « paquet mobilité », dont le cœur est bien l'amélioration de la protection sociale des transporteurs routiers. Il faut maintenant avancer sans faiblir au niveau du Parlement européen. Le sujet doit dès maintenant être inscrit à l'ordre du jour de la plénière du Parlement et examiné. Tous partis confondus, issus de tous les pays qui accordent une attention particulière à la protection sociale des transporteurs routiers, nous devons aller de l'avant. Il y a un compromis, de qualité, qui n'est évidemment pas absolument parfait – c'est un compromis –, mais qui est de nature à permettre une meilleure protection sociale des transporteurs routiers. Je suis heureuse que vous m'ayez posé la question, je suis heureuse de pouvoir le dire devant tous les groupes politiques allemands : cet intérêt, nous le partageons et nous devons pouvoir faire la preuve que le Parlement européen, avant de clore son mandat, a été capable de faire avancer l'Europe sociale.

Vous avez raison, Frédéric Petit, de me poser la question : comment travailler avec les sociétés civiles des voisins de l'Est ? Le projet européen, c'est un projet de partage, pas un projet de division. Il n'y a pas des pays de l'Est qui seraient forcément des démocraties « illibérales » et des pays de l'Ouest qui seraient forcément vertueux ; il y a des sociétés civiles qui aspirent partout à la liberté, à la démocratie, à la bonne gouvernance, à la lutte contre la corruption – partout, dans tous les pays de l'Union européenne. Votre rôle de parlementaire est crucial et le dialogue avec les sociétés civiles des pays de l'Est doit être constant. Les attentes sont considérables. Ces pays sont proeuropéens, sauf si nous faisons un chèque en blanc à ceux qui y détournent le projet européen, auquel cas nous susciterions l'euro-scepticisme. Nous devons être extraordinairement ouverts dans le dialogue mais aussi présents dans ces pays, comme nous avons essayé de le faire depuis plusieurs années.

Un député de l'AfD m'a interrogé sur les « Gilets jaunes ». Je me garderai d'interroger quiconque sur les mouvements sociaux ou les manifestations, parfois violentes, qui ont lieu en Allemagne – je trouverais cela déplacé –, mais, puisque la question m'est posée, j'y réponds. Des réponses fortes ont été apportées à un mécontentement social qui était légitime parce qu'il était ancien. Quand 10 milliards d'euros sont mis sur la table pour augmenter le salaire minimum, pour répondre à la préoccupation des travailleurs les plus précaires, j'appelle cela une réponse forte mais aussi une réponse républicaine. C'est le Parlement qui l'a voté et je l'en remercie. Quand, après ces réponses fortes, après un grand débat, avec des milliers de réunions à travers la France, des dizaines et des centaines de milliers de Français qui ont débattu de manière démocratique, républicaine et respectueuse, certains continuent à utiliser la violence et à attaquer les forces de l'ordre – qui comptent plus de 1 200 blessés dans leurs rangs –, permettez-moi de vous le dire : vous avez peut-être mal choisi avec qui vous discutiez samedi.

J'ai répondu tout à l'heure sur l'OFAJ : c'est l'un des plus beaux fruits de la coopération franco-allemande depuis le Traité de l'Élysée. Et loin de moi l'idée qu'il faille, avec le Traité d'Aix-la-Chapelle, oublier l'OFAJ. Il faut continuer à renforcer son action, il faut faire en sorte que les échanges de jeunes se fassent plus tôt, dès le collège, et plus largement, qu'ils ne soient pas connus que des jeunes les mieux « inclus » dans la société.

Il faut que nous puissions notamment encourager l'échange d'apprentis ; c'est l'objet d'Erasmus Pro, qui s'ajoute à Erasmus +. Quelqu'un a souligné tout à l'heure la valeur ajoutée allemande en matière d'apprentissage. Je partage cette vision, parce que c'est une réalité. Au cours de ce quinquennat, je veux le dire, la France consacre 15 milliards d'euros à la formation professionnelle et à l'apprentissage, avec la volonté que les nombreux emplois vacants en France trouvent preneur, parmi des jeunes ou des moins jeunes dont les compétences correspondent aux besoins. Nous connaissons tous ce défi. Partout dans nos sociétés développées, en France mais aussi en Allemagne et ailleurs, les travailleurs ne sont pas forcément formés aux métiers qui embauchent. Nous avons donc tout intérêt à dialoguer et à travailler ensemble. Pour la loi pour la liberté de choisir son avenir professionnel, nous nous sommes beaucoup inspirés de l'exemple allemand, et nous faisons beaucoup pour que les jeunes puissent profiter de ces expériences. C'est aujourd'hui au niveau européen qu'il faut travailler à une certification européenne des apprentissages. Le problème n'est pas seulement que les certifications allemandes et les certifications françaises sont différentes, ce sont les certifications européennes, globalement, qui doivent être harmonisées. Nous l'avons fait pour les formations « classiques », avec le processus de Bologne. Il faut être plus ambitieux et le faire aussi pour les formations professionnelles et l'apprentissage pour qu'une aptitude acquise quelque part soit reconnue ailleurs. Cela vaut pour les frontaliers mais aussi pour les migrants. Vous le savez, dans le cadre d'un Conseil franco-allemand de l'intégration, nous travaillons activement depuis l'année dernière sur des sujets qui tiennent notamment à la valorisation des compétences professionnelles des réfugiés installés dans nos pays, pour les insérer au mieux et répondre au mieux aux besoins de nos sociétés en matière d'emploi.

J'ai été interrogée sur les obstacles administratifs, par exemple pour la prise en charge des soins.

Celle-ci est évidemment possible ; elle est prévue par la sécurité sociale. C'est en direction des mutuelles qu'il faut agir, pour que les remboursements soient plus rapides. Cela dit, il

existe beaucoup de petits motifs d'irritation, de petites difficultés. C'est la raison pour laquelle nous demandons la mise en place d'un conseil de coopération transfrontalière. Il s'agit non seulement de lister les difficultés à surmonter – ce qui a déjà été fait avec talent – mais aussi de trouver les instruments pour parvenir à les résoudre. Ces instruments peuvent être nationaux, et requérir des dispositions législatives qui seront soumises à vos assemblées, ou locaux, pour permettre par exemple la prise en charge dans un établissement de soins, ou encore l'attribution d'une place en crèche à quelques kilomètres de l'autre côté de la frontière, sans que les différences de réglementation posent problème.

Nous voulons surmonter toutes ces difficultés en agissant, en particulier, en direction des collectivités territoriales. Je connais, à cet égard, la dissymétrie de nos organisations institutionnelles. Nous mettons en place une collectivité européenne d'Alsace et nous nous sommes engagés dans une forme de différenciation permettant aux collectivités frontalières de répondre à ces motifs d'irritation, qui sont bien réels.

Je ne laisserai pas dire, en revanche, que le projet de loi sur l'école de la confiance, en cours de discussion, met fin aux jardins d'enfants franco-allemands. Je ne sais pas qui est allé dire ça, avec des arrière-pensées partisans ou politiciennes, mais c'est parfaitement inexact : l'enseignement bilingue se développe en France, après que les classes bilingues ont fait l'objet d'attaques absolument inconsidérées de la part de la majorité précédente, ce que je regrette profondément – ces classes ont été remises en place. Nous voulons développer l'enseignement de l'allemand en France ; j'espère trouver le même enthousiasme et le même engagement du côté des Länder allemands.

Je ne reviendrai pas sur les exportations d'armement, dont j'ai déjà amplement parlé dans ma première série de réponses, mais je sais que le sujet est important pour vous. Je voudrais rappeler qu'en France, lorsque nous exportons des matériels d'armement ou, plus généralement, des matériels sensibles, l'autorisation d'exploitation passe par une commission interministérielle particulièrement vigilante et stricte. Des changements de contexte et de réalité géopolitique peuvent nous amener à ne pas prolonger certaines autorisations d'exporter des armes. Cela dit, ce domaine relève de la souveraineté de chaque État sur les matériels qu'il produit sur son sol, et c'est très bien ainsi.

Comment améliorer les choses, à travers l'Assemblée franco-allemande, dans le domaine du droit économique ? J'entends l'idée consistant à auditionner dans chaque assemblée des experts de l'autre pays. C'est à vous d'organiser vos travaux, ce n'est certainement pas à moi de vous dire ce que vous avez à faire, mais je pense évidemment que c'est une piste très intéressante.

Je me garderai de répondre à la place de mon collègue et ami Michael Roth en ce qui concerne la réaction de l'Allemagne à la tribune du Président de la République. Je connais celle de la Chancière, puisqu'elle avait été avertie avant la publication du texte. J'ai également lu avec intérêt celle de la Présidente de la CDU. J'ai lu aussi beaucoup d'interventions dans la presse allemande d'un certain nombre d'entre vous et de leaders politiques allemands. Toutefois, je le répète, ce n'est pas à moi de répondre sur ce point.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. Merci beaucoup, madame la ministre, d'avoir répondu d'une manière aussi « franco-allemande » à toutes ces questions. Nous vous souhaitons le meilleur pour la suite. (Applaudissements.)

M. Andreas Jung, Président. (Interprétation de l'allemand.) Je vous remercie moi aussi, madame la ministre.

Je voudrais revenir sur la question abordée par Sevim Dağdelen et par Tobias Pflüger. Je souhaite indiquer la chose suivante : en Allemagne, que ce soit en séance publique ou en commission, il est d'usage – et c'est prévu par notre règlement intérieur –, lorsqu'une telle demande est formulée, de débattre de la possibilité de modifier l'ordre du jour. En France, un sujet qui n'est pas inscrit à l'ordre du jour ne peut pas être débattu immédiatement : il ne peut faire l'objet d'une discussion que lors d'une séance ultérieure. Cela montre à quel point il est urgent que nous élaborions un règlement intérieur pour cette assemblée parlementaire. Nous avons discuté avec Sabine Thillaye et avec l'administration de l'Assemblée nationale pour trouver une solution à la demande de vote qui était formulée. Je pense qu'il serait malvenu que nous ne réussissions pas à nous mettre d'accord sur le premier problème de ce type qui se présente. Je serais donc reconnaissant aux auteurs de la motion de bien vouloir retirer leur demande, tout en sachant que nous nous donnerons pour objectif de trouver une façon de l'examiner et d'en débattre sur le fond au cours de la prochaine réunion.

Je vois les auteurs de la motion me signifier leur accord ; je les en remercie.

Nous avons donc épuisé notre ordre du jour. Le bureau se réunira bientôt. La question du règlement intérieur sera bien sûr abordée, de manière à ce que nous puissions adopter celui-ci lors de la prochaine réunion de notre assemblée.

À la suite des débats concernant la mise en œuvre du Traité d'Aix-la-Chapelle, je voudrais également souligner que les sujets abordés ici – puisqu'il n'y a pas eu seulement des questions : des prises de position se sont également fait entendre – vont être analysés ; nous allons incorporer le fruit de ces débats dans notre démarche, notamment sous forme de propositions de résolution. Tous ces aspects seront examinés lors de la réunion du bureau.

Je vous remercie tous pour vos contributions. J'en profite pour vous demander d'excuser ceux de nos collègues qui ont dû partir plus tôt. En outre, la date de notre réunion a été annoncée trop tardivement pour que certains de nos collègues puissent être présents. De fait, nous n'avons adopté l'Accord parlementaire au Bundestag que la semaine dernière. Quoi qu'il en soit, je pense que nous sommes tous heureux de voir cette assemblée parlementaire franco-allemande voir le jour et de pouvoir échanger dans ce nouveau format. Nous vous remercions très chaleureusement, chers collègues, pour votre accueil à Paris.

Mme Sabine Thillaye, Présidente. Je vous remercie moi aussi, chers collègues, de votre participation. Nous devons mener un travail collectif. Je remercie ceux de nos collègues qui avaient présenté une motion d'avoir bien voulu comprendre que nous ne pouvions pas l'inscrire à notre ordre du jour. Cet épisode montre bien, comme l'a dit Andreas Jung, que nous avons besoin de nous doter rapidement d'un règlement intérieur, afin de savoir ce qui est possible, de préciser nos méthodes de travail et la manière de voter. Cela nous permettra d'aller beaucoup plus loin. La discussion montre également que nous avons besoin de connaître les outils juridiques qui régissent le fonctionnement de nos deux assemblées.

Merci beaucoup, une nouvelle fois, d'avoir été là, et de votre implication, car sans vous nous ne pourrions rien faire. Bien sûr, le bureau pourrait effectuer un travail logistique, mais si vous ne vous saisissez pas des différentes questions au sein de vos commissions respectives, nous ne pourrions faire du bon travail. Si nous voulons exercer notre rôle de contrôle du Gouvernement, mais aussi être force de proposition – à cet égard, je retiens ce qu'a dit Michael Roth –, il faut que nous soyons sûrs de nous-mêmes en tant que parlementaires. Nous n'avons pas à demander leur autorisation aux gouvernements. Nous devons nous positionner, être véritablement une force de proposition et, surtout, faire preuve d'ambition.

Je vous souhaite le meilleur pour notre assemblée parlementaire ; j'espère que cette expérience portera ses fruits. Je vous dis à très bientôt et, encore une fois, merci beaucoup. (Applaudissements.)

La séance est levée à 17 h 10.